

Vorbemerkung:

Viele ehrenamtliche HelferInnen haben das vorliegende Wortprotokoll erstellt. Natürlich entspricht die Qualität des Gesamtdokumentes nicht in allen Teilen professionellen Standards. Wesentliche Fehler können gerne an Helge Bauer im .ausgestrahlt-Büro (helge.bauer@ausgestrahlt.de) gemeldet werden.

Dritte Sitzung der Atommüll-Kommission 08.09.2014, Berlin
Wortprotokoll

Protokoll:

Manfred Kintzel, Beate Lengl-Janssen, Valentin Heinitz, Friedmann Schmidt, Anja Voges, Frauke Dittmann, Julia Lerch, Zarah Roth, Annelie Günther, Isabell Maier, Christoph Schicho, Helge Bauer u.v.m.

Fehlende Kommissionsmitglieder:

Detlef Appel, Armin Grunwald

Anwesende Kommissionsmitglieder:

Vorsitzende:

Michael Müller (SPD)

Ursula Heinen-Esser (CDU)

VertreterInnen Bundestag:

Sylvia Kotting-Uhl (Grüne)

Matthias Miersch (SPD)

Steffen Kanitz (CDU)

Ute Vogt (SPD)

Hubertus Zdebel (Die Linke)

Andreas Jung (CDU)

Eckhard Pols (CDU)

Philipp Graf Lerchenfeld (CSU)

Ulrich Petzold (CDU)

Hiltrud Lotze (SPD)

Julia Verlinden (Grüne)

VertreterInnen Bundesländer:

Stefan Wenzel (Grüne/ Nds)

Jürgen Reinholz (CDU Th)

Christian Pegel (SPD/ M-V)

Robert Habeck (Grüne/ S-H)

Marcel Huber (CSU Bayern)

Franz Untersteller (Grüne/ Ba-Wü)

Garrelt Duin (SPD/ NRW)

VertreterInnen Wirtschaft:

Gert Jäger (Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums und ehemaliger RWE-Vorstand für Atomkraftwerke)

Bernhard Fischer (Aufsichtsratsvorsitzender für die deutschen E.ON Kraftwerksgesellschaften)

VertreterInnen Gewerkschaft:

Edeltraud Glänzer (stellvertretende Vorsitzende der IG BCE)

Erhard Ott (Leiter des für die Energiewirtschaft zuständigen Fachbereichs bei Ver.di)

Kirche:

Georg Milbradt

Ralf Meister (Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers)

Umweltverbände:

Klaus Brunsmeier (BUND)

Jörg Sommer (Vorsitzender Deutsche Umweltstiftung)

Wissenschaftler:

Hartmut Gaßner

Hubert Steinkemper

Bruno Thomauske

Michael Sailer

Wolfram Kudla

Ulrich Kleemann

(Weitere Informationen zu den Kommissionsmitgliedern auch hier:

<https://www.ausgestrahl.de/mitmachen/atom-muell/kommission/mitglieder.html>)

sonstige Anwesende:

Wolfram König (Präsident des Deutschen Bundesamts für Strahlenschutz)

Hans-Joachim Kümpel (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe)

Diethard Mager (Unterabteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium)

Peter Hart (Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)

Wolfgang Cloosters (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)

Barbara Hendricks (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)

Eberhard Janß (Geschäftsstelle der Kommission)

Manuela Gebler (Geschäftsstelle der Kommission)

Tagesordnung:

1. Begrüßungen
2. Beschlussfassung über die Tagesordnungspunkt
3. Abschließende Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
4. Endlagerung: Erfahrungen und Perspektiven für die weitere Arbeit (Gast: BM`in Barbara Hendricks)

5. Beratung und Beschlussfassung über ein (vorläufiges) Arbeitsprogramm 2014 und 2015 (insbesondere Festlegung von Terminen für auswärtige Veranstaltungen [Asse, Gorleben u.a.]
6. Beratung und Beschlussfassung über die Sitzungsgestaltung 2014
7. Ralf Meister: Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsbeteiligung- Erste Überlegungen

Konkrete Aufträge an die Arbeitsgruppe

8. Einsetzung von Arbeitsgruppen
9. Vorbereitung von Anhörungen:

-Evaluierung des Standortauswahlgesetzes (gem. §3 Abs.3 und §4 Abs. 1 Satz 3 StandAG, BT-Drs. 18/1068)

-Internationale Erfahrungen

10. Diskussion über das Leitbild der Kommissionen

(Fortsetzung der Beratung der 2. Sitzung)

11. Zuschriften

12. Verschiedenes, u.a.

-mögliche Erweiterung der Internetpräsenz der Kommission

-Bericht über den ESK-Workshop

1. Begrüßung

Frau Heinen-Esser:

„So meine Damen und Herren es ist Punkt 11 Uhr. Ich schlage vor wir kommen langsam in den Raum hinein, sie nehmen bitte ihre Plätze ein. Die Presse möchte gerade noch ein paar Auftaktaufnahmen hier machen, ich hoffe das ist für sie Ok. Ist eigentlich hinfällig die Frage, weil wir sowieso öffentlich tagen, aber ich gebe es einfach nochmal hier hinein, dass gerade noch ein paar Aufnahmen gemacht wurden. Darüber hinaus wird heute wieder die Sitzung live im Internet übertragen und im Parlamentsfernsehen und kann wie üblich über unsere Seite abgerufen werden. Ich darf ganz herzlich zur Begrüßung kommen. Erstmal sie alle, ich hoffe sie hatten eine gute Sommerpause - ich mag das Wort eigentlich gar nicht so gern benutzen - sondern eine sitzungsfreie Zeit, die Politikerinnen und Politiker und alle anderen ihren begrenzten Urlaub, hoffe dass es gut getan hat und dass wir heute eine gute und weiterführende Sitzung haben werden, die so mein Wunsch gleich zu Anfang sich weniger mit GO-Fragen beschäftigt und dafür mehr mit inhaltlichen Fragen und ich denke es wäre ein gutes Zeichen wenn wir das heute so machen würden. Ich darf ganz herzlich begrüßen den Präsidenten des BfS, Herrn König, den Präsidenten der BGR, Herrn Kümpel. Ich darf als Vertreter des BMUB, Herrn Hart begrüßen und Herr Mager von BMWi kommt glaube ich noch, ja. Darüber hinaus wenn wir gerade in den Begrüßungen sind, begrüße und verabschiede ich zugleich Herrn Huber, der heute letztmalig in seiner Funktion als Umweltminister, als bayerischer Umweltminister bei uns ist und dann jetzt in Mitte des Monats Chef der bayerischen Staatskanzlei wird. Herzlichen Glückwunsch zu dieser neuen Aufgabe, auch wenn wir mit einem etwas tränenden Auge Sie ziehen lassen, aber wir hoffen auch auf gute Zusammenarbeit mit Ihrer neuen.. mit der Nachfolgerin, Frau Scharf demnächst. Aber schön, dass Sie heute wieder zu uns gekommen sind und

ich vermute mal dass wir so in der Endphase sicherlich auch das eine oder andere mit der bayerischen Staatskanzlei in der Frage noch zu besprechen haben. Darüber hinaus darf ich kurz sagen wer entschuldigt ist. Das ist wie sie sich denken können, der sächsische Ministerpräsident Tillich, der in eine spannende Woche auch startet nach der für Ihn sehr gut gelaufenen Wahl. Ich darf entschuldigen Herrn Appel, Herrn Grunwald. Ich darf entschuldigen Herrn Oßner, der wird von Graf Lärchenfeld demnächst vertreten. Ich darf entschuldigen Andy Jung bis heute Mittag, der durch den Kollegen Petzold vertreten wird. Ich darf entschuldigen Ministerpräsident Haseloff, der vertreten wird durch Minister Reinholz. Und jetzt hoffe ich, dass ich alle Vertretungen etc. [Zwischenruf unverständlich] für Frau Vogt auch herzlich willkommen. Also herzlich willkommen zu unserer Sitzung. Wir kommen zu Tagesordnungspunkt, ach ja, und eins, Entschuldigung. Ich möchte noch ganz herzlich ein neues ordentliches Mitglied in unseren Reihen begrüßen, dass ist Bernhard Fischer für den BDI, der neu zu uns gestoßen ist für Herrn Güldner. Herr Fischer herzlich willkommen. Aber wären Sie so nett und stellen sich vielleicht in zwei, drei kurzen Sätzen kurz vor. Wir hatten die Vorstellungsrunde hier schon mal, aber es wäre nett wenn Sie es eben auch noch tun würden."

Herr Fischer:

„Ja, herzlichen Dank für die Gelegenheit, herzliches Willkommen auch von meiner Seite, ich freue mich hier dabei sein zu können als Vertreter des BDI. Mein Name Bernhard Fischer, ich bin 59 Jahre alt, verheiratet, mit zwei Kindern. Ich habe meinen Ursprung im Unternehmen E.ON, bin dort im Moment aktiv tätig für unseren Bereich EON-Kernkraft als Aufsichtsratsvorsitzender. Bin aber bis vor einem halben Jahr auch operativ für die Steuerung sämtlicher Kraftwerke des EON-Konzerns zuständig gewesen. Und insofern freue ich mich mit, ja meinem operativen Background hier mitwirken zu können. Herzlichen Dank und auf gute Zusammenarbeit.“

2. Beschlussfassung über die Tagesordnungspunkt

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Herr Fischer auch von unserer Seite aus. Ich komme dann wenn sie einverstanden sind zur Beschlussfassung über die Tagesordnung. Die Tagesordnung ist ihnen zugeleitet worden. Sie ist zeitgleich, oder fast zeitgleich, im Internet veröffentlicht worden. Zur Tagesordnung liegt mir ein Antrag der Herrn Jäger und Fischer vor, nämlich den Tagesordnungspunkt 12: Verschiedenes um einen Unterpunkt zu ergänzen: Mögliche Erweiterung der Internetpräsenz der Kommission. Herr Jäger, wollen Sie es kurz begründen in einem Satz, oder Herr Fischer.“

Herr Fischer:

„Mach ich vielleicht sofort. Ja. Herr Sommer hatte uns ja glaube ich alle als Kommissionsmitglieder angeschrieben und einen Vorschlag unterbreitet, die

Plattform der Umwelthilfe zu nutzen um dort ein Blog zu starten und auch Fragen dort zu diskutieren. Wir sind bei unserer internen Beratung zu dem Schluss gekommen, dass wir glauben, dass es besser und auch geordneter verläuft wenn wir das Ganze unter dem Dach der Kommission ablaufen lassen, sprich also der Geschäftsstelle. Deswegen ist unser Vorschlag, diesen durchaus, ja, guten konstruktiven Vorschlag aufzugreifen, aber eben unter das Dach der Kommission zu stellen und nicht an einer einzelnen Stelle zu allocieren, weil sonst möglicherweise auch noch andere Stellen auf die gleiche Idee kommen und wir dann am Ende mit der Arbeit überhaupt nicht mehr zurecht kommen. Das ist unser Vorschlag."

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Fischer für die Begründung. Ich wollte jetzt gar nicht ins Inhaltliche groß einsteigen. Aber es ist Ihr Wunsch die Tagesordnung entsprechend zu erweitern. Gibt es da Gegenvorschläge, sind sie einverstanden. Also, sind sie einverstanden? Dann bitte ich um das Handzeichen. Erweiterung der Tagesordnung, wer ist dagegen? Wer enthält sich? Also, Einstimmig, ich meine bei einer Enthaltung. Also, angenommen. Die Tagesordnung wird also im Punkt 12 entsprechend ergänzt. Jetzt hat Herr Brunsmeier ebenfalls eine Anmerkung zur Tagesordnung."

Herr Brunsmeier:

„Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Beim TOP 5 lautet das Arbeitsprogramm 2015. Frage wäre, gibt es einen Grund warum dort 2014 nicht mit erwähnt wurde? Falls es keinen Grund gibt wäre ich dankbar wenn es sozusagen heißen würde Arbeitsprogramm 2014 und 2015. Das wäre der eine Punkt. Und der zweite Punkt wäre, dass unter TOP 7 wir ja über das Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsbeteiligung diskutieren wollen. In ersten Überlegungen da würde ich gerne anregen wollen, dass wir auch dort konkrete Aufträge an die AG durchaus beschließen können sollten. Und ich wäre dankbar wenn dafür auch ein Diskussionsraum wäre, also als unter Spiegelstrich konkrete Aufträge für die AG. Wir können dann ja immer noch beschließen, ob wir sie tatsächlich beschließen wollen, aber ich wollte zumindest die Möglichkeit dafür eröffnen."

Frau Heinen-Esser:

„Gut. Das sind zwei Vorschläge. Ich denke dem können wir alle folgen, dass das Arbeitsprogramm 2014/2015 heißt und das wir zum Zweiten den Tagesordnungspunkt 7 ergänzen um den Unterpunkt "Konkrete Aufträge an die Arbeitsgruppe". Gibt es dazu Gegenstimmen? Ich sehe das ist nicht der Fall, eine Gegenstimme, Herr Gaßner. Dann Enthaltungen? Wer ist dafür? Müssen wir jetzt doch so abfragen. Wer dafür ist das Handzeichen, die Tagesordnung so zu ergänzen. (Stille) Hallo? War ein Missverständnis. Also sind jetzt alle dafür die Tagesordnung zu ergänzen. Ja? Machen wir so. Herr Gaßner hatte sich gemeldet und Herr Jäger hatte sich gemeldet. Herr Gaßner bitte."

Herr Gaßner:

„Ich wollte den Vorschlag, den Herr Brunsmeier jetzt eingebracht hat und der jetzt abgestimmt wurde dahingehend nochmal ergänzen, dass es sicherlich sinnvoll ist die Reihenfolge 2014/2015 zu haben. Dass wir heute Morgen aber ein kleines Treffen von einem Kreis der Wissenschaftler hatten, Herr Kudla, Herr Kleemann, Herr Thomauske, Herr Sailer und ich und wir fünf weiterhin vorschlagen, dass wir auch das Thema 2014 so fassen, dass wir zur ersten inhaltlichen Fragestellung kommen, die in 2014 abgehandelt werden. Dass wir das also inhaltlich anfangen zu diskutieren und das sich aus der inhaltlichen Diskussion zu dem Programm für 2014 dann wahrscheinlich auch die Vorbereitung der Anhörungen zu Tagesordnungspunkt 9 ergibt, wenn wir diese Anhörungen durchführen wollen. Und wir außerdem uns vorstellen können, dass aus der Diskussion zu dem Arbeitsprogramm 2014 auch Überlegungen zu der Sinnhaftigkeit der jetzt vorgeschlagenen Arbeitsgruppen sich ergibt. Weil aus der Diskussion des Programms von 2014 sollte sich sowohl die Vorbereitung der Anhörung als auch die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ergeben, sodass dann 2015 folgen könnte, wobei ich uns aus dem Kreis, den ich jetzt gerade beschreibe noch nicht in der Lage sehe 2015 inhaltlich näher auszudifferenzieren. Das kann sich teilweise aus Diskussion zu 2014 ergeben. Im Übrigen aber haben wir für 2015 momentan ja nur Termine und deshalb wäre unser Vorschlag, auch wenn es jetzt etwas kompliziert klingt, den Tagesordnungspunkt 2014 selbstredend als Ersten zu haben. Die Fragen der Anhörung und der Arbeitsgruppen daran anschließen zu lassen und dann 2015 zu diskutieren. Das würde bedeuten, dass die Tagesordnungspunkte 6, 9, 8 und 5 in einem Block diskutiert würden und dann der Tagesordnungspunkt 7, nämlich die Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung und dann die Tagesordnungspunkte 10 und 12, 10 bis 12.“

Frau Heinen-Esser:

„Besten Dank Herr Gaßner. Und direkt Herrn Jäger, denn ich vermute das geht in eine ähnliche Richtung.“

Herr Jäger:

„Ja, die Vermutung ist richtig. In der Tat, ich würde das gerne unterstützen. Im Grunde nach, weil es aus unserer Sicht auch logisch wäre zunächst über das Arbeitsprogramm in „toto“ zu sprechen und dann auf die nahen Gestaltungen in 2014 einzugehen. Und wenn man das gesamte Arbeitsprogramm betrachtet hat, ergibt sich daraus auch eine gewisse Grundlage als Struktur für die Arbeitsgruppen und in der Folge wären dann die entsprechenden Festlegungen zu treffen und auch Vorbereitungen zu treffen, z.B. für die Anhörung. Will heißen, zunächst das Arbeitsprogramm, dann die Aufteilung auf die einzelnen Jahre bzw. Sitzungen 2014 und die Arbeitsgruppen.“

Frau Heinen-Esser:

„Besten Dank Herr Jäger. Darf ich das kurz aufgreifen. Wir haben ja jetzt bereits Herrn Brunsmeier, Ihre Änderungen aufgenommen, dass wir in Tagesordnungspunkt 5 über das Arbeitsprogramm 2014 und 15 reden. Herr Gaßner, da müsste ja auch Ihr Anliegen dann entsprechend mit aufgefasst werden, denn das was Sie gesagt haben müssen wir ja auch in Überschriften formulieren hier für die Tagesordnung. Dass wir dann als Zweites den Tagesordnungspunkt 6 nehmen mit dem Beschluss über die Sitzungsgestaltung für das Jahr 2014, sich daraus ableitend. Anschließend den Tagesordnungspunkt 8 diskutieren mit der Einsetzung von Arbeitsgruppen und schließlich die Vorbereitung von Anhörungen. Wobei ich durchaus in der Sitzungsführung es mir auch vorstellen kann so zu gestalten, dass wir 5, 6 und 8 durchaus auch gemeinsam betrachten werden, um so die entsprechenden Ableitungen zu haben. Aber wir müssen auch Herr Maier Genüge tun, deshalb der Vorschlag jetzt 5, 6, 8, 9 und Herrn Meister bitte ich um Nachsicht, dass er dann hinter den konkreten Gestaltung des Arbeitsprogramms mit dem Bericht über die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung kommt. Herr Brunsmeier hatte sich noch gemeldet.“

Herr Brunsmeier:

„Ich will dem im Wesentlichen gern folgen, hätte allerdings die herzliche Bitte den Tagesordnungspunkt 9: Vorbereitung von Anhörungen dann vor die Einsetzung der Arbeitsgruppen zu ziehen, weil die Diskussion über Anhörungen und vor allen Dingen über die Evaluierung des Gesetzes uns... für uns von zentraler Bedeutung ist. Und bevor wir über die Einsetzung der Arbeitsgruppen dann beschließen, dort auch eine entsprechende Diskussion möglich sein muss. Also dann die herzliche Bitte so dem zu folgen wie Sie es vorgeschlagen haben, dann aber den Tagesordnungspunkt 9 vor die Einsetzung der Arbeitsgruppen zu setzen. Dann bin ich auch mit dem anderen Ablauf einverstanden.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich sehe zustimmendes Nicken von Seiten des Wissenschaftsvertreters und schlage ihnen deshalb zur Änderung der Tagesordnung vor, 5, 6, 9, 8, in dieser Reihenfolge zu machen. Wer dagegen ist den bitte ich um das Handzeichen. Wer sich enthält bitte ich um das Handzeichen. Einstimmig so angenommen. Herzlichen Dank dafür. Gibt es noch weitere Anmerkungen zur Tagesordnung. Frau Glänzer.“

Frau Glänzer:

„Ich habe eine Frage, vielleicht kann die unter TOP: Verschiedenes beantwortet werden und zwar, wir haben ja alle eine Einladung bekommen zum ESK-Workshop zur deutschen Endlagerforschung am 20. und 21.01. Da hätte ich gerne mehr Informationen zu, weil zumindest ich gehe davon aus wie alle anderen Kommissionsmitglieder auch müssen ja ihre Zeit auch

planen und wir haben für 2015 ja schon eine Reihe an Terminen ausgemacht. Wenn Sie dazu noch ein paar erläuternde Worte sagen könnten."

Frau Heinen-Esser:

„Diesen Wunsch teilen Sie mit der Vorsitzenden. Von daher würde ich hier diese Anregung auch sehr gerne aufnehmen. Herrn Hart leider bitten zu bleiben. Herr Sailer ist ja auch da. Und dass wir das noch als zusätzlichen Punkt unter Verschiedenes mit aufnehmen: Bericht über den ESK-Workshop. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Zustimmung? Ja. Herzlichen Dank dafür. Ich denke mal, dass wir jetzt die Tagesordnung durch haben. Ich komm' zum zweiten Punkt, den wir heute unter der Beschlussfassung über die Tagesordnung besprechen müssen, nämlich das Protokoll. Ihnen ist das Protokoll zugeleitet worden. Es hat verschiedene Änderungswünsche zum Protokoll gegeben und es sind auch mehrere Änderungen übernommen worden. Es sind Änderungen gekommen von Herrn Kanitz, Herrn Jäger und Herrn Tillich. Die Änderungen sind zum Teil eingearbeitet worden, wir haben daraufhin das Protokoll erneut versandt und das ebenfalls im Internet veröffentlicht. Mir ist zugetragen worden, dass es da an der einen oder anderen Stelle etwas Unmut gegeben hat über die frühe Veröffentlichung, wobei das Wort früh in dem Zusammenhang etwas relativ zu betrachten ist und, aber bevor wir über Verfahrensfragen dazu nochmal sprechen gibt es noch weitere inhaltliche Anmerkungen zum Protokoll, wie es versandt wurde, denn es ist nach wie vor ein Entwurf? Ich sehe das ist nicht der Fall. Doch. Herr Kanitz. Dann Herr Kleemann."

Herr Kanitz:

„Also keine inhaltlichen Anmerkungen, aber nur die Frage: Wir müssten uns über ein Verfahren verständigen.."

Frau Heinen-Esser:

„Das wolle ich gleich aufrufen. Ich wollte gerade inhaltlich das Protokoll so wie es ist abstimmen lassen, damit wir das jetzt mal endlich aus dem Entwurfsstadium herausbekommen und anschließend über das Verfahren sprechen, weil es ist in der Tat Herr Kanitz nötig. Herr Kleemann? Zum Inhalt?"

Herr Kleemann:

„Also, ich habe mit dem Inhalt grundsätzlich keine Probleme, allerdings mit der Art und Weise wie das Protokoll abgefasst ist. Wir haben ja in der letzten Sitzung umfangreich diskutiert über die Frage - Wortprotokolle ja oder nein. Wenn ich aber dieses Protokoll lese, dann findet sich also eigentlich nicht wieder wie der Stand der Diskussion abgelaufen ist. Zum Beispiel, wer hat welchen Antrag eingebracht. Ich kann mich erinnern, Herr Gaßner hat den

Antrag eingebracht zu einer bestimmten Abfolge von Sitzungen, die nächsten Sitzungstermine. Dazu findet sich nichts im Protokoll. Ich habe den Antrag eingebracht, dass die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit entsprechend mit dem Vorsitz von Herrn Bischof Meister geleistet wird. Also all das findet sich im Protokoll nicht wieder. Man findet im Protokoll wenn man es liest Aussagen der Bundesregierung wieder, Herr Altmaier ist hinreichend zitiert. Man findet auch den Vorsitzenden im Protokoll wieder, man findet aber keine einzelnen Beiträge von Mitgliedern der Kommission. Und ich kann mir vorstellen, wenn man in zehn Jahren ein Protokoll dieser Kommission liest, dann wird man sich fragen, wer hat welche Beiträge dazu geleistet. Man wird also nichts dazu finden, wer jetzt von den Wissenschaftlern sich wie geäußert hat, wer von den gesellschaftlichen Vertretern sich irgendwie geäußert hat. Und ich denke da müssen wir doch zu einer etwas anderen Form des Protokolls.."

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kleemann ich will Sie..“

Herr Kleemann:

„...führen. Doch, ich denke.. Doch, das ist grundsätzlich zu der Frage des Protokolls. Es geht um das Protokoll der letzten Sitzung. Und ich finde das Protokoll der letzten Sitzung gibt nicht den Diskussionsverlauf hinreichend wieder, weil Einzelbeiträge nicht auftauchen. Ich will jetzt nicht eine Einzeldiskussion über einzelne Aussagen finden, aber wir müssen ein Modus finden wie das in der Zukunft anders gestaltet wird, damit man letztendlich auch den Diskussionsverlauf nachvollziehen kann. Das ist meine Anregung.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kleemann, ich habe Sie deshalb unterbrochen, weil genau diese Frage wird unter dem Tagesordnungspunkt: Geschäftsordnung ausführlich besprochen. Mir ging es jetzt in einem ersten Schritt darum zu sagen, ist das Protokoll inhaltlich jetzt so in Ordnung ja oder nein. Wenn Sie sagen nein, dann bitte ich Sie darum konkrete Änderungen mir jetzt vorzutragen, damit wir sie aufnehmen können und ansonsten schlage ich vor, dass wir die anderen Anmerkungen von Ihnen unter dem Tagesordnungspunkt: Geschäftsordnung behandeln werden.“

Herr Kleemann:

„Dann konkrete Frage, wo ist der Antrag von Herrn Gaßner zu der nächsten Sitzung aufgetaucht? Findet sich das irgendwo im Protokoll wieder? Ich habe es nicht gefunden.“

Frau Heinen-Esser:

„Wenn es nicht dort ist, bitte ich Sie jetzt mir die Formulierung einzureichen. Wir hatten über die Sommerpause genau die Zeit all diese Punkte mit aufzunehmen. So wie das ja von verschiedenen Anderen hier auch geschehen ist. Es ist nichts angekommen bei uns. Es ist deshalb nicht aufgenommen worden. Es besteht heute die Möglichkeit genau dies noch aufzunehmen. Ich bitte dann nur um eine konkrete Formulierung dazu.“

Herr Kleemann:

„Also, ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, jetzt hier eine zweite Geschäftsstelle einzurichten. Ich wollte nur die Diskussion anlässlich dieses Protokolls nutzen, noch mal diese grundsätzliche Frage aufzuwerfen: Was muss in einem Protokoll drinstehen? Und ich finde, so wie es jetzt abgefasst ist, gibt es nicht den Diskussionsverlauf wieder. Ich denke, das ist ein gutes Beispiel. Wir können daraus lernen für die Zukunft und deshalb wollte ich das einfach hier an dieser Stelle anbringen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank! Herr Miersch hatte sich gemeldet.“

Herr Miersch:

„Also, ich glaube es ist sinnvoll an der Stelle, das noch mal aufzunehmen, aber würde jetzt vorschlagen, dadurch, dass das ja inhaltlich durchaus, sag ich mal, jetzt nicht so relevant ist in dieser zweiten Sitzung, dass wir wirklich diese Debatte über Nachvollziehbarkeit gleich bei der Geschäftsordnung führen, dieses Protokoll jetzt aber so beschließen. Dann, glaube ich, kommen wir langsam an die harten Fakten und dann kommen wir auch weiter in der Sitzung. Aber der Einwand ist jetzt von allen gehört worden. Aber ich würde jetzt darum bitten, hierüber jetzt abzustimmen. Und dann können wir bei der Geschäftsordnung diskutieren, wie wir das sicherstellen zukünftig.“

3. Abschließende Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Frau Heinen-Esser:

„Frau Glänzer hatte sich noch gemeldet, oder einverstanden? Gut. Ich lasse jetzt über das Protokoll in der vorliegenden Form abstimmen. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer sich enthält, bitte ich um das Handzeichen. Damit ist das Protokoll bei zwei, drei Enthaltungen in der vorliegenden Form, vier Enthaltungen in der, fünf in der vorliegenden Form angenommen worden. Besten Dank. Wir werden gleich unter dem Thema Protokoll/Geschäftsordnung noch darüber zu sprechen haben, wie wir das Verfahren etwas ändern. Ich hatte eben ja schon gesagt: Es gab Unmut, dass es nicht noch eine zweite Abstimmungsrunde gegeben hat. Wir werde

darüber dazu gleich auch noch einen entsprechenden Vorschlag machen. Ich darf abschließend unter Tagesordnungspunkt zwei etwas noch zum heutigen Sitzungsablauf vorschlagen. Frau Hendricks wird gegen 13 Uhr, Herr Hart, wenn ich das richtig sehe, hierher kommen und eine Stunde zur Verfügung haben. Ich rege an im Sinne der Arbeitsökonomie, dass wir durch tagen bis einschließlich Frau Hendricks. Und dass wir dann um 14 Uhr eine 20- bis 30-minütige Pause machen werden, sodass wir hier heute auch ein Stück vorankommen. Sind Sie mit dem Vorgehen einverstanden? Okay, dann kann ich jetzt Tagesordnungspunkt 3 aufrufen, nämlich Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Sie haben zwei Punkte zu beraten. Nämlich einmal die von Herrn Kleemann bereits angesprochene, von Herrn Kranitz im Verfahren angesprochene Regelung zum Paragraphen 11, die wir offen gelassen haben. Der zweite Punkt war die konkrete Ausgestaltung des Paragraphen 15, betreffend den Ausschluss von Interessenkollisionen. Hierzu haben wir Ihnen Beratungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus, auch das wollen wir hier beraten, gibt es einen Vorschlag, der uns in der letzten Woche erreicht hat von Herrn Kudla zum Thema Bezahlung von Mitarbeitern. Den würde ich im Anschluss an die beiden Punkte 11 und 15, Herr Brunsmeier lächelt mich schon an, und Herr Sommer auch, würde ich dann im Anschluss entsprechend aufrufen. Ich komme jetzt mal zum Paragraphen 11: Protokolle. Es war um Prüfung gebeten worden, ob die Möglichkeit besteht, von den Sitzungen Wortprotokolle durch den Stenographischen Dienst des Deutschen Bundestages fertigen zu lassen. Wir haben die Mitteilung des Präsidenten bekommen, dass das mangels Kapazitäten leider nicht geht. Es sind Internetabschriften der ersten beiden Sitzungen veröffentlicht worden, wobei darauf hinzuweisen ist, dass sie zwar ein Hilfsmittel sind, aber kein Protokoll. Hallo Herr Reinholz! Kein Protokoll im Sinne des Deutschen Bundestages, die von den Rednern entsprechend autorisiert werden und damit eben auch korrekt wiedergegeben sind. Es gäbe aber die Möglichkeit, auch dies haben wir abgefragt, im Wege eines Vergabeverfahrens selbst Parlamentsstenographen mit der Erstellung von Wortprotokollen der Sitzungen zu beauftragen. Die Kosten belaufen sich hier nach ersten Auskünften etwa bei, also mit Ausfertigung et cetera, bei etwa 600 Euro je Sitzungsstunde, zuzüglich Spesen. Und das macht bei etwa 10 Sitzungen jährlich mit einer Dauer von acht Stunden einen Aufwand von 48.000 Euro. Das wäre Geld, was wir aus unserem Öffentlichkeitsetat nehmen müssen, der für das Jahr 2014 bei 500.000 Euro liegt. Die Kommission muss jetzt entscheiden, inwieweit sie diese Wortprotokolle in Auftrag geben möchte oder eben nicht, oder ob sie das Verfahren, was in der letzten Sitzung ja auch schon angesprochen wurde, zu bestimmten Terminen Wortprotokolle anfertigen zu lassen, besonders wichtige Anhörungen, Minister, die zitiert werden. Das ist jetzt die Frage, die ich hier in die Runde gebe. Und beziehungsweise auch noch die übrigen Verfahrensfragen, Herr Kanitz hatte sich ja zu Wort gemeldet. Deshalb die Frage, Herr Kanitz, wollen Sie starten? Dann Herr Brunsmeier, Herr Sommer, Sie schreiben das eben mit, nicht? Herr Pols, Frau Kotting-Uhl, Herr Thomauske, Frau Glänzer. So, das ist jetzt mal unsere erste Runde. Und danach fassen wir das zusammen."

Herr Kanitz:

„Also, ich glaube, dass dieses Protokoll, und das ist ja gerade in der Diskussion schon deutlich geworden, noch mal klar zum Ausdruck bringt, wie wichtig Wortprotokolle eigentlich sind. Damit nämlich sozusagen die Aussagen, die wir tätigen, auch vernünftig wiedergegeben werden. Ich finde, wir haben den Anspruch an Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung. Vor dem Hintergrund ist es schon extrem wichtig. Wir haben im Nachgang der letzten Sitzung erlebt, dass einzelne Journalisten auch Teile einfach nicht mitbekommen haben, weil sie am Livestream gesessen haben und offensichtlich einzelne Passagen nicht mitbekommen haben, weil die Mikrofone nicht an waren. Und deswegen finde ich das schon extrem wichtig, wenn wir allen die Möglichkeit geben, beispielsweise im Rahmen einer Stichwortsuche auch nachzuverfolgen, was wir hier alles besprechen. Insofern mein klares Plädoyer für Wortprotokolle. Über den Umfang müssen wir gleich sicherlich noch mal sprechen. Aber erst mal vielen Dank, dass da ein Angebot eingeholt worden ist. Der zweite Punkt, den ich habe und gerade angesprochen habe: Wir müssen uns schon auch noch mal drüber verständigen, wie und wann wir Protokolle annehmen und welche Dinge eigentlich dann sozusagen Eingang finden in das Protokoll. Also, es gab unterschiedliche Anmerkungen. Nicht nur von mir, sondern auch von anderen Teilnehmern. Einzelne sind angenommen worden, andere nicht. Insofern müssten wir darüber sprechen, ob wir sozusagen auch hier im Rahmen der Kommissionssitzung am Anfang einen Tagesordnungspunkt „Protokolle und Annahme des Protokolls der letzten Sitzung“ haben. Wohl wissend, dass wir dann die Schwierigkeit haben, immer erst 6 Wochen oder 8 Wochen nach der letzten Kommissionssitzung das Protokoll ins Internet stellen zu können, wäre auch nicht richtig. Nur so wie es jetzt gelaufen ist, wir machen Anmerkungen, die werden teilweise aufgenommen, willkürlich, teilweise nicht und dann wird es sozusagen öffentlich gemacht, ich glaube das ist keine Art und Weise, wie man ein vernünftiges Protokoll zustande bringt.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke, Herr Kanitz, Herr Brunsmeier bitte.“

Herr Brunsmeier:

„Ja, vielen Dank für die Ausführungen, da sie in eine gute Richtung gehen. Ich darf auch noch mal darauf hinweisen, dass es die dringende Forderung oder Anforderung aus den Verbänden und Initiativen gibt für ein Wortprotokoll. Ich finde das auch einen guten Vorschlag, das aus dem Budget der Kommission zunächst einmal zu nehmen. Das wäre mein Modifizierungsvorschlag, das es zunächst aus dem Budget der Kommission genommen wird, wir ein durchgängiges Wortprotokoll dann auch erstellt bekommen von einem Dienst, der das übernimmt. Und meine herzliche Bitte an die Politikerinnen und Politiker in der Runde hier mit dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages noch mal ernsthaft zu reden, dass wir dann ab nächstes Jahr dann auch ein Wortprotokoll des Deutschen Bundestages in ganz normaler Form bekommen. Also noch mal meine

dringende Bitte, die Forderung, die Anforderung aus der Bewegung, aus den Verbänden aufzugreifen und hier ein Wortprotokoll erstellen zu lassen, gerne in dieser modifizierten Form, gerne erst mal als Auftrag aus der Kommission hier. Aber es würde doch sehr der Transparenz und auch der Möglichkeit, der Diskussion hier zu folgen, sehr positiv dazu beitragen."

Frau Heinen-Esser:

„Herr Sommer bitte."

Herr Sommer:

„Ja, vielen Dank! Es geht in die gleiche Richtung. Deshalb nur als Ergänzung: Ich denke, wenn wir auch von den ständigen Diskussionen über das Protokoll der letzten Sitzung und die zu ergänzenden Passagen wegkommen wollen und inhaltlich arbeiten wollen, tun wir uns mit einem Wortprotokoll ebenfalls einen zusätzlichen Gefallen. Denn dann ist das protokolliert und gut ist. Dann können wir uns noch darüber unterhalten, ob wir separat noch mal die Beschlüsse zusammenfassen. Das denke ich, ist dann noch eine Frage. Aber im Grunde führt also nicht nur, um die Kommission arbeitsfähig zu machen, sondern auch im Geiste der vielbeschworenen Transparenz kein Weg an Wortprotokollen vorbei, aus welchem Bundestagsetat, Kommission, oder ein anderer nun auch immer das finanziert wird. Vielen Dank."

Frau Heinen-Esser:

„Herr Pols"

Herr Pols:

„Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Im Grunde genommen ist ja alles gesagt, ich kann meinen Vorrednern da nur zustimmen. Gerade in Sachen Transparenz, die ja immer wieder eingefordert wurde oder eingefordert wird, und auch für die Öffentlichkeitsarbeit ist es immens wichtig, dass wir hier ein Wortprotokoll haben. Ich schließe mich auch Herrn Brunsmeier an, dass wir wirklich ab 2015 dann auch - die Aufgabe nehme ich als Abgeordneter gerne an - den Bundestagspräsidenten auch nochmal eindringlich zu bitten, dass er uns einen Stenographischen Dienst hier zur Verfügung stellt, denn diese endlosen Diskussionen über das Protokoll das bringt uns hier nicht weiter, das kostet uns nur einfach viel Zeit und diese Zeit haben wir eben nicht, wir haben ja maximal 2 Jahre noch Zeit - oder 2 ½ Jahre Zeit und wenn wir davon immer noch 1 Stunde als Protokolldiskussion, oder noch mehr am Tag hier opfern, kommen wir in der Sache nicht weiter und der Hinweis ist auch wenn man tatsächlich mal später mal was nachblättern oder finden will, findet man das so nicht. Also ich plädiere auch dafür, dass wir wie gesagt den Stenographischen Dienst hier bzw. Wortprotokolle führen."

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl“

Frau Kotting-Uhl:

„Ja, die Beiträge gehen alle in dieselbe Richtung, ich finde es ein wunderbares Zeichen, dass diese Kommission sich offensichtlich schon darüber im Klaren und einig ist, dass Transparenz das absolut wichtige Stichwort ist für uns – äh - Nach meinen Recherchen würden diese Wortprotokolle für ein Jahr rund 30.000 € ausmachen – das ist aber – das spielt aber gar nicht die Rolle. Das entscheidende ist, dass wir jetzt alle Beiträge gesagt haben, wir das brauchen wenn es gewünscht wird und wir sehen ja, dass diese Protokolle in dem Stil, wie das jetzt von der ersten Sitzung gefertigt wurde, da nichts befrieden. Und ich würde auch vorschlagen, zusätzlich zu den Wortprotokollen dann auf ein reines Beschlussprotokoll zusätzlich umzusteigen. Dann haben wir auch hier keine Abstimmungsprozesse mehr. Ich würde des Weiteren vorschlagen – wir haben ja hier Parlamentarier aus allen Fraktionen – dass wir uns in den Haushaltsdebatten dafür stark machen – das sind ja haushaltsrelevante Summen, dass es hier eine Änderung gibt, wobei ich auch finde, dass bei einem Etat von 500.000 für Öffentlichkeitsarbeit – ob es jetzt 30 oder 50.000 sind, die für Wortprotokolle, die von der Öffentlichkeit gewünscht werden, ausgegeben werden, ein guter zu vertretender Anteil sind.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Thomauske“

Herr Thomauske:

„Ja, vielen Dank. Ich möchte anregen, dass zum Protokoll ergänzend auch herausgearbeitet wird, welche offenen Punkte bestehen und wie mit denen weiter verfahren wird. Ich habe festgestellt, wenn wir die Diskussion der ersten Sitzung ansehen und der zweiten Sitzung, dann gibt es wenig offene Punkte, die sie jetzt hier heute Eingang gefunden haben und die noch als offene Punkte erkennbar sind im Hinblick auf eine Abarbeitung. Deswegen möchte ich anregen, dass es hier eine ToDo-Liste gibt, in der nach gehalten wird, welche Punkte sind noch offen und durch wen werden sie bearbeitet und wann sind sie abgeschlossen und durch was.“

Frau Heinen-Esser:

„Das denke ich ist eine gute Idee, die wir sicherlich aufgreifen können. Als nächster noch Frau Glänzer, bitte“.

Frau Glänzer:

„Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende! Es ist jetzt ja in verschiedenen Wortbeiträgen mit Blick auf die Transparenz auch hingewiesen worden. Das kann ich auch gut nachvollziehen, ich will aber auch deutlich sagen, dass, wenn Wortprotokolle angefertigt werden, die natürlich auch alle gelesen werden müssen und ich persönlich – auch aufgrund der Diskussion, die wir beim letzten Mal ja auch gehabt haben - es gut fände, wenn wir bei dem Protokoll so wie wir es jetzt für diese Sitzung vorliegen haben, auch bleiben könnten. Gleichwohl gibt es ja auch die Möglichkeit wenn es einem wichtig ist, wenn ich das richtig verstanden habe und wir haben eine entsprechende Vorlage dazu auch vorliegen, dass man 'zu Protokoll geben' kann, dass das eine oder andere notiert werden soll. Also mir wäre es sehr lieb, wenn wir bei der gegenwärtigen Fassung bleiben könnten. Erster Punkt.

Zweite Punkt: ich finde schon, dass es wichtig ist, dass wir uns darauf verständigen, wann stellen wir das Protokoll eigentlich ein, weil ich glaube auch, dass wir es nicht einstellen können, dann gibt es Änderungen und dann stellt man es wieder ein und in der Sitzung haben wir erneut Änderungen. Also ich glaube, es wäre gut, wenn wir dann ein Protokoll einstellen würden was auch von der Kommission genehmigt ist.

Der dritte Punkt, der mir wichtig ist - dass will ich an dieser Stelle anmerken – wir haben ja eine Reihe von Vorlagen im Laufe der letzten Woche bekommen. Dazu wäre es hilfreich - manchmal ist es, aber nicht durchgängig, so gewesen-, dass sie dann auch datiert werden und auch da sollten wir später nochmal darüber diskutieren bis zu welchem Zeitpunkt Vorlagen auch kommen, aber das glaube ich ist eher denn nochmal der Punkt den wir unter einem späteren Tagesordnungspunkt diskutieren sollten und was mir noch nicht ganz klar ist, es gibt ja quasi ein Livestream - ein Mitschnitt – ob das denn nicht gegebenenfalls reichen würde. Vielleicht könnte das nochmal zur Klarstellung erläutert werden. Danke.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Frau Glänzer, jetzt noch zum Abschluss der Diskussion Herr Wenzel.“

Herr Wenzel:

„Ich meine, ich will das nicht wieder aufmachen, ich fand die Beiträge von Herrn Pols, von Herrn Sommer überzeugend und wenn wir sagen würden – ich glaube Herr Brunsmeier hatte sich auch entsprechend geäußert – wenn wir sagen 'zunächst' und dann bis 2015 die Finanzierung klären, dann sind wir, glaube ich, auf gutem Weg.“

Frau Heinen-Esser:

„Gut. Dann bedanke ich mich für die Diskussion. Es ist so, ich würde dass jetzt etwas abschichten wollen in der Abstimmung. Die überwiegende Mehrheit der Wortbeiträge hat sich jetzt hier für eine Anfertigung von

Wortprotokollen klar ausgesprochen, ich vermute mal das werden wir in der Abstimmung sehen, aber dass wird wahrscheinlich auch die Meinung hier in der Kommission sein wird. Die Frage, die Frau Glänzer aufgeworfen hat, nämlich wann die Protokolle ins Internet eingestellt werden, erübrigt sich dann wenn wir Wortprotokolle anfertigen lassen, weil die innerhalb – auch darüber müssen wir uns gleich verständigen - in einer bestimmten Zeit von denjenigen, die hier gesessen haben und gesprochen haben, freigegeben werden müssen. Das ist das Verfahren des Stenographischen Dienstes hier des Deutschen Bundestages oder sie sind frei, wenn man eben nichts mehr hört von denjenigen, die dazu befragt werden. Deshalb schlage ich vor, dass wir die Frage von Herrn Thomauske nach den offenen Punkten, die nehmen wir ganz ans Ende der Diskussion, denn die ist ja unabhängig davon, ob wir uns für Wortprotokolle, Verlaufsprotokolle oder was auch immer entscheiden. Erste Frage : Unter der Voraussetzung, dass wir das aus unserem Haushalt auch tatsächlich finanzieren können, also ich sage mal als grobe Richtung 50.000€ Jahresetat für den Stenographischen Dienst, das müsste man hinbekommen, wir werden Vergabeverfahren machen müssen – so ist es nun mal hier – Wer ist für die Anfertigung von Wortprotokollen?“ (Abstimmung/Handzeichen) „Wer spricht sich gegen die Anfertigung von Wortprotokollen aus?“ (Abstimmung/Handzeichen) „Wer enthält sich?“ (Abstimmung/Handzeichen)

Bei eins, zwei, drei, vier Enthaltungen hat die Kommission sich entschlossen, künftig den Stenographischen Dienst zu beauftragen, Wortprotokolle der Sitzungen anzufertigen.

Punkt 1. Entsprechend müssen wir jetzt unter Tagesordnung. - unter Punkt 11 die Geschäftsordnung ändern, so dass wir formulieren können 'gemäß §5 und so weiter werden über die Sitzungsergebnisse Wortprotokolle“

Herrn Müller:

„Über die 'Sitzungen' Wortprotokolle“

Frau Heinen-Esser:

„Danke, Herr Müller - Wortprotokolle geführt, die nach ihrer Annahme nach Maßgabe von usw. und sofort veröffentlicht werden. Ich schlage vor, ich weiß, dass sie alle beschäftigt sind, dass wir aber bei den 14 Tagen bleiben, die wir uns mal selber gesetzt hatten zur Protokollannahme, d.h. Wenn ihnen die Redebeiträge zugeleitet werden, dass sie über ihre eigenen Äußerungen innerhalb von 14 Tagen schauen müssen. Wenn diese ihnen nicht behagen, innerhalb dieses Zeitraumes uns Korr... – nicht 'behagen' aber sie sich falsch wiedergegeben fühlen vom Stenographischen Dienst, sie uns in der Zeit dann ihre Korrekturen mitteilen. Können wir so verfahren, denn wenn wir nicht so verfahren - die nächste Sitzung haben wir am 22. September – kommen wir mit dem Protokoll nach dem 22. September - das wäre nicht gut. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir auch die '14 Tage'-Regelung in das .. die Geschäftsordnung mit einführen, so dass jedem klar ist, wie das gemacht wird. Wären sie damit einverstanden - Herr Sommer!“

Herr Sommer:

„Eine ganz kurze Verständnisfrage: Es ist mir klar, dass wir heute kein Wortprotokoll haben werden, die Frage ist, wie realistisch ist es, dass wir ab der nächsten Sitzung ein Wortprotokoll haben werden oder ist es möglich, die auf Basis des Video-Mitschnitts zu erstellen?“

Frau Heinen-Esser:

„Also, wir werden es versuchen, wir müssen hier ein Vergabeverfahren durchführen, wir werden es versuchen – ich bin aber da positiv gestimmt, dass wir es zur nächsten Sitzung hinbekommen werden. Also, wer ist dafür, 14 Tage Annahmefrist/Freigabefrist?“ (Abstimmung mit Handzeichen) „Wer ist dagegen?“ (Abstimmung mit Handzeichen) „Enthaltungen?“ (Abstimmung mit Handzeichen) „Auch einstimmig so angenommen, herzlichen Dank. Und dazu nehmen wir auf, Herr Thomauske, das werden wir jetzt gesondert im Protokoll ausführen, dass wir im Anschluss an jede Sitzung eine zusätzliche ToDo-Liste dem Protokoll hinzufügen – dem Wortprotokoll hinzufügen, so dass jeder dann auch nochmal schwarz auf weiß seine Arbeitsaufträge sieht, denn auch darum kann es hier gehen. So, wären Sie damit einverstanden? - Herr Jäger ist nicht damit einverstanden?“

Herr Jäger:

“Doch, doch, der ist damit einverstanden. Ich würde dann noch eine, einen Punkt nochmal aufgreifen, der in der Diskussion hier genannt worden ist, der aus meiner Sicht sehr wichtig ist, nämlich die Frage der Zusammenfassung der Beschlüsse. Denn das ist für die weitere Arbeit ja sehr wichtig. Das Bestandteil des Wortprotokolls oder eben separat eine Formulierung der Beschlüsse ist, genauso wie die offenen Punkte. Wenn das das Verständnis ist. Das würde ich anregen, dass wir das zum gemeinsamen Verständnis hier machen.“

Frau Heinen-Esser:

“Also Wortprotokoll heißt, dass ganz klar Wort für Wort besprochen wird? Ja, Sie haben natürlich recht mit der Anmerkung Beschlussprotokoll hinzuzufügen. Auch das sollten wir aufnehmen.

Wer ist dagegen? ...

Enthaltungen? ...

OK, herzlichen Dank. Einstimmig so angenommen. Das aber trotzdem nehmen wir die offenen Punkte auch zusätzlich noch mit auf. Ich rufe den § 15 „Ausschluss von Interessenkollisionen“ zu, der an Diplomatie nicht mehr zu überbieten ist, aber trotzdem noch nicht die Zustimmung von Herrn Gaßner findet.“

Herr Gaßner:

“Jetzt kommt natürlich der Jurist. Also ich würde die Geschäftsstelle bitten, den §en 11 dann an das, was jetzt beschlossen wurde, anzupassen, weil sowohl der Absatz 2 als auch der Absatz 4 nicht mehr passt.“

Frau Heinen-Esser:

“Das, das ist selbstverständlich.
Also, § 15 Herr Gaßner.“

Herr Gaßner:

“Würde ich mich nochmal zu Wort melden, damit es jetzt dann nicht zu Missverständnis kommt. Von der kleinen Gruppe der Wissenschaftler, die sich jetzt getroffen haben gibt es einerseits die Bitte, den Paragraphen zu diskutieren, auf der anderen Seite aber auch die Bitte, den Paragraphen zurückzustellen, weil wir davon ausgehen, dass die Frage, die sie als anschließend für die Diskussion aufgerufen haben, nämlich die Frage einer möglichen Unterstützung der Mitglieder hier eine Überschneidung darstellt, weil es die Frage ist, was sind Gutachten. Aus meiner Sicht ist es relativ eindeutig, aber solange wir die Frage der Zuarbeit nicht diskutiert haben, wäre unsere Bitte, diesen Punkt 15 heute nicht zu beschließen. Also ich sage es nochmal andersrum, es geht in dem § 15 einerseits um die Frage Interessen Kollision, und es geht zu zweiten um die Frage, was Gutachten sind. Und die Frage, ob und wie weit auch die Mitarbeit von Kollegen und Kolleginnen, die hier ohne Back-Office sind, eine bestimmte Unterstützung erfährt. Kann man in dem Kontext sehen, Muss man nicht sehen, aber die Wissenschaftlerriege würde sich unter Berufung auf das Konsensprinzip dann darum bitten, dass wir diesen Punkt heute nicht abschließend entscheiden, bevor wir die andere Frage nicht auch klären konnten. Also das ist jetzt eine Vermengung, die ich markiere, und die ich bitte, zu berücksichtigen.“

Frau Heinen-Esser:

„Damit auch jeder ... Herr Milbradt, zuerst... wollen sie... genau dazu? Oder soll ich kurz was dazu noch formulieren. Herr Kudla hat eine Email, die in ihnen, den, die ich ihnen auch vorliegen sollte, geschickt, da geht es darum, Mitarbeiter in der Zuarbeit zu finanzieren. Das ist ein verständlicher Wunsch, der ja schon von dem ein oder anderen vorgetragen wurde. Das ist aber leider ein Wunsch den die Kommission nicht selber regeln kann. Wir haben dazu die Meinung der Bundestagsverwaltung eingeholt, ob wir dazu in der Lage sind, das entsprechend zu machen. Das wurde uns abschlägig entschieden und darauf verwiesen, dass dies nur über das Außenverhältnis der Kommission geregelt werden kann. Sprich, über das Parlament und den deutschen Bundestag. Denn der müsste das entsprechend in, im Standortauswahlgesetz mit betrachten und mit vorsehen, weil dort eben nur die anderen Etats, die wir haben, entsprechend geregelt sind. Deshalb, wenn

Sie, Herr Gaßner, jetzt den Antrag stellen, den § 15 zurückzustellen, dann werden wir den solange zurückstellen, wenn ich das jetzt mal ein bisschen weiter ausführen dürfen, bis wir in den nächsten Haushaltsberatungen sind, wo frühestens entsprechende Änderungen herbeigeführt werden können. Das bitte ich Sie jetzt bei der weiteren Diskussion entsprechend zu berücksichtigen. Herr Miersch hatte sich dazu gemeldet, Herr Milbradt, Sie - ich stelle Sie zurück, bis wir die Frage vielleicht kurz entschieden haben? OK.“

Herr Miersch:

"Also ich würde dringend dafür plädieren, heute wirklich abschließend eine Geschäftsordnung in Kraft zu setzen, und nicht immer wieder neu anzufangen. Ich finde, Herr Gaßner, die Formulierung des § 15 sehr eindeutig. Und wir haben in der Vergangenheit, also in der letzten Sitzung, ja auch darüber geredet, wie man vor allen Dingen auch den NGO's helfen kann, indem wir gesagt haben, gerade bei der Gutachtenvergabe wollen wir Minderheitenrechte gewähren, und deswegen glaube ich kommen wir über diese Normierung wirklich auch weiter und können damit gegebenenfalls auch den Support von, für andere ermöglichen. Ich finde, gerade bei diesem sensiblen Punkt muss die Kommission klar sein, und deswegen plädiere ich dafür, heute diesen 15 so, wie er hier vorliegt, zu beschließen."

Frau Heinen-Esser:

"Gibt es weitere Anmerkungen dazu? Sonst betrachte ich den Antrag, betrachte ich der, die Anmerkung von Herrn Gaßner jetzt als Antrag, den § 15 heute hier nicht zu behandeln, und stimme darüber ab."

Frau Heinen-Esser:

"Wer folgt dem Antrag?"

Herr Gaßner: (ohne Mikrofon angeschaltet zu haben):

"Ich hatte aber mich auch auf §9 der zukünftigen Geschäftsordnung..."

Frau Heinen-Esser:

"Können Sie bitte das, auch wenn wir Wortprotokolle später anfertigen werden..."

Herr Gaßner (schaltet das Mikrofon an):

"Ich sage ich hatte, ich hatte mich aber, und ich bitte, das freundlich zu beachten, ich hatte mich auch auf § 9 der zukünftigen Geschäftsordnung

berufen, und die spricht von Konsensprinzip. Und es ist jetzt relativ misslich, dass die Wissenschaftlergruppe, die sich nicht als Gruppe hier jetzt groß formieren möchte, einen Diskussionsbedarf anmeldet, und dieser Diskussionsbedarf im Rahmen des 15 auch mit gesehen wird, und deshalb bitten wir um Verständnis, wenn wir uns dann in dieser Abstimmung dann in einer Weise verhalten müssen, was §9 NICHT entspricht. Wir wollten eigentlich in Ruhe das machen, weil wir auch, wenn ich das noch dazu sagen dürfte, momentan nicht den großen Bedarf sehen, Gutachten zu vergeben. Deshalb könnte man das vielleicht nochmal außerhalb der Öffentlichkeit in Ruhe zu besprechen, weil es ist ein ausgesprochen sensibler Punkt. Es ist sehr sensibel und wir sind uns dessen bewusst."

Frau Heinen-Esser:

"So, das ist jetzt Ihre Anmerkung, Herr Gaßner, Sie gestatten, dass ich trotzdem jetzt darüber abstimmen lassen werde. Es gibt eine Meldung von Herrn Sommer und dann auch von Herr Kudla."

Herr Sommer:

"Also ich fände eine Mehrheitsabstimmung über diese Frage zum heutigen Zeitpunkt würde die Arbeitsweise und -fähigkeit unserer Kommission in einer Art und Weise belasten, die unklug wäre. Die Wissenschaftlerbank hat, sicherlich nicht durchgehend aber doch in einigen Personen manifestiert, da große Bedenken geäußert. Und das sind zum einen ökonomische Bedenken, und zum anderen habe ich zusätzliche Bedenken inhaltlicher Art. Wir haben hier, und das unterstelle ich mal, die Wissenschaftler sitzen, weil sie von der Thematik wirklich eine Ahnung haben und entweder die kompetentesten oder einige der kompetentesten Wissenschaftler zu den einzelnen Themen sind. Wenn wir die per Geschäftsordnung jetzt sozusagen aus dem Kreis potenzieller Gutachten einfach mal ausschließen, weil wir, zu Recht, verstehe ich ja voll und ganz, befürchten, dass wir uns angreifbar machen, und das jetzt einfach mal schnell so wegbeschließen, dann tun wir uns allen inhaltlich keinen Gefallen, denn es sitzen da einige Menschen auf dieser Wissenschaftlerbank, von denen würde ich sehr gerne auch gutachterähnliche Äußerungen hören, und die werden wir finanzieren müssen. Die Menschen haben alle auch ihre ökonomische Situation, und die müssen wir lösen. Da wir das heute nicht können plädiere ich dafür, diesen Paragraphen tatsächlich wie vorgeschlagen noch zurückzustellen. Er wird auch die Arbeitsweise unserer Kommission zum jetzigen Zeitpunkt in keiner Weise gefährden. Denn da stimme ich auch mit den Wissenschaftlern überein, ich sehe keinen Anlass, heute oder auch in der nächsten Sitzung schon im großen Stil Gutachten zu vergeben. Insofern tun wir uns da nur einen Gefallen, wenn wir versuchen, hier eine vernünftige Lösung für die

Betroffenen zu finden. Und ich bin deshalb, plädiere deshalb dafür, nicht abzustimmen."

Frau Heinen-Esser:

"Ich, bevor Herr Kudla und Herr Ott das Wort dazu bekommen, ich weise darauf hin, dass es Änderungen hier erst mit dem nächsten Haushaltsgesetz geben kann. Das heißt, dass wir dann uns selber beschränken, und wahrscheinlich ein ganzes Jahr lang nicht in der Lage sein werden, Gutachten etc. zu vergeben. Ich bitte, das zu bedenken. Wir werden ans Gesetz gehen müssen und wir werden vor allen Dingen an den Haushalt für die Kommission gehen müssen. Ich gebe das nur zu bedenken für die nächsten Diskussionsbeiträge in dieser Frage. Herr Kudla hat das Wort...

Wenn sie eine Lösung dafür sagen würden, wäre das hilfreich."

Herr Kudla:

„Frau Heinen-Esser, ich verstehe Ihr Anliegen, ich verstehe auch das Anliegen, die Geschäftsordnung verabschieden zu wollen. Aber die Diskussion kommt, glaube ich, auch deshalb zustande, weil etwas unterschiedliche Sichtweisen bestehen, wie gearbeitet wird. Wir haben hier vor etwa einer Stunde diskutiert hier zu fünft, ob hier große Gutachten vergeben werden müssen zu einzelnen Themen. Dabei haben wir festgestellt, dass von denen die hier neben mir links und rechts sitzen an sich nicht die Meinung ist und auch ich bin der Meinung, dass wir nicht groß Gutachten vergeben werden müssen zu einzelnen Themen. Aber es wird eine gewisse Sitzungsvorbereitung notwendig sein, insbesondere für die Arbeitsgruppensitzungen. Da werden konkrete Tischvorlagen erstellt werden müssen, da wird die ein oder andere Präsentation erstellt werden müssen und das soll ansich nur, wie soll ich sagen, entschädigt werden. Das ist das Einzige. Insofern, ich weis noch nicht was mit dem Etat passiert, sie sagten mal das da auch eine große Menge für Gutachten vorgesehen ist, ich weis nicht was mit dem Etat passiert wenn wir den nicht ausschöpfen. Deswegen möchte, wenn sie dafür plädieren das die Geschäftsordnung heute verabschiedet wird, dann bin ich aber dafür, dass sie uns einen mittelfristigen Weg aufzeigen müssen, wie das Problem, was hier einige haben wenn hier Sitzungsvorbereitungen in großem Maße anfallen, wie wir dieses Problem lösen.“

Frau Heinen Esser:

„Herr Ott“

Herr Ott:

„Also, ich finde nach der Diskussion ist mir noch mal deutlich geworden, dass die Mitglieder der Kommission sich inhaltlich hier einbringen in die Diskussion und auch was die Vorbereitung beispielsweise in Arbeitsgruppen angeht. Von daher bin ich nach wie vor der Auffassung, dass der Vorschlag, der uns am 21. August zugeschickt worden ist, wenn Sie vorher keine Gelegenheit hatten, sich zusammensetzen, da abzustimmen, ist das ein Problem. Aber dann hier in der Sitzung dafür zu plädieren, den Punkt zu verschieben, auch vor den Hinweisen, die Frau Heinen-Esser gemacht hat, halte ich das für ausgesprochen problematisch und bin der Auffassung, Gutachten, über die wir reden, die können in der Tat nicht entgeltlich an die Mitglieder der Kommission gehen sondern an die Institutionen. Das ist etwas anderes. Und von daher plädiere ich dafür, heute die komplette Geschäftsordnung auch zu verabschieden.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön, Herr Ott. Herr Miersch.“

Herr Miersch:

„Also, ich will auch noch mal ganz deutlich Herrn Gassner und Herrn Kudla sagen, ich habe hier überhaupt keine Frontenstellung Wissenschaft gegen die übrigen Kommissionsmitglieder. Und mir gibt es auch zu denken, dass die Wissenschaftler den Bedarf gesehen haben, sich vor dieser Sitzung schon untereinander zu treffen. Das ist für mich zumindest ein großes Ausrufungszeichen, wo ich sage, ich fände es nicht gut zukünftig, - ich weiß natürlich, es wird telefoniert, man trifft sich und man sieht sich und so, das ist überhaupt keine Frage - aber ich glaube, wir müssen schon den einheitlichen Geist dieser Kommission immer im Blick haben. Und deswegen wäre meines Erachtens der Vorschlag, also das, Herr Kudla, was Sie eben besprochen haben, findet sich meines in §15 Absatz 2, zweiter Absatz, wieder, dass nämlich Mitglieder von Unternehmen, Institutionen durchaus beauftragt werden können. Ich will hier auch ausdrücklich zum nicht vorhandenen Wortprotokoll gerne sagen, dass ich jederzeit bereit bin, wenn die Praxis sich herausstellt, dass wir da nicht weiterkommen, dass wir gegebenenfalls diesen §15 noch einmal anpassen. Ich würde nur dafür plädieren, jetzt damit zu beginnen mit dieser Formulierung. Und wir sollten das Vertrauen haben, dass wir wirklich miteinander diesen Weg gehen und dann gegebenenfalls auch Schwierigkeiten hier beraten, wenn sie sich denn ergeben. Aber ich glaube, der §15 lässt den ausreichenden Spielraum, sodass ich - auch vor dem Hintergrund der haushalterischen Situation, die Frau Heinen-Esser hier beschrieben hat - sagen will, lassen Sie es uns so versuchen, und gegebenenfalls müssen wir es im Laufe der Zeit anpassen. Aber ich finde, wir brauchen, gerade was Interessenkollisionen angeht, eine deutliche Regelung. Wir können da kein Vakuum entstehen lassen. Das wäre meine Bitte, und ich würde es hier auch ausdrücklich - hat ja jetzt jeder auch gesehen - sagen: sollte es da Probleme geben, würde ich auch gerne noch einmal in die Beratung einsteigen. Aber das kann sich

dann vielleicht ergeben, wenn wir irgendwann in drei, vier Monaten vor solch einem Problem stehen.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen zum Thema. Das sind Herr Wenzel, Herr Kanitz, Herr Thomauske und Herr Sailer. Ich schlage vor, dass wir dann den Schluss der Rednerliste machen. Der Vorsitz wird einen Vorschlag vorlegen. - Herr Wenzel, bitte.“

Herr Wenzel:

„Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich denke auch, wir sollten die Geschäftsordnung heute auf den Weg bringen. Es ist ja kein Geheimnis, dass ich mich beim letzten Mal noch für eine deutlich härtere Formulierung eingesetzt habe. Die findet sich jetzt hier nicht wieder. Gleichwohl glaube ich, dass wir hier ein paar Grundregeln festhalten müssen. Ich wäre aber dezidiert auch der Auffassung, dass all diejenigen in der Kommission, die nicht über eine Behörde, oder eine andere Institution verfügen, die Ihnen zu den Sitzungen zuarbeitet, dass die auch bei der Vorbereitung personell auch unterstützt werden. Das ist auch frühzeitig in der Beratung zum Standortauswahlgesetz so immer Thema gewesen. Wenn das bislang haushaltsrechtlich noch nicht vollzogen ist, dann muss das entsprechend vollzogen werden. Da würde ich mich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass es diese Möglichkeit gibt.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kanitz bitte.“

Herr Kanitz:

„Ich glaube, dass es gerade bei der Frage, wie gelangt externes Wissen in die Kommission, extrem wichtig ist, dass wir vollständige Transparenz wahren lassen und ich glaube, diesen Geist spiegelt dieser §15 und die jetzt gemachte Formulierung ja auch wieder. Und daher, genau das, was Herr Miersch gerade sagte, das schließt ja nicht aus, dass Gutachten auch an Mitglieder der Kommission vergeben werden. Es muss nur klar werden, in welcher Art und Weise das dann geschieht, und das müssen wir hier in der Kommission besprechen. Insofern finde ich den Vorschlag gut und halte es auch für wichtig, darüber jetzt abzustimmen. Das Problem ist natürlich, wie wollen wir mit den ganzen anderen Punkten in der Geschäftsordnung umgehen, wenn wir heute keine Geschäftsordnung verabschieden? Also sind wir eine Kommission ohne Geschäftsordnung und dass eben Frau Heinen-Esser darauf hingewiesen hat, möglicherweise für ein Jahr. Und das ist eben eine sehr missliche Lage. Auf einen zweiten Punkt möchte ich noch hinweisen: wir werden ja heute noch über die Einsetzung von Arbeitsgruppen entscheiden und ich glaube, es ist auch klar, dass durchaus an dieser Stelle das Fachwissen und die Expertise der Experten genutzt wird, um diese Arbeitsgruppen zu leiten.“

Und ich könnte mir durchaus vorstellen, das müsste man mal prüfen, da müsste die Geschäftsstelle mal sagen, wie das möglich ist, dass die Vorbereitung dieser Arbeitsgruppen und dieser Sitzungen dann eben aus der Geschäftsstelle heraus funktioniert. Und das könnte sozusagen vielleicht noch mal ein weiterer Punkt sein, dass man sagt: Gutachten sind grundsätzlich möglich. Das gibt dieser Paragraph auch wieder. Es muss nur transparent hier besprochen werden, wie und in welcher Form das passiert, und zweitens, die Arbeitsgruppenleiter, oder Arbeitskreisleiter werden unterstützt aus der Geschäftsstelle in der Vorbereitung der Sitzungen. Das könnte, meine ich, ein vernünftiger Weg sein, den wir gemeinsam gehen können.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kanitz, herzlichen Dank, dass Sie darauf hingewiesen haben. Aus der Geschäftsstelle wird jeder Arbeitsgruppe ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Sagt man glaub ich nicht wenns um Menschen geht. Aber wird ein wissenschaftlicher Mitarbeiter dabei sein, der Sitzungen mit vorbereitet, der Ansprechpartner ist für die Mitglieder der Arbeitsgruppen, der auch entsprechend den Arbeitsgruppenvorsitzenden Unterstützung geben soll. Besten Dank.
Herr Thomaske bitte.“

Herr Thomaske:

„Ich möchte noch mal auf die Fragestellung eingehen. Es wird immer über Gutachten geredet, aber wir haben dem Grunde nach drei Aspekte, die wir berücksichtigen müssen. Das ist zum einen tatsächlich die Gutachten. Da kann ich mit der Formulierung, wie sie so gewählt wurde, leben. Daneben haben wir Zuarbeitsfragen. Das stellt sich in einem Ministerium, wenn ich mal Herrn Wenzel ansehe, sicher anders (dar), als wenn ich eine Einmannveranstaltung ansehe, die wir hier in der Wissenschaftlerbank auch haben. Und insofern bedarf es hier für eine geordnete Vorbereitung der Sitzung auch einer entsprechenden Zuarbeit. Das ist der zweite Punkt. Der dritte Punkt betrifft Sonderaufwände. Beispielsweise wenn Sie in der Tagesordnung vorsehen, dass Mitglieder zu den Erfahrungen AKEnd berichten. Dann ist dies nicht ein Bericht, der in dem normalen Tätigkeitsfeld des Kommissionsmitglieds enthalten ist, sondern der ne Aufwandserhöhung insofern darstellt, dass wir dann darüber zu reden haben, welche Analysen sind erforderlich, um den damaligen AKEnd-Prozess mit dem Standortauswahlgesetz zu vergleichen etc. Das ist ein Punkt, wo sich die Kommission entscheiden muss, ob sie dafür bereit ist, dies gewissermaßen als Sonderaufwand anzuerkennen, oder aber die Gefahr läuft, dass man dafür - man kann es ja auch in ein externes Gutachten geben, dann braucht man die Kommissionsmitglieder mit entsprechendem Erfahrungshintergrund dazu nicht zu beschäftigen, wenn dieser Aspekt höherwertig ist. Insofern plädiere ich schon dafür, dass wir etwas mit weniger festgelegter Brille an diese Frage herangehen und dieses etwas pragmatischer sehen und dann zu Lösungen kommen, die den drei Aspekten jeweils auch Rechnung tragen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Thomauske. Herr Sailer bitte.“

Herr Sailer:

„Also, ich finde es wichtig, dass wir bei der Diskussion wirklich das auseinanderhalten, um welches Mittel es geht, so wie Herr Thomauske es gerade schon mal ausgeführt hat. Die Gutachten, die dann wirklich für Fragen sind, für die ein schriftliches Gutachten abgegeben wird, die hier in der Kommission vorliegen sollen, da halte ich den Vorschlag, wie er für die Sitzung vorgelegt worden ist, auch für vernünftig und auch für praktikabel und auch unter all den Gesichtspunkten, die diskutiert worden sind, keine Bevorteilung - finde ich richtig. Aber es ist eben die Frage der Vorbereitung bei speziellen Sachen durch Mitarbeiter. Und da möchte ich noch mal darauf hinweisen, der Steuerzahler bezahlt Landeshaushalte, und ich weiß, dass - zu Recht - Mitglieder im Landeshaushalt sich entsprechende Zuarbeiter stellen, wenn sie nicht schon da waren, geholt haben. Und der Steuerzahler bezahlt auch die entsprechende Finanzierung für Bundestagsabgeordnete, die sicher natürlich ganz viele Aufgaben haben, aber eben auch diese. Und wir haben jetzt sowohl bei gesellschaftlichen Gruppen zum Teil Organisationen als auch auf der Wissenschaftlerseite, wo vom Steuerzahler erstmal nichts für die Zuarbeit kommt. Entweder tatsächlich nichts, oder nur auf indirektem Wege. Und wir haben hier auf der Bank hier 3 Mitglieder auf der Wissenschaftsseite, die sozusagen Einmannbetriebe sind, die also insofern nicht mal indirekt auf Mitarbeiter zurückgreifen können. Und bei mir ist es so als gemeinnütziger Verein, der nicht die Aufgabe hat, Kommissionen zu unterstützen, ich darf das nicht machen, und ich habe auch von meinem Vorstand am Samstag das abgelehnt gekriegt, da entsprechende Finanzierung bereit zu stellen. Es ist mein Privat-hobby an der Stelle. Es geht auch gar nicht, weil Gemeinnützigkeitsprüfer sofort feststellen würden: missbräuchliche Verwendung von Kosten aus einem gemeinnützigen Institut. Also, wir brauchen für diese zwei Dinge, Mitarbeiter zur Vorbereitung, brauchen wir ne Regelung für diejenigen, die dafür keine Finanzierung haben und da gehört auch ein Stück weit dazu - ich bitte, das nicht falsch zu verstehen - das kann man nur teilweise über eine Geschäftsstelle machen, oder gar nicht, weil man braucht für die Vorbereitung auch Mitarbeiter mit entsprechendem Erfahrungshorizont und einem entsprechenden Vertrauenshintergrund. Uns wir brauchen zumindest für die drei Mitglieder, zu denen ich nicht zähle, die so als Einmannbetriebe hier drin sind, auch eine Regelung, wie das ist, wenn sie ne besonders hohe Vorbereitung hier reinbringen. Danke.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Sailer. Ich weise noch mal darauf hin, dass diese Fragen alle nicht in dem §15 "Ausschluss von Interessenkollisionen" gelöst werden können. Und das ist schon nicht in Ordnung, jetzt zu sagen, wir stimmen über diesen Absatz nicht ab, wenn wir nicht Geld für die Mitarbeiter bekommen. Nein Herr Sailer. Ich sage das mal jetzt ganz deutlich: Ich habe vollstes Verständnis - das haben wir im Vorsitz mehrfach gesagt - was die Ausstat-

tung angeht. Ich schlage Ihnen vor, heute über den §15 abzustimmen. Wir sind aber noch nicht mal in der inhaltlichen Diskussion - darauf weise ich hin. Ich verweise noch auf die Wortmeldung von Herrn Milbradt, dass wir heute natürlich über den §15 beraten werden; dass das Thema, was Sie aufgreifen, wir nicht in der Kommissionregeln dürfen, können, weil das eine Frage des Gesetzes ist. Und da gibt es zwei Möglichkeiten, dass sich die Arbeitsgruppe "Standortauswahlgesetz - Evaluierung" mit dieser Frage beschäftigt und entsprechende Vorschläge unterbreitet, die dann vom Gesetzgeber umgesetzt werden. Wir haben von der Kommission aus hier keine Möglichkeit, eine der Etats, die wir haben, die uns vom Gesetz vorgegeben sind, darin einzugreifen und zu sagen, wir bezahlen damit Mitarbeiter. Es geht leider nicht. Ich würde Ihnen gerne viel Geld für Mitarbeiter geben, aber uns sind hier, auch gesetzestechnisch, die Hände gebunden. Und ich bitte jetzt darum, den §15 "Ausschluss von Interessenkollisionen" inhaltlich zu diskutieren. Es geht jetzt, ich komme jetzt zur Abstimmung. Ich hatte eben gesagt, - Sie waren die letzte Wortmeldung - ich hatte eben gesagt, wir stimmen darüber ab, ob wir den §15 jetzt behandeln. Wer dagegen ist, den §15 jetzt zu behandeln, den bitte ich um das Handzeichen.

1, 2, 3, 4, 5 6, ne, 6 sind dagegen, ihn zu behandeln.

Wer enthält sich? Sechs enthalten sich.

Und wer ist dafür? 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17.

Ich hatte mich eben vertan. Einer weniger bei den dagegen.

Damit kommen wir jetzt in die inhaltliche Diskussion des §15, und ich gebe Herrn Milbradt das Wort.“

Herr Milbradt:

„Wir hatten ja beim letzten Mal über die Frage der Befangenheit geredet. Von Befangenheit ist hier ja nicht mehr die Rede. Sondern es wird ja nur noch, wenn ich das richtig verstehe - möglicherweise habe ich es missverstanden - im §2 "...soll ein Auftrag usw. vergeben werden, ist offenzulegen". Dies schließt aber nicht die Beteiligung an der Abstimmung aus. Ist das richtig? Da würde ich schon meinen, dass man das doch tun sollte. Allein schon auch gegenüber der Öffentlichkeit, um irgendwelche falsche Interpretationen zu vermeiden. An sich ist es grundsätzlich so, dass, wenn man in irgendeiner Weise betroffen ist, an einer Abstimmung - hier geht es ja nicht um irgendwelche Schlussabstimmungen, sondern um eine Vergabe eines Auftrags nicht mitwirken sollte. Was nicht heißt, dass man nicht dazu Stellung nehmen soll. Aber man sollte nicht abstimmen. Deswegen ist mir dieser Punkt nicht weit genug.“

Frau Heinen-Esser:

„Da müssen wir gleich über eine Formulierung nachdenken, Herr Milbradt. Gibt es Wortmeldungen zu der Anmerkung von ...? (zwei/drei Worte unverständlich),“

Herr Miersch:

„Nein, dazu nicht. Aber zu der Abstimmung eben will ich nur noch mal die Erklärung hier wirklich geben, auch weil Herr Sailer, Herr Thomauske, ich merke im Wissenschaftsbereich gibt es da Debatten. Herr Thomauske, Sie haben von einer To-do-Liste für die Kommission berichtet. Ich will das hier - und gehe davon aus, dass wir das im Namen aller Kolleginnen und Kollegen machen können - das Problem, das Sie mit Herrn Sailer zusammen eben angesprochen haben, werden wir noch mal mitnehmen auch im Rahmen der Bundstags- und Haushaltsdiskussion, und ich glaube, dass wir da bilateral eine Lösung finden, um wirklich auch Ihren Wünschen in irgendeiner Form eine Lösung zu geben. Ich glaube aber trotzdem, dass es wichtig war, jetzt den §15 hier so dann auch in Kraft zu setzen. Ich will das hier aber ausdrücklich Ihnen sagen: das ist jetzt hier keine eiskalte Abstimmung, die schlechte Stimmung verbreiten soll, sondern, ich glaube, es ist angekommen, nichtsdestotrotz ist es wichtig hier den §15 so beschlossen zu haben. Oder zu beschließen.“

Heinen-Esser:

„Jetzt machen wir also die Diskussion nochmal auf dazu?! Herr Sailer, bitte. In der Zwischenzeit kommt Frau Gäbler zu Ihnen, Herr Milbradt, um die Formulierung zu entwickeln für die Befangenheit, sodass wir hier doch ein bisschen effizienter vorgehen. Herr Sailer.“

Herr Sailer:

„Also, ich habe noch nirgends gelernt, dass eine Geschäftsordnung vollständig sein muss in dem Sinn, dass sie alle Punkte behandelt. Deswegen sehe ich auch kein Problem, eine Geschäftsordnung zu verabschieden, bei der wir uns darüber bewusst sind, dass wir bestimmte Punkte möglicherweise nochmal einer Lösung zuführen müssen. Ich habe vorhin auch deutlich gemacht und andere Kollegen auch, dass die Formulierung zum §15 für den Teil eins des Diskussionsthemas, nämlich "Vergabe von Gutachten" durchaus eine akzeptable Version ist. Wenn ich jetzt das aufgreife, was Herr Miersch gesagt hat: es ist aus meiner Sicht kein Problem zu sagen, wir leben mit einer inhaltlich unvollständigen Geschäftsordnung, dass wir eben diese Frage der Vorbereitung und der Mitarbeiter nicht geklärt haben, aber die Frage der Gutachtenvergabe klären. Und dann können wir das soweit machen. Und dann muss man natürlich bei der Evaluation, da gehört es von der Logik hin, gucken, warum ist eben die Frage der Finanzierung - und das betrifft ja nicht nur die Wissenschaftlerseite - warum ist die in dem Gesetz doch nicht so behandelt worden, wie diskutiert. Aber das ist dann Evaluierung. Also, ich könnte mir durchaus vorstellen, dass wir mit der Regelung, soweit es Gutachten an nahestehende oder eigene Institutionen betrifft, da kann man leben, und es ist auch OK.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Jäger, dann Herr Müller“

Herr Jäger:

„Ja ich hab´, muss gestehen, etwas Verständnisprobleme zur Zeit. Wenn ich mal unterstelle, wir würden den § 15 so verabschieden, wie er jetzt hier steht, wie ich dann wieder die Beispiele der Wissenschaftler Revue passieren lasse, die ich gut nachvollziehen kann, dann reden wir nicht über Gutachten, sondern wir haben Beispiele gehört, die Aufwand für Vorbereitungen der Kommission, entweder Arbeitsgruppen- oder auch Plenumsdiskussionen beinhaltet. Herr Thomauske, Sie haben z.B. AkEndbericht genannt. Wär´ es denn nicht denkbar, dass in einem solchen Fall, das ist auch stückweit pragmatische Interpretation des § 15, wenn wir zu dem Schluss kommen, ja, wir wollen eine Präsentation eines Ergebnisses AkEnd, dass wir dann auch darüber diskutieren: wie kommen wir zu dieser Präsentation, wer soll sie machen?, dann würde ich den § 15 (2) so lesen, dass es ja wohl einen Auftrag auch geben kann, eine entsprechende Aufbereitung vorzubereiten, und die kann sehr wohl aus den Häusern auch geschehen, deren Vertreter oder Leitung hier in der Kommission sind. Insofern wäre sie ja voll kompatibel mit dem Vorschlag. Und damit wäre aus meiner Sicht, bin aber jetzt nicht sicher, Frau Heinen, ob das die absolut juristisch präzise Interpretation ist, die das Gesetz auch hergibt. Das würde im Schluss bedeuten, wir können das so verabschieden, und wir können pragmatisch so nach vorne gehen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass das, was inhaltlich dann noch zu diskutieren ist, dann hier im Einzelfall festgelegt wird.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Jäger, für Ihren konstruktiven Beitrag. Ich kann mir vorstellen, dass man, wenn man nachdenkt, wer entsprechendes aufbereitet, wir uns das nochmal genau anschauen, welche Möglichkeiten wir bei der Studien- und Gutachtenvergabe tatsächlich haben. Jetzt hab´ ich noch Michael Müller.“

Herr Müller:

„Also ich persönlich teile die Position auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit im Bundestag und der Diskussion, die sich gerade aus Finanzierungsfragen ergeben, dass eine schärfere Formulierung eigentlich besser gewesen wäre. Das haben wir ja jetzt mit 15 so beschlossen. Ich will aber nur sagen: Ich war insgesamt in 6 Enquete-Kommissionen, die sind ja vergleichbar mit solchen Kommissionen. Ich hab´ nicht einmal erlebt, dass die Wissenschaftler zur Vorbereitung von Sitzungen extra honoriert werden, oder für die Leitung von Arbeitsgruppen. Ich sage das nicht, weil ich nicht das Anliegen verstehen kann, sondern weil ich damit sage: Wir machen da ein Fass auf! - und das würde ich doch ganz gerne erst mal mit der Bundestagsverwaltung besprechen. Auf jeden Fall ist das was völlig Neues. Es ist bisher nicht üblich, dass also Wissenschaftler, die in einer Kommission

sind, extra honoriert werden für vorbereitende oder sonstige Tätigkeiten in der Kommission – ist nicht üblich bisher, und ich weiß auch nicht, wie es interpretiert wird. Und deshalb finde ich schon im Interesse der sozusagen Seriosität der Arbeit dieser Kommission, das sollte man bitte mal intensiver vorher mit Bundestag und Verwaltung absprechen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Herr Müller. Gibt's noch weitere Anmerkungen dazu? - Herr Gaßner?“

Herr Gaßner:

„Meine Bitte war die gewesen, dass wir die Inhalte – Zuarbeitung, Gutachten – nicht vermischen, und habe gesagt: Ich vermenge sie. Meine zweite Bitte war, das nicht in coram Publikum zu diskutieren, und meine dritte Anmerkung ist: Ich bitte jetzt die Tatsache, dass wir wenig Vorbereitung hatten, nicht dahin abgleiten zu lassen, dass hier Unseriosität vorgeworfen wird.“

Frau Heinen-Esser:

„Ja gut, coram Publikum diskutieren wir ja alles nochmal zur Erinnerung. Wir sind ja öffentlich, und ich denke auch, dass die Öffentlichkeit genau darüber Bescheid wissen sollte, was wir hier diskutieren und wie wir es auch miteinander diskutieren. Wir hatten eine Vermengung, Herr Gaßner, wenn ich das nochmal ausdrücklich sagen darf, die Sie vorgeschlagen haben, nämlich die Frage der Mitarbeiterbezahlung mit der Interessen-Kollision miteinander zu verbinden. Herr Thomauske, bitte“

Herr Thomauske:

„Ja, vielleicht in eine ähnliche Richtung, wie Herr Gaßner eben, möglicherweise ist es so, dass wir entweder nicht verstanden werden, oder nicht verstanden werden wollen. Uns geht es nicht um die Frage einer Sitzungsvorbereitung. Das ist selbstverständlich, dass die Sitzungsvorbereitung nicht Gegenstand dieser Diskussion ist. Worum es hier geht, sind Arbeitsaufträge, die einen deutlich höheren Umfang darstellen, und die nebenbei gemacht werden sollen. Und insofern stellt sich das anders dar, als von dem Vorsitzenden eben hier erläutert. - Doch das haben Sie genauso, anders rum gesagt! -, und das letzte, was ich an der Stelle tun will ist, mich in eine gewisse oder wir uns in eine gewisse Ecke stellen lassen, weil das ja hier erkennbar, dass die Wissenschaftlerseite eine gewisse Position zu diesem Punkt einnimmt. Und diese Mehrheit, die hier möglicherweise zustande kommt zu diesem Tagesordnungspunkt, dann bestimmt wird von Vertretern, die genau dieses Problem nicht haben. Und das führt auf der Wissenschaftlerseite durchaus zu einem unguuten Gefühl. Und wenn Sie schon die Transparenz anregen, dann gehört das hier eben mit dazu!“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl bitte. Dann schlage ich vor, dass wir die Diskussion zu Ende führen, denn wir wollen noch das Arbeitsprogramm andiskutieren, bevor Frau Hendricks kommt.“

Frau Kotting-Uhl:

„Also, ich möchte die Mitarbeit und die Interessenkollision der Gutachten usw. jetzt auch nicht vermengen. Diese eine Frage müssen wir dann noch lösen und die andere wollen wir aber heute lösen. Und ich halte es sehr wichtig, dass wir diesen Überschrift des § 15 „Ausschluss von Interessenkollisionen“ auch ernst nehmen und dass sich das in den Unterpunkten auch wieder findet. Und deswegen finde ich geht es nicht, Herr Thomauske, was Sie vorschlagen, oder was sie in den Raum gestellt haben, dass, wenn jetzt z.B. ehemalige Mitglieder des AKEnd hier darstellen, was im AKEnd erarbeitet wurde, wie die Arbeitsweise war, wie die Ergebnisse waren usw., wie die heute zu bewerten sind. Was ja an Sie ´rangetragen wird, dass das dann entgolten wird, denn alle die hier drin sitzen, sitzen ja auf Grund einer Kompetenz da. Und bei den Mitgliedern der Kommission, die im AKEnd waren, ist diese Zugehörigkeit zum AKEnd nicht der geringste Teil der Kompetenz warum sie ausgewählt wurden. Und das ist eigentlich die originäre Aufgabe, das hier einzubringen. Deswegen finde ich das ganz schwierig, das jetzt zu vermischen mit ´nem Auftrag, den man sozusagen erteilt, und zudem würden wir dann der Intention des § 15 eigentlich widersprechen, d.h. wir müssen da einen Sonderfall wieder konstruieren. Ich wäre da nicht dafür. Ich bin dafür, dass man diese Frage Zuarbeit, Arbeitsmöglichkeiten in der Kommission auf Augenhöhe regelt, aber ich finde nicht, dass man das vermischen kann mit diesem § 15, und ich wäre hier für saubere Formulierungen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Herr Müller wollte zur Klarstellung für das Protokoll noch etwas sagen“

Herr Müller:

„Also noch einmal: Wir wollen für alle die gleichen Chancen bieten. Und auch für die Vorbereitung, wenn es möglich ist, über das Sekretariat helfen. Aber Herr Thomauske, Sie haben mich nicht falsch verstanden, oder umgekehrt! Beispielsweise in der Enquete-Kommission, ich will nur ein Beispiel nennen, „Wachstum“, war Herr Prof. Schmitt, und für ihn war selbstverständlich, dass er über die Arbeit der Kommission für die Neufassung des BIP berichtet hat, ausführlich dargestellt hat über die ganze Sitzung. Und da hat er nichts Zusätzliches für verlangt. Oder beispielsweise, dass Herr Graßel ausführlich über die unterschiedlichen Klimamodelle berichtet hat in der Enquete-Kommission „Klima“, er hat da nichts für verlangt. Ich will nur sagen, ich will doch gar nicht einer Lösung hier im Wege stehen, ich will nur sagen, es ist etwas Neues. Und das muss besprochen werden.“

Frau Heinen-Esser:

„Besten Dank Herr Müller. Jetzt will ich Frau Gäbler und Herrn Milbradt mal bitten, inhaltlich was zur Änderung des § - ach Frau Glänzer, hatten Sie sich gemeldet? Hab´ ich was übersehen hier, nee. Dann Herr Milbradt oder Frau Gäbler, die haben, lesen Sie das bitte vor, die beiden haben die Diskussion genutzt, inhaltlich einen Vorschlag zu entwickeln.“

Frau Gäbler:

„Also der § 15 Abs. 2, 2. Satz, soll dann um die beiden Sätze ergänzt werden: „Wenn die Entscheidung dem Mitglied einen unmittelbaren Vorteil bringt, darf es an der Abstimmung nicht teilnehmen. Dasselbe gilt, wenn das Kommissionsmitglied Mitglied in einem Organ, oder einer Institution durch die Entscheidung begünstigt wird.“ Na, nicht so ganz ...“

Frau Heinen-Esser:

„Das ist eine Erweiterung des § 15 (2), der nochmal ganz klar auf die Vorteilsnahme - Herr Milbradt bitte“

Herr Milbradt:

„Ein bisschen schlecht von mir geschrieben, entschuldigen Sie bitte. „Dasselbe gilt, wenn das Kommissionsmitglied Mitglied in einem Organ einer durch die Entscheidung begünstigten Institution ist“

Frau Heinen-Esser:

„Besten Dank. Gibt es Anmerkungen zu diesem Erweiterungsvorschlag? Wir müssen jetzt erst mal die Juristen... Herr Steinkemper. Nochmal bitte genau vorlesen, Frau Gäbler, bitte.“

Frau Gäbler:

„Hoffentlich krieg ich das im zweiten Satz jetzt wieder besser hin. Wenn die Entscheidung dem Mitglied einen unmittelbaren Vorteil bringt, darf es an der Abstimmung nicht teilnehmen. Dasselbe gilt, wenn das Kommissionsmitglied Mitglied in einem Organ einer durch die Entscheidung begünstigten Institution ist“

Herr Milbradt:

„Das Organ könnte man auch durchs Leitungsorgan ersetzen.“

Frau Heinen-Esser:

„Gibt's dazu Anmerkungen? Frau Kotting-Uhl!“

Frau Kotting-Uhl:

„Also den unmittelbaren Vorteil wollen wir ja ausschließen. Das nehm' ich doch an, dass wir den ausschließen wollen mit diesem §. Deshalb erschließt sich mir nicht, warum wir darüber noch einen Absatz machen sollen.“

Frau Heinen-Esser:

„Weitere Anmerkungen dazu? – Gut. Aber so ist der Anfang der Ergänzungen des 15 (2) erfolgt. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Ich gebe nur zu bedenken, Frau Kotting-Uhl, unmittelbar der Vorteil ist nicht aufgegriffen hier in dem 15er. Aber ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer dem Vorschlag von Herrn Milbradt folgt, den bitte ich um das Handzeichen. So jetzt muß ich zählen: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, Herr Gaßner 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 folgen diesem Vorschlag, wer ist explizit dagegen? Wer enthält sich? 1, 2, 3, 4, 5, 6. Besten Dank. Damit wird der Absatz so eingefügt in die Geschäftsordnung. Wenn Sie einverstanden sind, komme ich jetzt zu der Abstimmung des gesamten § 15 mit der genannten Änderung. Wer für den § 15 ist, den bitte ich um das Handzeichen. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19 sind dafür. Wer ist gegen den § 15 (Ausschluss von Interessenkollisionen)? Keiner. Wer enthält sich? - Die Wissenschaftsseite, 5. Herzlichen Dank. - 5, 6, 7, 8 enthalten sich! Entschuldigung. Ja mit links ist bei mir manchmal...Herzlichen Dank für die Abstimmung. Damit ist der 15er angenommen in der vorliegenden Fassung. Ich lasse jetzt über die gesamte Geschäftsordnung abstimmen. Sie ist Ihnen zugeleitet worden, Wortprotokoll ist aufgenommen worden entsprechend in dem 11er. Wer für die Geschäftsordnung in der vorliegenden Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen, wer enthält sich? Damit, herr Pegel haben sie sich enthalten?, ok, ist die Geschäftsordnung einstimmig angenommen worden. Ich bedanke mich ganz herzlich. Und wir haben es heute geschafft, innerhalb von einer Stunde und 25 Minuten die Formalia zu klären, die wichtig sind für die Zusammenarbeit einer Kommission. Im Thomausk'schen Sinne nehme ich als Arbeitsaufträge mit : Punkt Eins – ich fasse das jetzt nochmal zusammen für das Protokoll – an die Arbeitsgruppe, die wir eventuell einrichten werden für Evaluierung, die Frage Mitarbeiter, Zuarbeit aufzugreifen und Punkt 2 den Jäger'schen Vorschlag, mit der Bundestagsverwaltung zu klären, inwieweit es die Kommission wenn sie selber Dinge mit ihren Mitgliedern entwickelt, inwiefern es da Unterstützung für Gutachten, Studien etc. geben kann. Das klären wir nach Möglichkeit bis zur nächsten Sitzung. Das sind die beiden offenen Punkte, die Tagesordnungspunktes.
Ich komme jetzt zum Tagesordnungspunkt 5 – ja, Herr Gaßner!“

5. Beratung und Beschlussfassung über ein (vorläufiges) Arbeitsprogramm 2014 und 2015 (insbesondere Festlegung von Terminen für auswärtige Veranstaltungen [Asse, Gorleben u.a.]

Herr Gaßner:

„Ich würde Sie bitten, dass Sie auch für den Stenografischen Dienst, der vorhin deutlich genannt wurde, auch mit in das Paket aufnehmen.“

Frau Heinen-Esser:

„Ja, danke für den Hinweis. Wir müssen als offenen Punkt ebenfalls uns auch mit der Deckungsfähigkeit der Haushaltsmittel befassen. Das nehmen wir ebenfalls auf. Ich komme jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt 5, das Arbeitsprogramm. Es ist Ihnen allen zugegangen mit verschiedenen Ergänzungen, die dann in der Folge gekommen sind, also der Tagesordnungspunkt heißt ja nach Vorschlag von Herrn Brunsmeier „Arbeitsprogramm 2014/ 2015“. Wir haben dazu Anmerkungen erhalten von Herrn Jäger und Herrn Fischer, es liegt ihnen als Drucksache vor von Herrn Sommer und Herrn Sailer. Es gibt eine Drucksache von Herrn Appel. Es gibt von Herrn Brunsmeier eine Drucksache, die ihnen zugegangen ist. Es gibt von Herrn Habeck einen Vorschlag bzw. zusätzlich einen Aufsatz, der direkt an alle Mitglieder der Kommission zugegangen ist, so dass wir hier über ein relativ großes Paket zu diskutieren haben. Ich schlage Ihnen vor: Sie haben den Vorschlag unseres Arbeitsprogrammes erhalten, das ein Stück weit auf dem basiert, was wir in der letzten Sitzung besprochen haben. Sie haben es gelesen. Wir haben uns, was die weitere Arbeit angeht, für einen neuen Ansatz, wie wir meinen, entschieden, nämlich anhand bestimmter Pfade das Thema Endlagerung, oder Lagerung zu diskutieren. Meine Anregung wäre, dass wir jetzt mal die erste halbe Stunde für eine allgemeine Aussprache nutzen sollten, die wir dann, wenn Frau Hendricks wieder gegangen ist, bzw. wir ´ne kurze Mittagspause gemacht haben, dann natürlich noch vertiefen können. Aber ich rufe jetzt die allgemeine Aussprache zum Arbeitsprogramm auf. Sie können gerne dann auch wieder Hinweise geben zur Sitzungsgestaltung und zur Einsetzung von Arbeitsgruppen, so wie wir das ja eben besprochen haben. Es hat sich gemeldet Herr Untersteller.“

Herr Untersteller:

„Ja, herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. In den schriftlichen vorliegenden Stellungnahmen sind ja eine Reihe von Punkten angesprochen. Ich will jetzt nicht auf alle eingehen, sondern mich auf 2, 3 konzentrieren. Erstens mal auf die Frage: Welche Abfälle sollten eigentlich im Mittelpunkt der Kommissionsarbeit stehen? Da gibt es unterschiedliche Auffassungen auch in den schriftlich vorliegenden Stellungnahmen. Will mal aus meiner Sicht sagen, ich hab ein großes Interesse dran, dass wir uns dezidiert auf hochradioaktive Abfälle konzentrieren. Und das war eigentlich auch – nach meinem Verständnis – jedenfalls auch im Wesentlichen der Anlass, oder mit ein Anlass zur Einsetzung dieser Kommission, und ich glaube da drüber sollten wir auch nochmal Einverständnis herbeiführen. Zweitens: Sie machen

ja den Vorschlag für ´ne erste Arbeitsphase, die ich vom Grundsatz her so gut finde. Ich find´s auch gut, dass wir hier anlegen, sagen wir mal ´ne Arbeitsstruktur, die viel auf Anhörungen fußt - es ist vorhin auch schon mal angesprochen worden - und weniger auf Gutachten. Ich glaube dass wir hier dann auch schneller zu ´nem gewissen gemeinsamen Grundverständnis kommen, auch schneller, ich sag mal uns auf den Stand der Diskussionen bringen können, wenn wir Experten/ Expertinnen einladen hier in die Kommission. Deswegen find´ ich das vom Grundsatz her gut. Eine Sache will ich aber mal ansprechen, wo ich glaube, dass wir nochmal drüber diskutieren sollten: Ob die Aufteilung, wie sie sie vorschlagen, ob dieses in dieser vorgelegten Form sinnvoll ist. Ich will mal ein Beispiel nennen: Es gibt den Vorschlag, dass wir eine Anhörung machen im November zu dem Thema „Internationale Erfahrungen“. Es gibt dann den Vorschlag ´ne Anhörung zu machen, oder man kann das auch anders nennen, zu der Frage: Wie war das da mit AKEnd? Ich finde, das eine hängt aber eigentlich mit dem anderen teilweise zusammen. Also mir persönlich geht es auch schon noch mal darum, zu sagen, was ist eigentlich sozusagen der Stand gewesen nach Abschluss AKEnd, hat sich da was weiter entwickelt, ja oder nein, sowohl national sowie international? Und das mein´ ich damit, dass es hier wohl doch Überschneidungen gäbe zwischen den Dingen, die in der Anhörung zur Sprache kämen, die am 3. November stattfinden sollte, mit der Frage, die im Dezember diskutiert werden sollte. Und m.E. sollte man auch diese Dinge diskutieren. Ich hätte ein großes Interesse daran, dass man das zusammen legt, also die Frage: Was ist an internationalen Erfahrungen seither dazugekommen, was ist auch national seither an neuem Wissensstand hinzugekommen zu dem, was AKEnd 2004/ 2005 zu Papier gebracht hatte. Das sind zwei Anmerkungen, die ich machen möchte.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Untersteller. Als nächstes Herr Gaßner, bitte, dann Herr Kleemann“

Herr Gaßner:

„Frau Vorsitzende, wir müssen, was die Inhalte angeht, und die Sitzungsfolge angeht in diesem Jahr von einem bestimmten Pragmatismus auch leben, d.h. wir müssen sehen, dass wir inhaltliche Verknüpfungen bekommen und inhaltliche Vorbereitung auch leisten können. Ich hoffe, dass diese Kommission hier schnell zu Ergebnissen kommt. Der AKEnd ist innerhalb von 4 Jahren zu Ergebnissen gekommen, und ich würde es als unhistorisch ansehen, wenn man sich mit dem AKEnd nicht beschäftigt. Jenseits der Frage, welche Gültigkeit die einzelnen Absprachen dort noch haben können, ist es ein MUSS, dass man sich mit dem AKEnd beschäftigt. Meiner Ansicht nach ist es schon eine Frage des Respekts. Jetzt ist die Frage auch die, wie man relativ schnell zu dem AKEnd kommt, also zu einer Diskussion über den AKEnd, weil er zwei verschiedene Teile hat. Der eine, habe ich gerade etwas pathetisch angesprochen, also das Übernehmen letztendlich der Aufgabe aus einem anderen Diskussionszusammenhang. Das Zweite ist eine wesentliche Fragestellung um die der AKEnd behandelt wird, wird auch in der

Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit als gesellschaftlicher Dialog abgehandelt werden müssen. Das ist jetzt wiederum eine Frage der Feinstrukturierung. Ich wäre auf jeden Fall dafür, dass wir die Frage AKEnd relativ bald machen. Das Zweite ist, nicht zuletzt auf den Beitrag des Herrn Minister Habeck haben wir eine Fragestellung im Raum, die auch schon in den ersten 2 Sitzungen angeklungen ist, aber hier jetzt ´ne profilierte Äußerung gefunden hat. Die Frage ist, wie wir mit dieser Themenstellung „Rückholbarkeit“ umgehen. Ich weiß es nicht, ob wir da gut aufgerufen sind, beispielsweise eine internationale Anhörung zu machen und dazu internationale Experten ne Stunde zu befragen, oder ob wir nicht relativ schnell dazu kommen sollten, dass es ´ne Themenstellung ist, die so weit prägend ist, dass eine Einberufung einer Arbeitsgruppe „Standortkriterien“ nicht so sinnvoll ist. Wenn wir uns dazu nicht verständigt haben, also vielleicht bietet sich dazu an, dass man einen Kongress macht, also ein anderes Format wählt. Aber, das bitte ich auch zu entschuldigen, es wird relativ viel aus der Hüfte geschossen, weil wir eine noch relativ frische Einarbeitungszeit zusammen haben. Also meine Bitte wäre, zweites Thema, das sehr wichtig ist, ist die Frage „Rückholbarkeit“ möglicherweise verbindbar mit dem Bericht von ENTRIA, das wäre auch ´ne Vorstellung. Die dritte Bitte wäre die, dass wir das Thema internationale Erfahrungen nicht überhöhen, aber relativ bald behandeln. Nicht überhöhen heißt, wir werden die internationalen Erfahrungen nicht im Rahmen einer Anhörung uns erarbeiten können. Deshalb wird neben der Anhörung, das sollte als Auftakt geben, dann zu diskutieren sein, über die Frage von Reisen. Dazu haben wir uns im Übrigen heute Morgen auch schon ein kleines Bild gemacht. Dem möchte ich jetzt nicht vorgreifen, weil das das Jahr 2015 betrifft. Und dann halte ich für sehr wichtig, dass wir uns auch mit zu dem Thema, wie Sie´s auch vorgeschlagen haben, Evaluierung, beschäftigen, allerdings auch mit ´nem bestimmten Vorverständnis meinerseits, d.h. ich würde es zur Diskussion stellen. Ich sehe die Evaluierung in unterschiedlichen Etappen. Es gibt bestimmte Erwartungen, bestimmte Fragen relativ bald abzuhandeln, die müssen identifiziert werden, weil es Sachlogik ist, sachlogisch ist, dass es andere Evaluierungsfragen gibt, die selbstverständlich bis zum Ende in unserem Bericht auftauchen müssen. Und was am Ende in den Bericht gehört, und was an den Anfang gehört, ist auch eine Arbeit, die gemacht werden sollte, und dazu könnte eine Anhörung ein sehr guter Auftakt sein. Und ich würde vorschlagen, dass man in diese Evaluierung auch diejenigen mit einbezieht und diejenigen um Diskussionsbeiträge bittet, die sich sehr kritisch mit dem Standortauswahlgesetz beschäftigt haben. Da komme ich zu einem weiteren Punkt der Programmgestaltung. Ich berate auch die Asse-Begleitgruppe, und die hat am Freitag getagt, und ich darf Ihnen mitteilen, dass Ihnen die Landrätin Steinbrügge auf Ihr Schreiben, das offensichtlich die Landrätin erreicht hat, nämlich dass sie eine Anhörung in Gorleben planen, dass da die Bitte ist, dass es also keine Reise zur Asse gibt. Die Asse-Begleitgruppe/Vertreter der Gruppe würden gern eingeladen werden in die Arbeitsgruppe oder in Anhörung sich einzubringen, aber nicht unbedingt besucht zu werden. Das gleiche Votum ist informell auch aus der Region Gorleben an verschiedene Mitglieder der Kommission herangetragen worden. Auch das ist, glaube ich, sehr wichtig für die Gestaltung der Arbeit 2014/ 2015, d.h. ich fasse nochmal zusammen: Sehr schnell AKEnd, sehr schnell die Frage Rückholbarkeit klären, sich klar werden, welchen

Vorbereitungsaufwand eine internationale Anhörung bedarf, und bezogen auf die Evaluierung eine Einbeziehung von vielen und gleichzeitig aber auch eine Abschichtung, weil die Themenstellung Evaluierung nicht nur als Arbeitsgruppenprozess stattfinden kann, sondern am Endergebnis dann auch zusammenführen muss, was der Bericht ja wiedergibt und die Vorschläge an den Deutschen Bundestag, möglicherweise´s Standortgesetz an verschiedenen Stellen anzupassen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Gaßner. Herr Kleemann, bitte.“

Herr Kleemann:

„Ja, ich möchte direkt anknüpfen. Wir haben uns heute Morgen deshalb getroffen, nicht weil wir jetzt uns zusammen kugeln wollten, sondern weil wir uns halt Gedanken gemacht haben, wie können wir die Arbeit in dieser Kommission etwas besser strukturieren. Denn wir führen m.E. nun schon zum dritten Mal die gleiche Diskussion. Wir haben´s in der ersten Sitzung besprochen, in welcher Reihenfolge wir arbeiten wollen, wir haben´s in der zweiten Sitzung gemacht, und wir machen jetzt wieder eine allgemeine Diskussion. Und ich kann mich daran erinnern, dass wir in der ersten und in der zweiten Sitzung gesagt haben, dass der AKEnd-Prozess sehr wichtig ist und dass wir uns natürlich vorrangig mit dem AKEnd beschäftigen. Nur ist das bisher in diesem Arbeitsprogramm so nicht aufgenommen worden, sondern Herr Gaßner hat in der letzten Sitzung den Vorschlag gemacht, in der heutigen Sitzung schon zu beginnen mit AKEnd. Das ist leider nicht aufgegriffen worden. Also da hätten wir uns glaube ich schon etwas Zeit sparen können und wir hätten auch das Programm etwas straffer gestalten können. Also m.E. ist es absolute Priorität, zunächst erst mal von denjenigen Mitgliedern, die hier Erfahrungen aus dem AKEnd-Prozess haben, das auch in diese Kommission einzuspeisen, und dann in einem zweiten Schritt die Evaluation mit den internationalen Erfahrungen zu machen, denn die Schweiz hat ja nun im Wesentlichen auch die Vorschläge AKEnd aufgesetzt und hat praktische Erfahrungen gesammelt. Und in der Tat, die Reisen sollte man möglicherweise in der zweiten Phase, bzw. im Beginn 2015 einplanen, wenn man entsprechend schon etwas Vorbereitung hat, d.h. dass wir uns auch etwas intensiver in die Thematik eingearbeitet haben. Also von mir auch die Unterstützung. Wir sollten also wirklich als erstes uns mit AKEnd beschäftigen - was ist da positiv an Erfahrungen herauszuziehen, was muss noch darüber hinaus betrachtet werden? Daraus ergeben sich ja auch dann noch offene Fragen für die weitere Arbeit. Der zweite aus meiner Sicht wichtige Punkt, oder dritte wichtige Punkt, ist die Evaluation, die ja nun auch stattfinden sollte. Ich würde aber den Vorschlag machen, zunächst erst mal die Fragestellung in eine Arbeitsgruppe, werden ja nachher auch über die Aufteilung in Arbeitsgruppen reden. In einer Arbeitsgruppe Evaluation die offenen Fragen auch zu klären und das Ganze ein bisschen zu strukturieren, dass man vielleicht dann in der ersten Hälfte 2015 eine Anhörung zu dem Thema Evaluation macht, denn ansonsten hat man auch hier eine breite Diskussion. Man muss die Fragen etwas bündeln. Die Frage Abfallbilanz

z.B., ist das ein wichtiges Thema? Aber auch die Ausstattung dieser Kommission, wie soll das ganze Verfahren ausgestaltet sein? Also ich denke, da wäre es sicherlich zielführend, wenn wir das auch auf eine Arbeitsgruppe delegieren. Also nochmal Unterstützung von meiner Seite, ich sag's glaube ich zum dritten Mal: AKEnd als erstes und dann Anhörung zu internationalen Erfahrungen. Vielen Dank“

Frau Heinen-Esser:

„Kotting-Uhl bitte.“

Frau Kotting-Uhl:

„Ich will nicht mit Kritik anfangen, sondern sagen, dass ich dieses vorgelegte Arbeitsprogramm jetzt sehr gut und sehr ausgereift finde. Die Phasen finde ich auch richtig. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir eine erste Phase haben, in der wir alle auf dem gleichen Sachstand am Ende sind, so dass wir auch gemeinsam über diese Dinge dann qualifiziert diskutieren können. Weil der eine hat ein bisschen mehr Erfahrung in der einen Thematik und der andere in der anderen, und es ist wichtig, dass wir das erst mal austauschen, uns auch diese Expertisen von außen holen. Und von daher finde ich diese Phasen richtig. Ich find's auch, anders als Herr Kleemann, gut, erst mal uns die Dinge anzuhören und auch uns Akteure von außen zu holen, z.B. für die Evaluierung, oder auch die internationalen Erfahrungen. Und dann, wenn diese Fragestellungen klar sind, die wir ja jetzt nicht aus uns heraus unbedingt nur alle erheben sollen, sondern die ja durchaus auch von außen an uns heran getragen werden. Und wenn wir diese Fragestellung dann haben, auch mit dem Blick von außen, dass wir dann in die Arbeitsgruppen gehen, also auch das finde ich eine wichtige Geschichte. Mir ist klar, dieses Bedürfnis, den AKEnd sehr früh zu hören, das hab' ich auch, aber wenn ich mir das jetzt anschau, diese Sitzungen, die wir noch haben bis zum Jahresende, finde ich das jetzt nicht so wahnsinnig relevant, ob wir jetzt den AKEnd Anfang November, oder Anfang Dezember haben. Entscheidend ist, welche Vorbereitungszeit braucht man jeweils für die Anhörungen und das muss eben gewährleistet sein. Es scheint mir am schwierigsten bei der Anhörung „Internationale Erfahrungen“. Deshalb würde ich auch darum bitten, dass wir, heute haben wir ja auch noch einen Tagesordnungspunkt dazu, uns da wirklich ganz dezidiert klar werden, was wollen wir eigentlich hören. Ich find' sehr wichtig, dass wir nicht nur technische Daten hören, warum jetzt welches Wirtsgestein in welchem Land ausgewählt wurde, was sicher wichtig ist, aber auch mit den Gegebenheiten in Ländern zu tun hat, ist nicht nur mit einer Priorität, die man aus einer freien Auswahl trifft, wie wir es in Deutschland z.B. machen können, das ist in andern Ländern nicht unbedingt der Fall, sondern dass wir uns auch anhören können, wie ist denn der Prozess gelaufen, wo gab's Schwierigkeiten, wo hat man Fehler gemacht. Also das sind doch die entscheidenden Dinge für uns, aus denen wir auch was lernen können! Und dann natürlich, Herr Gaßner hat das schon angesprochen, das Stichwort Rückholbarkeit, das ist eine Frage, die ganz zentral wichtig sein wird, über die wir uns glaube ich ausgiebig unterhalten müssen, und auch in mehreren Etappen. Deswegen finde ich gut, dass wir

diese ENDRIA-Vorstellung frühzeitig haben, denn das ist ja genau die Fragestellung, mit der sich ENDRIA vorrangig befasst, wie soll denn eigentlich eingelagert werden, welche Technologien wollen wir haben, soll es eine Rückholbarkeit sein, soll es eine Bergbarkeit sein, sollen wir auf neue technologische Entwicklungen setzen, Stichwort Transmutation usw., dass wir das frühzeitig machen und dass wir auch dazu bei den Anhörungen Schwerpunkt haben, wie wird das in den einzelnen Ländern gesehen. Das sind glaube ich die ganz wichtigen Fragen, die wir da haben, gleichwohl kann so eine Anhörung es erst einmal nur ein Überblick sein, ein Einstieg in das Wissen, und deswegen sind die Reisen auch wichtig. Aber da müssen wir auswählen, glaube ich, da steht eine große Gruppe von Informationsfahrten. Ich glaube es ist auch in verschiedenen schriftlichen Beiträgen so. Ich halte auch die Fahrten in die Schweiz, nach Großbritannien und nach Skandinavien für wichtig, dass man dort wirklich mit verschiedenen Akteuren, mit Behörden, aber auch mit Initiativen, wo es die gibt, redet. Ich würde zögern, einer Reise nach USA Kanada zuzustimmen, sicher auch spannend, halte ich aber ehrlich gesagt für zu zeitaufwendig und auch für zu kostenaufwendig für unsere Kommission. Zu den AG's noch: Da sind ja fünf AG's und es gibt ja auch verschiedene Vorschläge, AG'n nochmal zusammen zu fassen. Auch da geht es mir so, dass ich sage, so ist es richtig, diese fünf AG'en halte ich für richtig, ich halte auch für richtig, eine Einzel-AG „Kriterien für Fehlerkorrekturen“ zu machen. Natürlich könnte man die entweder zu den Kriterien insgesamt, oder auch zu den Erfahrungen aus ASSE, Gorleben usw. machen. Aber ich glaube, das ist so eine schwierige Aufgabe, Kriterien für Fehlerentwicklung zu entwickeln, der AKEnd hat da mal angefangen, aber das ist auch wirklich nur ein Anfang. Das halte ich für eine absolut anspruchsvolle, schwierige Aufgabe und es ist nicht verkehrt, wenn sich eine AG genau damit befasst. Dass die AG's sich in der Aufgabenstellung alle ein bisschen überschneiden, das liegt in der Natur der Sache, und das soll ja dann hier auch alles wieder zusammen geführt werden.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Herr Kanitz, bitte.“

Herr Kanitz:

„Mir geht es jetzt noch nicht um die AG's, ich glaube da müssen wir gleich in der Tat auch noch mal tiefer einsteigen, sondern um den Grundsatz, um die Pfade. Das ist durchaus ein ganz interessanter Gedankengang und ermöglicht es uns ja durchaus zwischendurch noch Dinge einzupflegen, die sich an neuen Erkenntnissen ergeben. Mein Punkt ist nur, und dass hat sich aus der Diskussion mit den Wissenschaftlern ja gerade auch schon ergeben, wir müssen einen Zeitpunkt definieren, zu dem wir uns über gewisse Dinge einig werden. Und insofern glaube ich müssen wir auch klar haben, dass die Pfade unterschiedlich lang sind. Also beispielsweise bei der Frage Tiefengeologie ja oder nein. Das ist ja sozusagen einer der Punkte, die im AKEnd auch dezidiert besprochen worden sind. Wir werden uns glaube ich nicht in die Struktur der Arbeitsgruppen begeben können und sozusagen definitive Entscheidungen über Kriterien treffen können, bevor wir diese

Frage nicht geklärt haben, zum Beispiel. Bei der Frage Rückholbarkeit ist es vielleicht etwas anders, da werden wir auch zwischendurch nochmal ein bisschen darüber sprechen müssen. Aber es gibt so ein paar Ding, über die wir glaube ich am Anfang besprechen müssen, auch gemeinsam besprechen müssen im Plenum, nicht nur in den Arbeitsgruppen, sondern auch im Plenum, und ich meine, dass diese Dinge dazu gehören. Deswegen finde ich die Architektur mit den Pfaden interessant und ermöglichenst sozusagen die Alternativen zu betrachten. Aber ich glaube es ist wichtig, da nochmal klar zu haben, wie lange gehen diese Pfade, und sind vielleicht einige dieser Pfade auch schon in diesem Jahr abzuarbeiten damit wir eben uns über ein paar Dinge im Konsens auch unterhalten und sagen: Das ist aber jetzt der Rahmen, in dem wir in den Arbeitsgruppen dann auch forschen wollen, den wir weitergehen wollen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Kanitz. Herr Jäger bitte.“

Herr Jäger:

„Ja vielen Dank Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ja auch einen Vorschlag geschickt, auf den ich jetzt ein Stück weit zurück kommen möchte. Und auch den ein oder anderen Diskussionsbeitrag, den ich jetzt gerade gehört habe versuchen will, mit einzubinden. Ich habe sehr viel Übereinstimmung gesehen. Ich sehe aber auch den ein oder anderen Punkt, auf den ich jetzt noch eingehen möchte. Wenn ich vielleicht mal beginnen darf mit unserem Verständnis was wir an Arbeit jetzt mal rückwärts gedacht in Berichtsform abliefern sollen nach dem Gesetzgeber, dann sehen wir zwei größere Arbeitsblöcke. Das eine ist das Verfahren und die Organisation und ganz speziell das Thema Einbindung der Öffentlichkeit. Das haben wir ja auf der linken Seite dargestellt. Das ist eine große Gruppierung. Die zweite ist die Entscheidungsgrundlage die sich im wesentlichen mit Kriterien auseinandersetzt. Zu beidem hat im Übrigen ja der AKEnd Arbeit geleistet und auch Ergebnisse gebracht. Das wären aus unserer Sicht die wichtigen Blöcke, neben der Frage natürlich, was ergibt sich aus diesen Ergebnissen in diesen Blöcken auch bezogen auf das Standard-Auswahlgesetz, Evaluierung. Welche Änderungen würden wir vorschlagen, abhängig von dem Ergebnis. Über die Struktur der Arbeitsgruppen und das weitere Aufteilen würde ich gerne später nochmal zurück kommen. Vielleicht nur so viel vorab. Es wäre sicherlich für uns als Kommission im Plenum hilfreich, wenn das Strukturieren und Vorbereiten auch einzelner Arbeitsgruppenthemen in einer ersten Struktur einer Arbeitsgruppe passiert, die sehr umfassend formuliert ist. Stichwort Zusammenfassung von Arbeitsgruppen, um Dinge vorzubereiten und dann in der Folge detaillierter in der Arbeitsgruppenstruktur zu bearbeiten. Wir hatten beim letzten Mal darüber gesprochen, dass wir anstreben, und das ist ja auch in dem Programm und in dem Vorschlag der Vorsitzenden hier ausgeführt, dass wir eine erste Phase des Inputs, des Lernens, des gemeinsamen Kenntnisstandes erreichen, vorschalten wollen. Und insofern finden wir das absolut notwendig, internationale Erfahrungen hier

aufzunehmen. Aber auch, und möglicherweise sogar als erste, den AK End zu hören. Wichtig scheint uns in dem Zusammenhang zu sein, dass wir das nur als Überblick verstehen und nicht sofort beginnen International versus AK End Ergebnis beispielsweise hier im Plenum zu diskutieren. Das würde uns überfordern, weil wir ja sehr sehr viele Einzelthemen haben. Wir haben einmal die Frage des Prozesses, der Öffentlichkeitsarbeit, wir haben die Fragen der Kriterien, Rückholbarkeit, Fehlerkorrekturen, Mindestanforderungen, die ja im Einzelnen erst angearbeitet werden müssen, Basis AK End und auch internationale Erfahrungen, so dass wir in der Arbeitsgruppendifkussion später immer wieder die Frage aufrufen müssen oder sollten, was, wie wird das international gehandhabt. Diese ganz speziellen Themen. Das heißt im Umkehrschluss am Anfang eine Präsentation, ein Input AK End, Überblick, keine Bewertung, sondern erst einmal Sachstand aufnehmen, das gleiche für die Anhörung. Und dann möglichst in der Arbeitsgruppe die Punkte gezielt ansteuern, wo man dann AK End, neue Erkenntnisse, internationale Erfahrungen dann in den Arbeitsgruppen zunächst mal miteinander vergleicht und dann in das Plenum mit einbringt. Ich möchte abschließend noch einen Punkt nennen, der etwas aus unserer Sicht kritisch zu sehen ist, oder, ja, diskussionswürdig. Was den Vorschlag der Vorsitzenden, die Arbeitsunterlage hier angeht, das ist das Thema Alternativenprüfung. Alternativenprüfung in dem Sinne verstanden, dass es ja eine gewisse Präferenz bis dato gibt, dass man eine möglichst zügige unterirdische Lagerung anstrebt. Das ist bisher sozusagen die Strategie. Das ist auch kompatibel damit, dass man das Problem in der jetzigen Generation löst. Das ist die Arbeitshypothese. Aber wir sind vom Gesetzgeber ja auch aufgefordert, uns über Alternativen Gedanken zu machen, die Pro's und Kon's jeweils zu betrachten. Und abweichend zu dem Vorschlag, oder anders als der Vorschlag der Vorsitzenden würden wir vorschlagen, das sehr früh zu machen, bevor in den beiden Strängen, die sich mit Verfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung und Kriterien befassen, bevor dort richtig im Detail gearbeitet werden kann sollte man wissen, was ist die präferierte Strategie, der präferierte Pfad. Ansonsten müssten Sie die gesamten Abläufe, Einbeziehung der Öffentlichkeit für verschiedene Szenarien jeweils durchdeklinieren. Das gleiche gelte, würde für die Kriterien bedeuten, und das angesichts der gigantischen Aufgabe und der knappen Zeit, die wir hier haben, halte ich für sehr sehr kritisch. Und Minister Habeck hat ja auch einige Fragen aufgeworfen, die ja auch sehr früh hier auch mit geklärt werden müssen, damit man in der Sacharbeit, in den Arbeitsgruppen und in der Folge dann in den Gremien sich möglichst konzentrieren kann auf ein, möglicherweise modifizierten Pfad, aber das in der ganzen Breite zu behandeln hielten wir für nicht leistbar, oder nur sehr sehr schwer praktikabel. Also zusammengefasst: Input AkEnd sehr früh, nur Input, keine große Debatte. Input internationales Vorgehen, Überblick ebenfalls zurückkommend auf der Sachebene jeweils. Und das Thema Alternativenprüfung sehr früh, damit wir hier die Weichen stellen können für die Ausgestaltung des Prozesses, der Organisation, der Öffentlichkeitsarbeit und der Kriterien, der Entscheidungskriterien, Fehlerkorrekturen zum Beispiel, gezielt auf das ausgewählte Szenario. Vielen Dank.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Jäger. Herr Ott bitte!“

Herr Ott:

„Also, wir setzen ja mit der Kommission anders auf, als die bisherige Endlager-Diskussion in Deutschland geführt worden ist. Und das will ich einfach noch mal in Erinnerung rufen, insofern ein Aufsetzen an dem, was bisher war, dürfte so einfach nicht möglich sein. Sondern ich will noch mal den Punkt, das fand ich auch in der Darstellung, in dem vorgelegten Papier, ausgesprochen positiv, noch mal auf den Grundkonsens hinzuweisen, nämlich eine faire Verständigung in der Gesellschaft herbeizuführen, breite Vertrauensbildung und an die Ethik der Verantwortung, die diese Kommission und dann die Folgeentscheidung, die die Politik daraus abzuleiten hat und ableiten wird, hinzuweisen. Also, insofern ist das, glaube ich, ein anderer Hinweis, als eine mehr technologische Diskussion, die wir in der Vergangenheit zum Thema Endlagerfrage gehabt haben. Ich finde deswegen von der Grundlinie her den Vorschlag, den die Vorsitzenden gemacht haben, richtig. Wir sollten in der ersten Phase in der Tat neben dem Selbstverständnis der Kommission die Frage, ja, ich will mal sagen, mehr gemeinsamen Wissensstand herzustellen zum Thema Endlagerfrage als ersten Schritt, und dazu gehören sowohl der AkEnd, wie auch dann die internationalen Erfahrungen. Wobei dann in der Folge, wenn wir uns dann einen Überblick verschaffen, insbesondere was die internationalen Erfahrungen angeht, mir da schon darauf ankommen würde, auch die Erfahrungen vor Ort sich anzuschauen. Jetzt nicht nur, indem Experten einen Bericht abgeben im Rahmen einer Anhörung, sondern, wie ist der gesellschaftliche Kontext zu der Frage gelaufen? In der Schweiz hat man zwar aufsetzend auf bestimmten Erfahrungen negative Ergebnisse zunächst mal. In Schweden läuft das, ist das anders gelaufen. Und genau diesen Kontext sich da mal anzugucken, wie ist der gesellschaftliche Diskurs gewesen und mit welchen Entscheidungen? Das halte ich schon für wichtig, dass wir das hier als Kommission auch ermöglichen. Und in sofern steht für mich jetzt in den Sitzungen, die wir in diesem Jahr noch haben, das Thema gemeinsamer Wissensstand herzustellen mit dem AkEnd, mit den internationalen Erfahrungen, also von der Reihenfolge her ist mir das jetzt mal Wurscht, ob wir jetzt zuerst international und dann AkEnd, oder umgekehrt machen. Aber das wäre jedenfalls die erste Phase, die wir in diesem Jahr noch ableisten sollen und daraus ergeben sich dann auch Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Brunsmeier bitte, danke, Herr Ott.“

Herr Brunsmeier:

„Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich denke auch erst mal: Dank für die Vorlage von diesem Papier hier, weil da doch sehr viele Sachen drin sind, die man sehr unterstützen kann. Und ich würde auch noch mal darauf hinweisen, dass wir als BUND ja auch einen Vorschlag vorgelegt haben für das Arbeitsprogramm. Den will ich jetzt nicht in der Gänze wiederholen, wie einige Vorredner das mit ihren Vorschlägen gemacht haben. Ich würde aber gerne noch mal explizit an einzelne Stellen was ansprechen wollen, was uns eben besonders am Herzen liegt. Für uns ist zentral von Bedeutung, dass wir einen schnelleren Einstieg in die Evaluierung des Gesetzes bekommen, weil uns das an vielen Stellen wieder einholt, wie wir ja eben auch schon bei der Geschäftsordnungsdebatte gesehen haben. Es ist eigentlich ja auch eine einstimmige Beschlusslage des Deutschen Bundestages gewesen, sozusagen in diese Evaluierung einzusteigen. In ihren ersten Papieren, die Sie vorgelegt hatten, hatten Sie ja auch sozusagen die Evaluierung schon für den 5.9. vorgesehen. Jetzt steht er beim 5.12. Wir sehen das mit großer Sorge, dass die Evaluierung weiter nach hinten rückt. Und wir bitten dringend darum, den Beginn dieser Evaluierung jetzt auch tatsächlich zu ermöglichen. Ich glaube, der von Ihnen vorgelegte Zeitplan macht es auch möglich. Unser Vorschlag wäre, dass wir in der nächsten Sitzung am 22.9. tatsächlich konkret diese Anhörung zur Evaluierung auch beschließen mit ihren Inhalten und sie dann am 3.11. auch tatsächlich durchführen, diese Anhörung. Das wäre meine dringende Bitte, dieses zeitlich zu ermöglichen, weil wir das als eine der prioritären und wichtigsten Sachen auch aus der Diskussion im Vorfeld der Einsetzung dieser Kommission hier als notwendig ansehen. Also Punkt 1: der schnellere Einstieg in die Evaluierung des Gesetzes. Das Zweite, ich glaube, das ist eben auch schon mehrfach angesprochen worden, was sozusagen das Neue an diesem Verfahren ist und auch die andere Vorgehensweise. Da ist es eben nicht so, Herr Jäger, dass man sich was überlegt und dann die Öffentlichkeit dazu beteiligt, sondern ich glaube, dass es viel wichtiger ist, diesen öffentlichen Diskurs auch tatsächlich konkreter zu organisieren und auch deutlich zu machen und auch zu zeigen und es ihnen auch möglich zu machen, dass die Öffentlichkeit das Gefühl bekommt, dass sie an dieser Entwicklung auch tatsächlich beteiligt ist. Das ist das, was Sie auch angesprochen haben, Herr Ott. Das ist wirklich auch eine andere Qualität. Und wir sollten auch versuchen, diese andere Qualität zu erreichen. Wir haben das ja auch sehr deutlich gesagt, was die Rückkopplung der einzelnen AGs betrifft: Die müssen im Grunde genommen noch immer wieder mit der AG Öffentlichkeitsarbeit rückgekoppelt werden. Weil nur dann wird die Transparenz und die Einbeziehung und die Möglichkeit der Öffentlichkeit, das Gefühl zu bekommen, an diesem Prozess aktiv beteiligt zu sein, überhaupt erst ermöglicht. Also keine Öffentlichkeitsbeteiligung im historischen Sinne: Ich denke mir was Schlaues aus und wenn ich es dann zu Ende gedacht habe, zeige ich es der Öffentlichkeit. Nein, genau anders herum hier die Möglichkeit zu bieten, dass die Öffentlichkeit auch wieder das Gefühl bekommt, gut beteiligt zu sein. Ich habe ein bisschen eine andere Position zu dem, was einführend Herr Untersteller gesagt hat. Wenn es so wäre, wie Sie es beschrieben haben, dann stünde im Gesetz nicht „insbesondere“ drin. Und wir haben ein riesenproblem mit vielen anderen Fragen im Atommüll in Deutschland. Und wir können diesen nicht losgelöst vom hochradioaktiven

Müll betrachten. Also in sofern ist es ganz wichtig, dass der gesamte Atommüll auf den Tisch kommt. In welcher Weise wir es absichten und bearbeiten, ist eine weitere Frage. Aber es ist ganz wichtig, dass der gesamte Müll auf den Tisch kommt. Und was noch wichtiger ist aus unserer Sicht, ist, dass auch zunächst einmal zu klären ist: Was kann denn ein zielführendes und sinnvolles Lagerkonzept sein? Und ich fand, das waren auch gute Ansätze jetzt bei Ihnen drin, Herr Jäger, dass Sie auch diese Frage mit aufgegriffen haben. Dass man sozusagen sich erst verständigt über das Lagerkonzept und dann erst sich überlegt, welche Kriterien dafür zur Anwendung kommen. Ich denke, das ist auch noch mal eine gewichtige Gemeinsamkeit, die auch in der Vorgehensweise liegt. Und die würde ich auch an der Stelle noch mal herausheben wollen. Ich glaube, Herr Meister, dass Sie da, was die zukünftige Arbeit betrifft, auch noch mal eine Herkules-Aufgabe haben. Weil aus unserer Sicht alle diese Fragen, die jetzt eben schon angesprochen wurden, oder auch diese zwei, die ich jetzt noch mal explizit hervorgehoben habe, dass die insbesondere wichtigerweise zu bearbeiten sind in der direkten Rückkopplung auch immer mit der AG Öffentlicher Diskurs und Öffentlichkeitsarbeit. Und da, denke ich, ist es vielleicht zielführender, wenn wir die Anzahl der AGs nicht zu groß machen. Weil ich glaube im Grunde genommen, egal wie viele AGs wir haben, wir müssen sie immer wieder mit der AG Öffentlichkeitsarbeit rückkoppeln. Und in sofern spricht so ein bisschen dafür die einzudampfen, damit dieses auch möglich ist und die erste AG, nämlich die AG Öffentlicher Diskurs, dort nicht überfordert wird. Also in sofern, das vielleicht noch als Hinweis zu der Anzahl der AGs. Ansonsten liegt der konkrete BUND-Vorschlag ja auch vor. Und wir würden uns natürlich freuen möglichst viel davon auch wiederzufinden.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Brunsmeiner. Michael Müller.“

Herr Michael Müller:

„Ich möchte noch mal was zur Erklärung des Arbeitspapiers sagen. Der Ausgangspunkt ist klar. Wir betreten nicht mit dem Thema Neuland, aber mit dem Verfahren, das wir hier gewählt haben. Und ein solches Verfahren hat es, wie gesagt, bisher nicht gegeben. Trotzdem haben wir uns entschieden, ein Vorbild zu nehmen, nämlich die Enquete-Kommission Ende der 70er Jahre mit ihren Pfaden. Sie wissen, damals hat man vier Pfade aufgezeigt, wie man mit der künftigen Energiepolitik umgeht. Vor allem um sozusagen einen offenen, diskursiven Lernprozess zu ermöglichen. Und unser Ausgangspunkt ist, dass wir uns nicht gleich am Anfang festlegen auf irgendeinen Pfad, sondern erstens die Mitglieder der Kommission versuchen auf einen relativ gleichen Informationsstand zu bringen. Das ist auch deshalb so wichtig, weil jeder von uns, ob er das nun will oder nicht, ist im Kopf irgendwie festgelegt. Aber Kommissionen dieser Art, wenn sie Neuland betreten, funktionieren nur, wenn man bereit ist, auch sozusagen andere Argumentationsketten aufzugreifen und ernsthaft zu prüfen. Sonst funktionieren sie nicht. Sonst schaffen wir die drei Grundziele, die wir ja beim letzten Mal besprochen haben und die Herr Ott ja erwähnt hat, nämlich

Vertrauensbildung, die Frage einer Verantwortungsethik und einer fairen Verständigung, bekommen wir nicht hin. Also diese, sozusagen zwei Arbeitsphasen, erst der Lernprozess, ein möglichst offener Lernprozess, und dann, zweite Arbeitsphase, die Konkretisierung anhand von Pfaden, halte ich für ein überzeugendes Konzept. Übrigens auch nach den Erfahrungen aus Enquete-Kommissionen. Bei dem ersten Teil haben wir versucht, sozusagen einen Aufbau vorzunehmen, der versucht, im Rahmen der Möglichkeiten der Vorbereitung durch das Büro, wir können ja nicht Anhörungen nächste Woche, oder in zwei Wochen beschließen, sondern wir brauchen ja einen Vorlauf. Wir müssen hier beschließen, in der Kommission, was wir da behandeln wollen. Wir müssen auch den Einzuladenen eine gewisse Zeit geben. Wir haben also sozusagen die Anhörungen so geplant, dass das zeitlich möglich ist und gleichzeitig haben wir auch Rücksicht genommen auf die vom [BMU] angekündigten Arbeiten, beispielsweise die Abfallbilanz, wann die terminlich zur Verfügung stehen. Aus dieser Reihenfolge haben wir die Vorschläge gemacht, erst mal anzufangen sozusagen mit nächstem Mal die Forschungsseite in Deutschland und auch die Konkretisierung des Selbstverständnisses und das Leitbild, von dem wir unsere Arbeit betreiben. Dann, zweitens, die internationalen Erfahrungen. Und zu der Zeit werden dann auch die Abfallbilanzen nach unserer Information fertig sein. Die internationalen Erfahrungen stellen wir uns so vor, dass beim ersten Mal generell über internationale Erfahrungen berichtet wird. Natürlich nicht nur über technische Fragen, sondern auch offen, wie das beispielsweise in der Gesellschaft durchgesetzt wird, welche Transparenz damit verbunden ist, welche Forschungsaufgaben. Und sozusagen auf der Basis dieser Anhörung wollen wir dann überlegen, ob in der nächsten Anhörung wir uns auf Länder konzentrieren, die wir dann allerdings erst nächstes Jahr machen, in denen besonders interessante Beispiele sind. Es gibt dann ein Problem, das gestehe ich zu. Wir hätten gerne auch den AkEnd noch vor der Evaluierung gemacht. Das Problem ist nur: Man kann an einem Samstag keine Anhörung machen. Das ist sozusagen aus der Logik vieler, die wir dann brauchen, nicht machbar. Sondern dann muss es ein Werktag sein. Und deshalb haben wir das auf den Freitag gesetzt und den AkEnd auf den Samstag. Bei den Arbeitsgruppen gehen wir davon aus, dass wir hier unter uns auch darüber diskutieren müssen, wie wir eine Verzahnung sowohl der Arbeitsgruppen, als auch insbesondere der Arbeitsstruktur hinbekommen. Und dann versuchen wir die zweite Arbeitsphase zu machen. Und ich will sagen, Herr Gaßner, wir haben ja beispielsweise Ihren Vorschlag aufgegriffen, die Evaluierung der ersten Phase dann an den Anfang zu stellen. Und natürlich ist es so, dass dann bei den geplanten Sitzungen durchaus ein Schwerpunkt mal sein kann, dass wir uns in einer ganzen Sitzung mal nur mit dem Thema Rückholbarkeit beschäftigen. Halte ich auch für absolut notwendig. Genauso die dann von mir schon angesprochene genauere Ländersicht. Dann können wir ein, zwei Länder vielleicht mal konkreter hier behandeln. Also in sofern will ich einfach nur sagen, man kann unseren Vorschlag kritisieren, aber er ist in sich eine bestimmte Logik, die sich aus einem diskursiven Verfahren heraus ergibt. Und wenn wir wollen, dass die Offenheit nach außen, sozusagen das Zeichen der Kommission ist, der Versuch zu einer Verständigung zu kommen, die viel stärker trägt als alles, was wir bisher hatten, finde ich, gibt es keine Alternative zu einem diskursiven Verfahren, das dann in den Pfaden Pro und Contra beschreibt und dann am Ende wertet. Wir sagen nicht, dass

die drei Pfade, die wir dann am Ende beschreiben, alle sein müssen. Es können auch nur zwei sein. Es können auch mehrere sein. Aber diese Pfade, dieses Gegenüberstellen unterschiedlicher Wege, scheint mir eine große Chance zu mehr Transparenz und auch zu mehr Glaubwürdigkeit zu kommen. Das allerdings bedeutet, dass wir erst mal unsere persönliche Position dahinter zurückstellen müssen. Das allerdings ist immer eine Aufgabe, eine schwierige Aufgabe.“

4. Endlagerung: Erfahrungen und Perspektiven für die weitere Arbeit (Gast: BM'in Barbara Hendricks)

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Michael Müller. Ich schlage mal vor, dass wir in der Diskussion Arbeitsprogramm hier einmal einen Zwischenstrich ziehen, denn die Bundesumweltministerin Frau Dr. Hendricks ist gekommen. Herzlich Willkommen hier in unserer Kommission! Die Parlamentarische Staatssekretärin, die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin Frau Schwarzelühr-Sutter ist gekommen. Ebenfalls Herzlich Willkommen in der Kommission! Und der, eben war er noch da, der Abteilungsleiter, Herr Klosters, ist ebenfalls da. Auch Ihnen Herzlich Willkommen. Ich, Frau Ministerin, wenn Sie gestatten, ich sage nun mal kurz, wen ich auf der Rednerliste habe. Das ist Herr Wenzel, Herr Sommer, Herr Kudla, Herr Habeck und Herr Miersch. Die rufe ich, wenn Sie einverstanden sind, nach dem Tagesordnungspunkt 4 wieder auf, beziehungsweise wenn wir dann auch 20 Minuten Pause gemacht haben, und rufe jetzt deshalb den Tagesordnungspunkt 4 auf. Gespräch mit Frau Ministerin Hendricks. Erfahrungen und Perspektiven für die weitere Arbeit in der Endlagerung. Ein großes Thema, was sie hier haben. Aber vorweg: Wir hatten hier schon in ein, zwei Sitzungen über die Einrichtung des BFE gesprochen. Es ist der Wunsch auch ans Ministerium ja getragen worden, es möglichst klein zu halten, sodass die notwendigen Aufgaben, die das BFE übernehmen muss, übernommen werden können vom BFE, das aber alles andere, was auch die Arbeit dieser Kommission angeht, beziehungsweise Prioritäten setzen würde, die wir hier vielleicht in der Kommission so nicht begleiten können, zurückgestellt werden. Das hat die Bundesumweltministerin gemacht. Herzlichen Dank dafür. Sie haben uns auch die Stellenausschreibungen zur Verfügung gestellt. Die liegen Ihnen als Tischvorlage heute vor, die es dazu gibt. Da sehen Sie, das sich das Ganze in einem recht überschaubaren Rahmen tatsächlich befindet. Und jetzt, Frau Dr. Hendricks, haben Sie das Wort.“

Frau Dr. Hendricks:

„Ja, herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank für die Einladung zum heutigen Tag. Wir sind uns ja alle bewusst, das wir eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der modernen Zivilisationsgesellschaft gemeinsam zu bestehen haben, und dass dieses Verfahren, das vor uns liegt, ein außerordentlich schwieriges und forderndes

Verfahren sein wird. Der Bundestagspräsident hatte ja bei der Konstituierung dieser Kommission gesagt: Schaffen Sie mit Ihrer Arbeit einen weit greifenden gesellschaftlichen Konsens zu den Grundlagen und Kriterien dieses Verfahrens. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. Aber genau darin liegt natürlich die Aufgabe dieser Kommission. Wir haben ja die Verantwortung, die im Gesetz zwar ehrgeizig beschriebenen Ziele gleichwohl anzusteuern. Wir sind nicht absolut sicher, ob wir es wirklich schaffen, tatsächlich bis zum Ende des Jahres 2015 und mit der einmaligen Verlängerungsmöglichkeit bis zur Mitte des Jahres 2016 diese Kommissionsarbeit abzuschließen und dann tatsächlich die Standortauswahl auch bis 2031 zu vollziehen. Ich allerdings, die ich ja nun auch dafür zuständig bin, das Gesetz sozusagen mit Leben zu erfüllen, wenngleich Sie dafür unverzichtbar sind, das ist gar keine Frage, möchte mich jedenfalls von diesen zugegebenermaßen ehrgeizigen Zielen nicht verabschieden und bin auch davon überzeugt, dass auch ein verantwortungsvoller Suchprozess bis zum Jahr 2031 abgeschlossen werden kann. Natürlich muss die Arbeit mit der gebotenen Sorgfalt, aber eben auch so rasch als möglich vonstatten gehen. Und der gesellschaftliche Konsens, den wir erreichen wollen, muss tragfähig sein. Das heißt, er muss fachlich fundiert und wissenschaftlich durchdacht sein. Ganz klar: Die Bevölkerung mitzunehmen, ist die größte Herausforderung, die wir in diesem Zusammenhang haben, denn wir wissen ja aus der Erfahrung der bestehenden Endlagerprojekte von zahlreichen Schwierigkeiten und natürlich auch von teilweise erheblichen Fehleinschätzungen in der Vergangenheit und deswegen kommt es sehr darauf an, dass wir diesen Prozess so transparent wie möglich machen, wohl wissend, dass wir, bei welchen Entscheidungen auch immer wir dann irgendwann auskommen werden, auch Widersprüche haben werden, möglicherweise Widerstand haben werden. Aber deswegen kommt es eben sehr auch auf diesen Konsens und Transparenz an. Lassen Sie mich jetzt zu einzelnen Punkten was sagen: Stand heute. Ich will jetzt keine lange Rückschau halten, sondern Stand heute möchte ich zunächst was zum Endlager Konrad sagen. Natürlich sind die Verzögerungen bei der Fertigstellung durchaus beklagenswert, die Ursachen sind vielfältig, zum einen handelt es sich um ein singuläres Bauvorhaben für das es bisher kein Vorbild gibt und es handelt sich auch um eine Altanlage, die der entsprechender Herrichtung bedarf. Und im Übrigen war zwischen dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses im Jahr 2002 und der abschließenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2007 eine Phase in der die Arbeiten nicht weitergingen und diese praktisch 5 Jahre, fehlen uns heute natürlich. Ich werde die Errichtung und Inbetriebnahme mit Hochdruck vorantreiben, aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, dass wir im Jahr 2022 Schacht Konrad in Betrieb nehmen können. Herr Cloosters, wenn ich was Falsches sage, müssen Sie mich korrigieren, ich meine im Jahr 2022.“

Herr Cloosters:

„Das ist die Einschätzung der DBE, die gegenwärtig vorliegt, die noch nicht abschließend durch das BfS und auch das BMUB bewertet worden ist.“

Frau Hendricks:

„Danke. Dann haben wir es natürlich auch mit einigen Altlasten zu tun, nämlich z.B. das Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben und der Schachtanlage Asse II. Das sind ja die gravierendsten Altlasten mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das Morslebener Endlager für radioaktive Abfälle, ERAM genannt, da hat es einen, den Erörterungstermin im Herbst des Jahres 2012 gegeben, zum Planfeststellungsverfahren, das ist dann abgeschlossen worden. Zur Stilllegung bzw. Schließung: das wird sich allerdings noch hinziehen, also das, die Anhörung hat es gegeben, aber das Planfeststellungsverfahren wird sich noch hinziehen. Das allerdings werden wir, wie wir ja vorgesehen haben, schließen und stilllegen und sozusagen so sicher als möglich verwahren; also was Morsleben anbelangt, ist keine Bergung der dort enthaltenen radioaktiven Abfälle vorgesehen, sondern die sollen dort verbleiben und so sicher als möglich dort verwahrt werden. Ganz anders bei Asse II, da sind wir von der Lösung noch weit entfernt. Das wissen Sie, ein robuster Langzeit-Sicherheitsnachweis ist nicht erbracht worden und ist wohl wahrscheinlich auch nicht zu führen und da ist politisch die Entscheidung gefallen, die eingelagerten Abfälle zu bergen und das ist dann auch konsequent. Das ist natürlich auch noch eine besondere Herausforderung, denn die Asse ist tatsächlich der kerntechnische Sündenfall Deutschlands und die Sorgen der Bevölkerung sind völlig nachvollziehbar. An der Rückholungsplanung wird mit Nachdruck gearbeitet und die notwendigen Finanzmittel werden seitens des Bundes zur Verfügung gestellt. Die Bergung der Abfälle ist angesichts der Instabilität des Bergwerks nur über eine neue, eine weitere Schachtanlage möglich und die Probebohrungen für einen neuen Schachtansatzpunkt haben begonnen. Angesichts der permanenten Gefahr eines großen Laugen-Einbruchs wird das Ganze zum Wettlauf mit der Zeit, parallel sind daher ständig Sicherungsarbeiten durchzuführen, die die Grube stabilisieren und im schlimmsten Fall den Schaden begrenzen sollen. Am 25. April 2013 ist die sogenannte Lex Asse in Kraft getreten und damit sind jetzt nach § 57b des Atomgesetzes beschleunigte Verfahren möglich - ohne dass sich hieraus Sicherheitsabstriche ergeben dürfen. Kommen wir jetzt zur Aufgabe der Kommission: Sie wissen es alle, Sie beschäftigen sich ja nun schon eine Reihe von Monaten damit und viele von Ihnen haben sich ja auch vorher schon gedanklich damit auseinandergesetzt. Die Aufgabe der Kommission ist es, die fachlichen Grundlagen für das Standortauswahlverfahren zur Auswahl des bestmöglichen Standorts für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle vorzubereiten. Meine Bitte ist dabei, dass Sie eine ehrliche und aber auch eine kreative Debatte führen mögen, ohne Denkverbote, ohne Blockaden, aber auch ohne Vorfestlegungen. Das ist viel verlangt, denn jeder von Ihnen, der oder die hier sitzt, hat auch seine eigene Geschichte und bringt die mit und trotzdem müssen wir versuchen, so vorzugehen, ohne Denkverbote, ohne Blockaden und ohne Vorfestlegungen. Ein ergebnisoffenes Verfahren bedeutet auch, das wissen Sie, Gorleben einzubeziehen. Das ist natürlich in der Region, stößt das nicht auf Zustimmung. Ich war gerade letzte Woche noch da, am vergangenen Donnerstag. Aber ich habe natürlich das verteidigt, das ist ja auch Gegenstand des Standortauswahlgesetzes, und deswegen muss natürlich Gorleben auch, sagen wir mal, im Spiel bleiben. Ich habe also vor Ort mit den

Vertretern der Kommunalpolitik und der Bürgerinitiativen über alle diese Aspekte diskutiert, über die bergtechnische Offenhaltung, die jetzt auch im Einzelnen beschlossen ist. Außerdem habe ich, um Vertrauen zu schaffen, auch die Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans zurückgezogen und das atomrechtliche Planfeststellungsverfahren ist im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen für erledigt erklärt worden. Dieses atomrechtliche Planfeststellungsverfahren lief seit den 70er Jahren, an die irgendwie 35 Jahre lang oder so, das ist jetzt für erledigt erklärt worden. Das wird natürlich vor Ort immer noch nicht als vertrauensbildende Maßnahme anerkannt, das versteh ich auch, aber gleichwohl finde ich, dass es doch in die Richtung einer vertrauensbildenden Maßnahme geht, auch wenn man das vor Ort anders sehen mag. Wir brauchen ja ein ergebnisoffenes Standortauswahlverfahren ohne (Teile unverständlich) und dazu gehört eben Gorleben wie andere denkbare Standorte auch. Die Veränderungssperre für Gorleben läuft bis August 2015 und sie dient der Sicherung des Salzstockes Gorleben gegen konkurrierende Nutzung. Und das Gesetz verlangt ja die Offenhaltung des Bergwerkes unter Gewährleistung aller rechtlichen Erfordernisse und deswegen ist auch die Veränderungssperre noch solange erforderlich wie Gorleben nach dem Standortauswahlgesetz nicht aus dem Verfahren ausscheidet. Bund und Niedersachsen haben sich verständigt auf die Offenhaltungen in Gorleben, der Staatssekretär Flasbarth und Kollege Wenzel haben das Ende Juli auch öffentlich bekannt gemacht. Und es ist ein Kompromiss zwischen sehr weit auseinanderliegenden Positionen gelungen. Die einen würden ja gerne weitermachen in Gorleben und die anderen würden gerne sofort alles verfüllen und endgültig schließen. Und zwischen diesen beiden weitest möglich auseinanderliegenden Positionen musste ein Kompromiss gefunden werden und die gewählte Offenhaltungsvariante schafft keine weiteren Fakten für oder gegen ein mögliches Endlager. Sowohl die Stilllegung als auch der Bau eines Endlagers, beides bleibt möglich. Das ist aber zum jetzigen Zeitpunkt auch notwendig, das ist der Auftrag des Gesetzes. Der Offenhaltungsbetrieb sieht die Außerbetriebnahme des Erkundungsbereichs 1 vor, lediglich Schächte und Teile des Infrastruktur-Bereiches werden weiterbetrieben, und die Übergangsarbeiten ermöglichen befristete Weiterbeschäftigungen der Belegschaft; mit dem Betriebsrat habe ich in der vergangenen Woche auch gesprochen und auch zugesichert, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommen wird. Lassen Sie mich nun zur Richtlinie 2011/70/EURATOM kommen, die sogenannte Entsorgungsrichtlinie. Das ist erstmals ein umfassender europäischer Rechtsetzungsakt und aufgrund der Richtlinie hat der Bund die Verpflichtung ein nationales Entsorgungsprogramm, NAPO heißt das dann jetzt, zu erstellen. Das NAPO ist erstmalig, spätestens im August 2015, genau bis zum 23. August 2015, und bei späteren wesentlichen Änderungen dann gleichfalls wieder, der europäischen Kommission vorzulegen. Es muss die deutsche Strategie für die Entsorgung darlegen. Wir erarbeiten also jetzt gerade, wir haben mit der Erarbeitung des NAPO begonnen. Das NAPO hat keine Rechtsnormqualität, ist aber bei allen Entsorgungsplanungen und Verwaltungsverfahren von den Akteuren im Bereich der Entsorgung doch zu berücksichtigen. Zum Zeitpunkt der Vorlage bei der EU-Kommission muss das NAPO eben den Absichten und Planungen der Bundesregierung entsprechen, zu diesem Zeitpunkt. Ungeachtet Ihrer Arbeit in der

Kommission, sind wir zur Vorlage eines solchen Programms verpflichtet. Aber seien Sie versichert, dass wir im Hinblick auf Ihre Beratungen das Programm explizit unter Revisionsvorbehalt im Hinblick auf mögliche veränderte Rahmenbedingungen stellen werden. Wir werden also auf die Kommissionsarbeit deutlich hinweisen und das NAPO von vornherein sozusagen an die daran knüpfen, dass es auch noch wesentlich geändert werden kann. Die Richtlinie verlangt übrigens die funktionale Trennung zwischen dem Betreiber von Abfallbeseitigungsanlagen und der jeweiligen Aufsichtsbehörde, dieser sogenannte Trennungsgrundsatz, in diesem Zusammenhang angestellten, grundsätzlichen Erwägungen zur Frage der Optimierung von Endlagerorganisation werden in meinem Haus diskutiert, sind aber innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgestimmt, so dass ich Ihnen dazu heute noch keine näheren Einzelheiten berichten kann, aber nach meinem Dafürhalten müssen wir diesen Trennungsgrundsatz noch besser herbeiführen als es in der derzeitigen Behörden- und Aufsichtsstruktur stattfindet. Ich kann Ihnen berichten, dass am 1. September 2014 das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung seine Tätigkeit aufgenommen hat. Zurzeit befasst es sich mit folgendem: die Erhebung der Offenhaltungskosten für das Erkundungsbergwerk Gorleben im Wege eines Umlageverfahrens sicherzustellen. In dieser gesetzlichen Verpflichtung war die Einrichtung schon zum jetzigen Zeitpunkt zwingend notwendig. Der vorläufige Sitz des Bundesamtes ist in Berlin, im Bundesministerium für Umwelt und Bauen. Wir bringen damit zum Ausdruck, dass es eben auch nicht endgültig ist, es ist wirklich vorläufig, und es ist eine kommissarische Leitung vorgesehen, die ist zugleich dem, meinem Abteilungsleiter Z, also dem für Organisation, Personal und Haushalt zuständigen Abteilungsleiter, zugewiesen worden. Der wird nicht der Gründungspräsident auf Dauer sein, sondern er macht das jetzt sozusagen neben seinen übrigen Aufgaben. Derzeit sind drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Übertragung entsprechender Aufgaben dort tätig, zeitnah werden wir eine Ausschreibung für Dauerpersonal vornehmen. Die Ausschreibungstexte hatten wir Ihnen ja letzte Woche gegeben und es liegt Ihnen ja vor. Sie erkennen daran, das sind Stellen für Juristinnen und Juristen, für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes, da ist noch überhaupt niemand mit einem naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Hintergrund, also im engeren Sinn findet da noch nichts statt, was die kerntechnische Entsorgung angeht, sondern es geht tatsächlich um Gebührenbescheide. Ich hoffe, dass das auch diejenigen beruhigt, die die Arbeit des Amtes sehr kritisch sehen, aber wir waren verpflichtet tatsächlich diese Gebührenbescheide auch erlassen zu können und wir hatten ja auch angekündigt das Bundesamt in diesem Jahr zu errichten, das ist in dieser sehr abgespeckten Form jetzt seit dem 1. September geschehen. Herzlichen Dank!“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Frau Ministerin (Beifall) für den umfangreichen Überblick, den Sie uns gegeben haben, in dem aktuellen Stand wirklich aller Fragen rund um das Thema Endlagerung. Und ich schlage vor, dass wir zur Diskussion kommen und Herr Brunsmeier ist der erste, der sich gemeldet hat, dann Herr Untersteller, Herr Sommer.“

Herr Brunsmeier:

„Ja, ich würde gern anfangen wollen. Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Vielen Dank, Frau Ministerin, für den Bericht. Ich würde auch anfangen wollen mit dem Dank für die Rücknahme der Klage und die für erledigt erklärte Planfeststellung auch wenn, dass denke ich mal, nicht mehr die ganz große Rolle gespielt hat, aber so waren es doch sehr wichtige und deutliche Signale, deswegen auch nochmal der Dank dafür. Sie haben dankenswerterweise heute hier auch Schacht Konrad, Asse und Morsleben angesprochen, insofern denke ich ist es auch nochmal wichtig in der Diskussion von eben, daraufhin zu weisen, wie wichtig es ist in der Gesamtdebatte eben den gesamten Müll auf dem Schirm zu behalten, es geht also nicht nur um den hoch radioaktiven, sondern um den gesamten Atommüll in Deutschland und ich denke das waren wichtige Hinweise auch für unsere Arbeit dann, dass es wir das auch hier entsprechend auf dem Schirm behalten müssen. Darüber hinaus denke ich, dass es auch ein wichtiger Hinweis jetzt war, was das Bundesamt betrifft. Hier wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn da auch aus der Arbeit der Kommission heraus und auch aus der Evaluierung des Gesetzes heraus, die Offenheit bestehen bliebe, wie es denn mit einer solchen Behördenstruktur weitergehen kann. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass diese Offenheit bestehen bleibt, Sie haben dankenswerter Weise auf die derzeitige Situation hingewiesen, aber sie sollte auch für die zukünftige Entwicklung entsprechend offen bleiben. Ausgehend von dem gesamten Atommüll, hätte ich dann heute eine ganz konkrete Frage, weil Sie einmal da sind und uns das in Nordrheinwestfalen natürlich brennend interessiert, Herrn Duin vielleicht auch, ob Sie uns vielleicht Hinweise geben können wie ein möglicher Export von Atommüll aus Jülich verhindert werden kann. Und ich denke, das wäre ein verheerendes Signal für die nationale Lagerung von Atommüll, wenn dieser Atommüll sozusagen exportiert würde. Das wäre eine sehr konkrete Frage von mir an Sie, vielleicht können Sie uns Hinweise geben, wie Sie sich vorstellen, so etwas zu verhindern. Erlauben Sie mir aber am Schluss dann doch noch, ausgehend von Ihrem Besuch im Wendland, in Gorleben, doch sehr deutlich zu kritisieren, Ihre Aussagen zur Veränderungssperre. Ich glaube, Ihre Aussagen zur Veränderungssperre passen nicht zur weißen Landkarte. Es ist eigentlich etwas, was sozusagen neu zusammengeführt werden müsste. Es kann nicht von einer weißen Landkarte gesprochen werden, wenn es nur für Gorleben eine Veränderungssperre gibt. Und deswegen brauchen wir eine kreative Form wie dieser von Ihnen angesprochene, ergebnisoffene Prozess, was sozusagen die Suche nach einem Atommüll-Lager betrifft, auch in der Frage der Veränderungssperre mit dem gleichen Duktus und dem gleichen Geist gelöst wird. D.h. also entweder die Veränderungssperre läuft im Jahre 2015 aus und ist überall eine weiße Landkarte, die keine Veränderungssperren hat, oder Sie entwickeln eine Veränderungssperre, die sozusagen die Suche nach einem Atommüll-Lager in Deutschland weiterhin ermöglicht, aber die für die weiße Landkarte, eben für ganz Deutschland gilt. Ich denke, das wäre nochmal die dringende Bitte an Sie, dafür eine kreativen Vorschlag zu entwickeln und keinesfalls in der Form, auch wie mir das zugetragen wurde, wie Herr Cloosters das auf der Jahrestagung der Kerntechnik vorgetragen hat, dass eben die Veränderungssperre für Gorleben notwendig ist und verlängert werden muss. Ich glaube, das ist das

falsche Signal und es wäre sehr wichtig für den weiteren Prozess, wenn Sie dort eine offenere Formulierung und auch eine Lösung finden können, die tatsächlich für die weiße Landkarte gilt.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön, Herr Brunsmeier! Herr Untersteller, bitte!“

Herr Untersteller:

„Ja, herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Frau Kollegin Hendricks, Sie haben angesprochen das Thema Schacht Konrad und Herr Brunsmeier, ich wäre falsch verstanden worden vorhin, dass es nicht darum geht, dass man diese Abfälle nicht auch auf dem Schirm hat. Das insbesondere gilt es, ich sag mal, wenn Sie Verantwortung in einem Land tragen wie Baden Württemberg, mit all diesen kerntechnischen Anlagen, die wir haben, und die Probleme, die ich habe, mit schwach und mittel radioaktiven Abfällen, dürfen Sie mir glauben, dann treibt mich dieses Thema durchaus um, das ist auch der Grund, warum ich nochmal das ansprechen möchte, was Sie, Frau Ministerin, angesprochen haben, nämlich Schacht Konrad 2022, d.h. es schiebt sich nochmal gegenüber der bisherigen Planung, Stichwort 2 19. Meine Bitte ist, ich sag mal, erst mal habe ich Verständnis dafür, Sie haben ja auch angesprochen 2000, zwischen 2002 und 2007, dann praktisch nicht viel gelaufen und daher hab ich erst mal Verständnis dafür, dass man erst einmal die Voraussetzungen dafür schafft, dass ein solches Verfahren nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik zu Ende geführt wird, das ist selbstverständlich. Meine Bitte an Sie, aber dann auch an das BfS, ist die, dass man alles dafür tut, dass diese 2022 gehalten wird. Warum? Im Moment wird diskutiert, ja kriegen wir die 8 Anlagen, die stillgelegt wurden infolge von Fukushima, kriegen wir die Kernbrennstoff frei gemacht vor dem Verfahren im Hinblick auf die hoch radioaktiven. Das Nächste wird aber dann sein, wenn die Verfahren dann angelaufen sind, also mir liegen jetzt so die ersten Anträge für die Genehmigungsverfahren zum Rückbau der Anlagen auch vor, das dauert dann alles noch seine Zeit ein wenig, aber nichtsdestotrotz, ist es natürlich notwendig, dass man eine Perspektive hat, was mit den schwachen mittel radioaktiven Abfällen dann auch geschieht, die beim Rückbau der Anlagen anfallen, hinzukommt, dass wir heute, jetzt spreche ich mal für Baden-Württemberg, so was haben wie eine HDB in Karlsruhe, das ist wenig bekannt, dass es das größte Lager für schwach und mittel radioaktive Abfälle in Deutschland ist, also von daher dürfen Sie mir schon glauben, treibt mich diese Thema durchaus um und deswegen noch mal meine Bitte, dass Sie alles dafür tun, dass dieser Termin 2022 vom Verfahren her dann auch und von den Verfahren die anstehen, dass der gehalten werden kann.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Wir haben gerade hier kurz gesprochen, wir nehmen immer vier in einer Runde und deshalb kommen in dieser Runde noch Herr Sommer und Herr Habeck.“

Herr Sommer:

„Ja vielen Dank. Da möchte ich die Gelegenheit nutzen um noch zwei Fragen los zu werden an Frau Bundesministerin Hendricks. Sie haben den Prozess der Endlagersuche beschrieben als wörtlich "schwierig und fordernd". Sie haben aber auch gesagt, die im Gesetz formulierte Frist, also 2031, sei ehrgeizig. Ich persönlich halte sie nicht für ehrgeizig, halte sie eigentlich für illusorisch. Und das geht wohl nicht nur mir so, sondern auch das Bundesamt für Strahlenschutz, wenn ich da richtig informiert bin, dessen Leiter auch hier sitzt, hat in seinem letzten Jahresbericht glaube ich geschrieben, auch von Einschätzungen dieses Amtes her, wäre eine wie im Gesetz formulierte Frist so auf Basis der Erfahrungen, die man dort hat, nicht haltbar. Nun geht es mir nicht so ganz nur um die Frist und um den Streit einer Jahreszahl, mir geht es vor allen Dingen um eine inhaltliche Frage. Sie haben selber gesagt, eine Aufgabe der Kommission und mithin von uns allen hier am Tisch ist es, einen gesellschaftlichen Konsens anzustreben. Ich halte diesen gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage für elementar wichtig und möchte das mit der Frage an Sie verknüpfen. Ist dieser gesellschaftliche Konsens nicht so wichtig, dass er eigentlich auch Priorität vor irgendwelchen zeitlichen Fixierungen haben müsste? Ist es nicht so wichtig, diesen gesellschaftlichen Konsens anzustreben, auch zu organisieren, dass man sich dann auch ganz darauf einlassen muss? Und das bedeutet auch, sich auf die Zeit einzulassen, die eines solchen gesellschaftlichen Diskurses eben auch bedarf. Und die können wir nicht planen. Auch nicht in einem Schaubild, wie das der Herr Jäger gerade so schön nochmal vorgestellt hat. Ich glaube auch, dass wir vor diesem Hintergrund die Konstruktion, die uns vorgeschlagen wurde von der Kommissionsleitung, also Pfade und Phasen zu definieren ohne konkrete Zeiträume abzuschließen, eine sehr kluge Entscheidung war. Deshalb meine Frage an Sie ist der gesellschaftliche Konsens in dieser Frage nicht so bedeutend, dass er eine absolute Priorität vor Zeit- und Terminsetzungen haben sollte. Und in dem Kontext vielleicht noch eine zweite ketzerische, vielleicht auch naive Frage, aber können Sie sich vorstellen, Frau Bundesministerin, eines Tages, wenn dieser gesellschaftliche Diskurs wirklich stattgefunden hat, die Frage des Endlagers in Deutschland auch in einer Volksabstimmung zu entscheiden?“

Frau Heinen-Esser:

„Schöne Frage. Herr Habeck, bitte.“

Herr Habeck:

„Ja, vielen Dank. Obwohl es nicht meine eigentliche Frage ist, erlaube ich mir, den dezenten Hinweis, dass ja die Brennelemente auch wenn wir kein Endlager haben, trotzdem irgendwo stehen. Wenn ich für Schleswig -Holstein reden darf, wir haben ein beklagtes Zwischenlager im Brunsbüttel, oder das sozusagen im Moment seinen Status verloren hat. Wir haben auch noch ausstehende Castoren in Sellafeld. Als ich damals gesagt hatte, naja irgendjemand muss sie ja nehmen, hat mich das fast mein Amt gekostet. Und das hat immer die Voraussetzung gehabt, dass wir uns bemühen, möglichst

schnell die Zwischenlager zu räumen und die Castoren wegzubringen. Also anders als Herr Sommer es gesagt hat möchte ich für meinen Blick auf die Debatte darauf hinweisen, dass ein, etwas was zu lange dauert, jedenfalls die Problematik an anderen Stellen erheblich verschärft wird. Und das gilt sicherlich auch für den Kollegen Untersteller, der sich auch bereit erklärt hat sich darum zu kümmern, dass ein paar Castoren genommen werden. Die Zustimmung hängt sicherlich daran, dass man sieht, dass wir versuchen die Dinge wieder los zu werden. Meine Frage Frau Bundesministerin ist, kann daran anknüpfen, wir müssen uns hier Gedanken über das Endlager machen und das ist auch unsere Aufgabe, aber wir sind ja nicht in einem politischen neutralen Umfeld. Und wenn ich von den Castoren über den Rückbau, über die Rückstellungen, über Klage gegen Gebührenbescheid, oder den Atomausstieg nachdenke, dann habe ich das Gefühl, dass dieser viel beschworene Konsens der Republik, den Ausstieg der Atomenergie zu vollziehen, in Wahrheit im Moment an vielen-vielen Stellen gar nicht mehr im Konsens diskutiert wird. Deswegen die Frage, glauben Sie, dass das Milieu für diese Endlager-Suchkommission sich in den nächsten anderthalb Jahren als stabiles politisches Milieu darstellen wird oder nicht?“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Habeck. Frau Ministerin. Die erste Runde.“

Frau Hendricks:

„Zunächst, Herr Brunsmeier. Die Offenheit in der Behördenstruktur habe ich schon angedeutet in meinen einführenden Worten, dass wir das noch mal überprüfen wollen, ohne dass unsere Überlegungen schon abgeschlossen wären, die wir Ihnen dann natürlich auch vortragen würden. Insbesondere aber natürlich auch dem Gesetzgeber vortragen würden. Das kann ich Ihnen zusichern, dass da eine Offenheit besteht. Was die Kernbrennstäbe des Versuchsreaktors in Jülich anbelangt, so ist Ihnen die Rechtslage bekannt. Also das ist ja kein zu wirtschaftlichen Zwecken eingerichtetes Kraftwerk gewesen, sondern ein Versuchsreaktor, bei dem, vor dem Hintergrund der Rechtslage, ein Export an diejenigen, von denen es gekommen ist, um es mal vereinfacht zu sagen, hier die Vereinigten Staaten von Amerika, jedenfalls möglich ist. Ich sag' dazu, mach' dazu keine weitere Aussage. Die Rechtslage wäre so und dass das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle, wenn ich das richtig weiß, das genehmigen müsste. Das wäre nicht mal in meinem Verantwortungsbereich. Aber ich rede da konjunktivisch und stelle Ihnen nur die Rechtslage dar, und weiß, dass bisher dazu keine Entscheidung gefällt worden ist. So. Und was die Veränderungssperre anbelangt, so ist mir Ihre Position Herr Brunsmeier natürlich nicht neu. Das ist diejenige Position, die mir auch in Gorleben in der letzten Woche erneut vorgetragen worden ist. Ich kann Ihnen dazu trotzdem keine andere Aussage machen. Und diese Kommission wird auch zu bewerten haben unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten, ob ein Standort, wie Gorleben überhaupt in Frage kommt. Das ist ja nun nicht abschließend meine Aufgabe. Und deswegen muss ich in Ausfüllung des Gesetzes, das ja nochmal grade erst seit ungefähr vierzehn Monaten in Kraft ist, so lange ist es ja alles noch nicht her, dafür sorgen, dass

tatsächlich die Möglichkeit weiterhin besteht, dass Gorleben tatsächlich ein Standort sein könnte. Das ist auch meine Aufgabe, das ist vom Gesetz so vorgesehen. Und deswegen, ist auch diese Veränderungssperre nötig. Das ist so. Ich weiß, Sie haben eine andere Auffassung, aber da werden wir uns jetzt nicht annähern. Ich weiß das, aber da werden wir uns nicht annähern. Herr Kollege Untersteller. Ja, ich werde Ihnen natürlich versichern, dass wir alles tun, um den Zeitplan wenigstens 2022 einzuhalten. Welche Imponderabilien da auch immer noch kommen mögen, aber wir werden jedenfalls von uns aus alles tun, um das wenigstens im Jahr 2022 zu erreichen. Denn es ist ja völlig richtig, die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle brauchen natürlich auch dringend einen Ort, an den sie verbracht werden können. Und dafür ist Schacht Konrad ja vorgesehen. Herr Sommer, Sie haben den den gesellschaftlichen Konsens gegen den Zeitplan gestellt. Das ist mir ehrlich gesagt auch logisch nicht ersichtlich. Weil ein gesellschaftlicher Konsens braucht natürlich die gesellschaftliche Debatte, das ist keine Frage. Aber das sind ab jetzt 16 Jahre, also bis 2031. Wie lange um des Himmelswillen wollen sie eine gesellschaftliche Debatte führen? Wenn wir doch alle wissen, dass wir ein Endlagerstandort brauchen. Das bestreitet hier ja niemand, dass wir einen Endlagerstandort brauchen. Und das geht eben hier und in Folgejahren bis 2031 um die Bestimmung des Ortes. Es geht nicht um das "ob" sondern um das "wie". Und welche Grundsatzdebatte wollen Sie da führen, außer der Tatsache, dass Sie den bestgeeigneten Standort aussuchen wollen. Wohlwissend, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Dass man den Bürgerinnen und Bürgern, die in der Umgebung eines solchen Standortes leben relativ viel abverlangt. Das wird sich in den nächsten sechzehn Jahren nicht ändern. Deswegen glaube ich nicht, dass man ernsthaft gesellschaftlichen Konsens in den Widerspruch zum Zeitplan stellen kann. Das sehe ich nicht. Also das will ich wirklich ernsthaft bestreiten. Was Volksabstimmung anbelangt, dass sage ich Ihnen mal meine private Meinung. Das wäre wahrscheinlich der Ausgang für Helden. Weil nämlich alle dafür wären außer diejenigen, die da gerade wohnen. Und da kriegen Sie riesige Mehrheit dafür. Das wäre wirklich der Ausgang für Helden. Und dann sind alle anderen ja entlastet. Das ist doch zu erwarten, dass es so käme, oder? Also, Sie würden ganz gewiss die riesige Mehrheit bekommen und vor Ort hätten Sie trotzdem keine Befriedung. Das muss man wohl doch so annehmen. Stabiles Milieu, Kollege Habeck. Tja, das ist eine schwierige Frage. Das sind ja viele Akteure Zugänge mit sehr vielen unterschiedlichen Interessen. Das hat man natürlich in ganz vielen Politikbereichen, aber hier ist es noch mal finde ich besonders ausgeprägt. Und die Interessenlagen sind natürlich auch sehr unterschiedlich. Sie reichen von finanziellen Interessen bis zu, ich sage mal ethischen Grundsatzfragen. Und deswegen bin ich auch nicht sicher, ob wir auf Dauer ein stabiles Milieu für die Verhandlungen und die Gespräche haben um die es ja geht. Und an der Stelle komme ich auf das zurück, auf das ich gerade Herrn Sommer geantwortet habe. Ich glaube nicht, dass das Milieu stabiler wird wenn man noch länger darüber redet und wenn man den Prozess noch länger vorantreibt. Also das halte ich für nicht ganz schlüssig. Natürlich kann man anderer Auffassung sein. Ich kann das ja auch nicht irgendwie wissenschaftlich begründen. Dies ist meine Auffassung. Aber ich glaube dass wir alle darum bemüht sein müssen, ein stabiles Ausgangsmilieu, eine stabile Ausgangsposition zu haben, so dass wir eine Basis haben, auf der wir

verhandeln können. Und wir haben dafür keine andere Basis als das Standortauswahlgesetz. Und deswegen liegt mir auch daran, dafür zu werben, dass wir eben dieses Standortauswahlgesetz als unsere Richtschnur nehmen und versuchen, es so verantwortungsbewusst, aber auch natürlich so zügig als möglich umzusetzen. Eine andere Chance sehe ich nicht.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön. Wir kommen in die zweite Runde. Herr Wenzel, bitte.“

Herr Wenzel:

„Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Frau Hendricks. Zum einen stimme ich Ihnen ganz und voll zu, dass wir diese Kommission in dem Zeitrahmen, der im Gesetz vorgesehen ist, Sicherheitskriterien, Sicherheitsanforderungen und all das, was dort sonst vorgesehen ist, Umgang mit Fehlern und Fehlerkorrekturen auf dem Weg zu bringen. Damit schaffen wir eine ganz neue Grundlage nachdem wir fast sechzig Jahre diese Technologie genutzt haben. Wir legen Kriterien fest und gehen dann an die Frage, welcher Ort und welche Methode wäre geeignet, diese Sicherheitsanforderungen und Sicherheitskriterien zu erfüllen. Ich war letzte Woche in der Schweiz, und genau dieser Grundsatz ist dort ja beherzigt worden, nachdem man zuvor sein Waterloo erlebt hat. Mit einem Standort, den man früher festgelegt hatte und wo man dann ganz neu begonnen hat. Das war der Standort Wellenberg. Wir haben uns dort aber auch angeguckt, wie weit ist man eigentlich mit der Forschung. Und das hat für mich noch mal die Notwendigkeit auch gezeigt, dass wir nochmal genauer hingucken, was ist bei uns eigentlich geforscht worden in den letzten Jahrzehnten. Wir hatten ja einen Forschungsbergwerk, Unter-Tage-Labor, die Asse, die leider havariert ist. Wo alles, was damals prognostiziert wurde, anders eingetreten ist, als damals erwartet und zwar innerhalb einer kurzen Zeit. Wenn man sich aber das Forschungsprogramm anguckt, von 2011 bis 2014, dann sind dort immer noch kritiklos viele Forschungsvorhaben aus der Asse aufgelistet, ohne dass da eine Analyse vorgenommen wurde, warum denn das schief gegangen ist. Wir stehen jetzt vor der Entscheidung, wies sieht das nächste Forschungsprogramm aus für 2015 bis 2019. Was forschen wir da? Wie sieht die Bilanz dessen aus, was wir nicht wissen, und was wir aber wissen müssen, um in Zukunft eine verantwortungsvolle Entscheidung zwischen verschiedenen Alternativen treffen zu können. Dort ist zum Beispiel, was die Behälterkonzepte angeht, Castor Polluxs und solche Techniken, fast ausschließlich auf eine einzige Technologie und auf ein einziges Medium gesetzt worden. Wenn wir die Forschungspolitik dort nicht breiter aufstellen, dann haben wir hinterher nicht das Wissen, um überhaupt über Alternativen entscheiden zu können. Darauf hatte ich hingewiesen mit Blick auf die Erfahrung in der Schweiz. Die eigentlich bei der Forschung schon deutlich weiter ist als wir. Und ich glaube, wir werden die Diskussion im Verlauf unserer Analysen internationaler Entwicklung auch bekommen und können dann analysieren und feststellen, wo stehen wir eigentlich selber. Aber ich möchte gerne den Fokus auch drauf legen, dass wir über die Forschungspolitik und die Ausrichtung reden. Wir haben übernächste Woche

Frau Wanka hier. Frau Wanka verantwortet ja den kleineren Teil der Forschungsgelder. Das Bundeswirtschaftsministerium verantwortet etwa drei Mal so viel. In ihrem Etat sind auch Forschungsgelder und wir müssen jetzt darüber reden, wo auch diese Mittel in Zukunft investiert werden um am Ende überhaupt Entscheidungen treffen zu können. Und ob wir und wann wir an dem Zeitpunkt sind, wo wir verantwortungsvoll zwischen verschiedenen Alternativen entscheiden können. Wann wir da stehen, das ist jetzt vielleicht noch schwer zu beurteilen. Aber nachdem ich das gesehen habe, was die Schweiz macht, habe ich den Eindruck, dass wir wahrscheinlich mehr Zeit benötigen. Das heißt aber nicht, dass diese Kommission nicht bis zum Ende des gesetzlich vorgesehenen Zeitraumes ein Ergebnis vorlegen muss. Zum Zweiten wollte ich kurz ansprechen. Die Punkte, die Sie ansprachen zum Thema Gorleben. Ich möchte mich noch mal ausdrücklich bedanken, dass hier gelungen ist, in konstruktiver Art und Weise, zwei alte Rechtsregime außer Kraft zu setzen, die mit dem Standortauswahlgesetz obsolet geworden sind und jetzt durch neue Rechtsgrundlage ersetzt worden sind, das alte Planfeststellungsverfahren, das alte Rahmenbetriebsplan. Bei der Veränderungssperre kenne ich Ihre Haltung, und wollte an dieser Stelle nur deutlich machen, dass uns daran liegt, hier in einen konstruktiven Dialog zu kommen. Weil wir natürlich als Niedersachsen wissen, dass einerseits dieser Anspruch im Gesetz formuliert ist, dass aber auf der anderen Seite, wir, wenn wir Alternativen prüfen wollen auch alle denkbaren geologischen Optionen ins Blickfeld nehmen wollen. Und natürlich der Zeitpunkt, zu dem das geschieht, möglicherweise zwei oder drei Jahrzehnte in der Zukunft ist, vielleicht sogar vier. Und das dann auch verhindern werden muss, dass diese Option möglicherweise auf anderem Wege ausgeschlossen werden. Und insofern müssen wir, wenn wir über Veränderungen reden, im Grunde über gleichartige oder adäquate Regelungen auch für jeden anderen potentiellen Ort in der Bundesrepublik reden müssen. Sonst hätten wir am Ende wieder keine Alternative. Und dazu sagen die Kanadier "One choice is no choice". Also wir müssen die Alternativen haben. Und von da her, wünsche ich mir, dass wir an der Stelle noch weiter diskutieren. Wir haben ja noch Zeit bis nächsten Sommer. Um hier eine Lösung zu finden. Die beiden Punkte wollte ich an dieser Stelle ansprechen.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön, Herr Wenzel. Frau Kotting-Uhl, bitte.“

Frau Kotting-Uhl:

„Dankeschön, Frau Vorsitzende. Frau Ministerin, ich möchte Sie noch mal auf das BFE, die neue Behörde für die Entsorgung ansprechen. Sie haben uns ja freundlicherweise diese Stellenausschreibung zukommen lassen. Da geht es um zehn Stellen. Auch jetzt arbeiten schon einige da drin. Mir erschließt sich noch nicht, das sind nicht viele Stellen, klar, aber wozu diese weiß nicht, vierzehn, fünfzehn Stellen gebraucht werden, wenn es nur um die Bescheide geht. Für die Offenhaltungskosten von Gorleben, wenn Sie da freundlicherweise mir bisschen Aufklärung geben würden, was den da mit diesen, womit die sich diese Stellen beschäftigen. Dann würde ich gern noch

aufgreifen die Frage von Herrn Brunsmeier, mit dem geplanten Export der Brennelemente aus Jülich. Zuständig ist ja Ministerin Wanka, nicht Sie. Weil das dieser Reaktor als Forschungsreaktor gehandelt wird, Sie haben jetzt netterweise selbst das richtige Wort benutzt – "Versuchsreaktor". Es ist ein Versuchsreaktor so wird er überall geführt. Kein Forschungsreaktor. Das heißt aber, dass eigentlich Ihr Haus zuständig sein müsste. Und das heißt auch, dass das Exportverbot, das wir im Standortauswahlgesetz festgeschrieben haben, dafür auch gilt. Denn das gilt nur nicht für Forschungsabfälle. Versuchsreaktor ist aber kein Forschungsmüll, der da produziert wird. Deshalb jetzt noch mal meine Frage, wird es in der Bundesregierung überhaupt irgendwie diskutiert? Und wie wird das gesehen, dass da tatsächlich ein Bruch mit dem Verbot im Standortauswahlgesetz stattfinden würde? Zum Dritten würde ich gern noch etwas sagen zu den Zeitabläufen. Also man merkt auch hier an der Debatte, wie unterschiedlich die Vorstellungen sind, wie unterschiedlich sozusagen auch die eigene Zwänge sind. Unsere Minister haben durchaus Zwänge innerhalb ihrer Länder, ihre Zwischenlager auch irgendwann einmal zu leeren, bzw. der Bevölkerung auch vermitteln zu können, dass die irgendwann einmal geleert werden, auf der anderen Seite wissen wir aus vielen Erfahrungen, dass Zeitdruck und die Inbetriebnahme von Atommüllanlagen ganz schlecht zusammenpassen. Also von daher, ich find's gut, dass das Standortauswahlgesetz, dass da sozusagen, um einem klar zu machen, wir haben nicht alle Zeit der Welt auch Zeiten vorgegeben sind, ich halte die auch nicht für einhaltbar, weil – ich denke, wenn wir uns die bisherigen Erfahrungen anschauen, auch bei Konrad, das ist ja nun nicht so, dass da irgendwelche Menschen sitzen, die sagen, ach, da lassen wir uns jetzt mal fröhlich Zeit, das kommt nicht so drauf an, sondern natürlich haben da alle Verantwortlichen das Bedürfnis, das so schnell wie möglich in Betrieb nehmen zu können, aber es gibt halt immer wieder Probleme, die im Sinne der Sicherheit gelöst werden müssen und bei allen atomaren Anlagen gilt Sicherheit vor Schnelligkeit. Aber ich glaube, das ist ein Punkt, die Frage, was ist mit dem Zeitdruck der aus verschiedenen Gründen durchaus auch beim Umsetzen des Standortauswahlgesetzes da ist und was ist aber damit, dass eben dieser Zeitdruck nach allen Erfahrungen, die wir haben, die können wir nicht leugnen zu dieser Aufgabe, die wir haben gar nicht passt und ich denke, da werden wir noch manches Mal drüber reden müssen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Ich habe noch 3 Redner auf der Liste, oh, wir müssen auf die Uhr gucken, wir haben mit der Ministerin ausgemacht bis 14 Uhr. Und ich hab jetzt noch Herrn Thomauske, Herrn Meister, Herrn Zdebel, dann hab ich die Frau Glänzer und wen habe ich jetzt noch? Nochmal Herrn Brunsmeier. Gut, aber dann ist finito, fassen wir jetzt zusammen, damit Sie dann eine Beantwortungsrunde noch machen können. Dann als nächstes Herr Thomauske bitte.“

Herr Thomauske:

„Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Frau Ministerin, Sie sind ja zuständig für den nationalen Entsorgungsplan und die Diskussion im Augenblick über die Frage wie lange wird die Konrad-Betriebszeit sein so es dann irgendwann mal in Betrieb gehen wird, Diskussion 35 oder 40 Jahre. Was ist danach? Wie sieht das Endlagerkonzept danach aus? Gibt es ein Nachfolgeendlager für Konrad, ggfs. unter Berücksichtigung der Asseabfälle, oder übernimmt das eine Endlager für hochradioaktive Abfälle diese Funktion mit und haben wir dies als Kommission entsprechend mit zu berücksichtigen? Das ist die 1. Frage, die 2. Frage bezieht sich auf den Zeitrahmen. Sie hatten gesagt, 2031 ehrgeizig aber machbar. Haben Sie dazu – ich sag mal innerhalb Ihrer Behörde eine Planung, die mal geprüft hat, was die verschiedenen Schritte, angefangen von der Rechtebeschaffung, für die übertägige Erkundung vorlaufende Kriterienentwicklung, nachlaufend die untertägige Erkundung mit der Rechtebeschaffung, mit dem Rahmenbetriebsplanverfahren, mit der Fragestellung vier Gesetzgebungsverfahren, 6 Ebenen der Öffentlichkeitsbeteiligung. Halten Sie das, was Sie eben gesagt haben, tatsächlich realistisch in einem Zeitraum von 15 Jahren durchzuführen und wenn nein, ist es dann ehrlich, mit der Position nach außen zu gehen, oder haben wir nicht die Aufgabe, der Bevölkerung gegenüber reinen Wein einzuschenken und sagen, wenn wir das Verfahren so ausgestalten, dann wird es auch deutlich länger dauern. Eine Frage habe ich zu der Offenhaltung Gorleben. Sie hatten sich ja mit dem Minister Wenzel darauf geeinigt, die Offenhaltung Gorleben zu beschränken auf Schächte und einen Teil der Infrastrukturbereiche. Im Hinblick auf die Konsequenzen hätte ich gerne gewusst, gibt es Gutachten zu der Fragestellung, dass, wenn man das übrige Grubengebäude sich selber überlässt, dies nicht zu einer Verschlechterung einer sicherheitlichen Situation dann führt, wenn man das in 10, 20, 30, 40, 50 Jahren, ggfs. dann als Endlager nutzen wollte, oder werden in der Zwischenzeit Fakten geschaffen? Das waren die Fragestellungen die ich an der Stelle Ihnen nahbringen wollte. Dankeschön.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Meister bitte.“

Herr Meister:

„Dankeschön Frau Vorsitzende, verehrte Ministerin, 2 kurze Einschätzungen, die ich gerne, Sie haben das wahrscheinlich im großen Konsens in diesem Kreise noch einmal benannt, dass Asse der kerntechnische Sündenfall Deutschlands sei. Mit Sünden kenne ich mich als Bischof ja ein bisschen aus. In der Regel gibt es Verantwortung dafür. Die sind personal oder institutionell. Nun ist das BMU nicht in der Lage, Absolution zu erteilen, aber wäre Ihre Analyse so, dass – sage ich mal – Teilverantwortliche in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aus diesem Sündenfall bis heute ausreichend gelernt haben? Das ist eine geschlossene Frage. Also Ja oder Nein reicht mir. Und das 2. Sie haben uns gewünscht, ehrliche und kreative Debatte ohne Denkblockade ich würde das gerne noch mal im Hinblick auf die Bemerkung

von Herrn Habeck zurückfragen, auf das politische Milieu, können Sie mit ein oder zwei Sätzen sagen, wo es in der jüngeren Zukunft in den politischen Milieus Denkblockaden gibt oder geben könnte, die entscheidend sind für das, was wir hier tun.“

Frau Heinen-Esser.

„Dankeschön, Herr Meister. Herr Zdebel.“

Herr Zdebel:

„Dankeschön, Frau Vorsitzende, Frau Ministerin Hendricks, ich wollte Sie auch noch mal fragen nach Jülich in der Sache, weil ich sehe das ähnlich wie meine Kollegin Kotting-Uhl, dass es sich um einen Versuchsreaktor handelt und dass Ihr Haus da eigentlich zuständig wäre, was diese ganzen Fragen angeht, auch gerade, was den Export dann angeht, weil, Jülich war ja immerhin zumindest eine kurze Zeit auch am Netz. Das muss man glaube ich in diesem Zusammenhang auch noch mal sagen. Und die zweite Sache ist noch mal das Thema Bad Bank, was ja schon seit einigen Monaten im Raum steht, was die ganze Frage der Entsorgung von Atommüll angeht, und dieses Thema hat ja die letzten Tage eine neue Aktualität bekommen durch die Pressemitteilung darüber, dass offensichtlich die Atomkonzerne Widerspruch gegen ihre Kostenbeteiligung an den Kosten bei Gorleben und Schacht Konrad eingelegt haben, zumindestens haben das alle führenden Medien berichtet, ich glaube sogar das Bundesamt für Strahlenschutz hat das sogar bestätigt, dass das so ist. Vielleicht könnten Sie da auch noch mal eine Einschätzung zu geben zu dieser Entwicklung, weil ich da bestimmte Zusammenhänge sehe, auch was die Fragen der Bad Bank angeht, dass da offensichtlich von Seiten der Konzerne, die ja für die Entsorgung dann auch maßgeblich die Kosten tragen müssten, sich aus ihrer Verantwortung teilweise zurückziehen möchten, das würde mich gerade auch aus aktuellen Gründen sehr interessieren.“

Frau Heinen-Esser:

„Als nächstes Frau Glänzer bitte.“

Frau Glänzer:

„Ja, sehr geehrte Frau Ministerin, ich will nur ein paar Anmerkungen zu Gorleben machen. Ich erinnere mich noch gut an die erste Sitzung, da hat Frau Kotting-Uhl darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, den Standort Gorleben auch im Spiel zu halten. Sie haben es etwas anders formuliert, aber sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben diesen Aspekt ja jetzt auch hervorgehoben auch im Zusammenwirken mit Niedersachsen ist ja ein Kompromiss gefunden worden im Sinne einer Offenhaltung und dies im Sinne einer weißen Landkarte. Ich glaube, das ist gut und wichtig, gleichwohl wissend, dass das natürlich außerordentlich schwierig ist auch mit Blick auf

Vertrauensbildung vor Ort. Das kann man jetzt so oder anders bewerten. Ich finde aber mit Blick darauf, dass Sie gesagt haben, es geht darum, wie auch mit den Beschäftigten umgegangen wird, das finde ich ein Aspekt, aber ich finde in dem Zusammenhang den wir auch zu diskutieren haben ist auch von Bedeutung, dass es auch darum geht, zu schauen, wie können wir Kompetenz vor Ort erhalten und Kompetenz vor Ort erhalten im Sinne der Sicherheit und das ist ja mit eine der größten Herausforderungen da sind ja auch schon viele Anmerkungen zu gemacht worden. Können wir eigentlich eine hundertprozentige Sicherheit geben ja oder nein und ich glaube, wir können keine hundertprozentige Sicherheit geben aber unsere Aufgabe ist, eine bestmögliche Lösung zu finden und in dem Zusammenhang will ich gerne noch einmal das aufgreifen, was Minister Wenzel auch gesagt hat, gerade der Blick auch in andere Länder glaube ich, macht deutlich, wo es bei uns in Deutschland Nachholbedarf gibt, mit Blick auf gesellschaftliche Diskussion, aber insbesondere auch mit Blick auf Forschung und da bin ich wieder bei Kompetenz. Also einerseits die Kompetenz, die wir haben, nicht zu verschütten, sondern zu halten, aber andererseits auch zu schauen im Sinne einer Forschungsbilanz, wo müssen wir noch verstärkt den Fokus drauf richten. Das wäre meine herzliche Bitte an dieser Stelle.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Frau Glänzer. Als Letzter Herr Brunsmeier noch einmal ganz kurz.“

Herr Brunsmeier:

„Genau das werde ich tun, vielen Dank, Frau Vorsitzende, Frau Ministerin. Ich muss einfach noch einmal auf Ihre Aussage zur Veränderungssperre zurückkommen, weil Ihre Aussagen dazu so gar nicht zu der Arbeit dieser Kommission hier passen. Sie haben gesagt, Sie haben eine andere Meinung dazu, das ist ja auch erst mal zu akzeptieren, aber diese Kommission wurde ja eingerichtet mit – ich sag mal auch dem Grundgedanken des Konsensprinzips und auch gemeinsam zu schauen, wie denn für solche strittigen Fragen auch Lösungen gefunden werden können. Und insofern möchte ich zunächst mal Herrn Minister Wenzel da unterstützen, dieses Ergebnis offen weiter zu diskutieren und deswegen noch einmal darauf hinweisen, dass ja sowohl im jetzigen Standortauswahlgesetz, als auch im Bundestagsentschluss zur Einsetzung dieser Kommission die Evaluierung dieses Gesetzes was Sie sich ja zur Grundlage gemacht haben, jetzt diese Veränderungssperre nicht aufzuheben, angesprochen worden ist und deswegen meine herzliche Bitte an der Stelle auch noch mal im Sinne der Arbeit dieser Kommission hier und auch im Sinne der Evaluierung des Gesetzes diese Offenheit auch gemeinsam mit uns herzustellen, dass diese Veränderungssperre vom Tisch kommt, oder dass es eine Form der Veränderungssperre gibt, die eben der Atommülllagerung in ganz Deutschland gerecht wird, aber keinesfalls in der vorgesehenen Form wie Sie es doch noch mal angesprochen haben an der Veränderungssperre und seiner Fortsetzung nach 2015 festzuhalten.“

Frau Heinen-Esser:

„So, viele Fragen, viele Anmerkungen, Frau Ministerin“

Frau Hendricks:

„Gerne Frau Vorsitzende. Herr Kollege Wenzel, ja, die Bedeutung der Forschung ist ja keinesfalls zu negieren, im Gegenteil, auch meine Einschätzung ist, dass in der Schweiz durchaus schon mehr Forschungsergebnisse vorliegen als bei uns, andererseits sind wir durchaus beteiligt auch an Forschung, die in der Schweiz stattfindet. Frau Schwarzelohr-Sutter hat es mir gerade auch noch mal gesagt, weil sie ja als Schweiznachbarin sozusagen mit den ganzen Fragestellungen auch seit vielen Jahren schon betraut ist, in dem Bergwerk – wie heißt das nochmal? – Montherie – also da sind wir jedenfalls dabei beteiligt bei den Forschungen, so dass wir da jedenfalls Kenntnisse auch schon gewinnen. Aber, Sie haben Recht, wir werden unsere Möglichkeiten bündeln müssen aus allen Ministerien und wir werden insbesondere auch noch mal genau gucken müssen, ob wir in die richtige Richtung forschen, oder ob wir da nicht sozusagen das eine oder andere sein lassen müssen vor dem Hintergrund dessen der Grundsatzentscheidung, die wir ja gefällt haben. Frau Kotting-Uhl, zunächst mal zum Bundesamt für kerntechnische Entsorgung. Ja, in der Tat, wir machen im Moment nichts anderes als möglichst rechtssichere Bescheide auszustellen, damit z.B. die Offenhaltungskosten für Gorleben auch tatsächlich von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen bezahlt werden. An anderer Stelle ist ja eben auch schon darauf hingewiesen worden, dass sie, ja mit, ich sag mal, wohl offenbar auch gebündelt sich dazu entschieden haben, jetzt alle rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen, um den Prozess nicht grad so einfach fortlaufen zu lassen, das kann man auch verstehen vor dem Hintergrund von deren Interessenlage. Umsomehr brauchen wir dann natürlich Rechtssicherheit, also möglichst Rechtssicherheit in unserem Verwaltungshandeln, um dort auch voranzukommen. Was den Forschungsreaktor in Jülich anbelangt, da haben wir uns vor einiger Zeit dazu auch geäußert auf eine Frage der Linken und da kann ich daraus zitieren, damit ich da nicht in Widersprüche mich irgendwie verbinde.

Nach Anordnung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrheinwestfalen zur Entfernung der Kernbrennstoffe aus dem AVR Behälterlager in Jülich hat die Forschungszentrum Jülich GmbH bis zum Herbst dieses Jahres ein Konzept für eine Räumung des Behälterlagers vorzulegen und im weiteren die hierfür erforderlichen Genehmigungen zu erwirken. Mögliche Varianten wie die Rückführung des Kernbrennstoffes in die USA, aber auch ein Abtransport in das Transportbehälterlager Ahaus sind vergleichend zu prüfen und der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde detailliert darzustellen. Auch der Frage des Neubaus eines Zwischenlagers am Standort Jülich wird nachgegangen. Die Optionen werden mit Blick auf die Anforderungen der vorgenannten Anordnungen durch die zuständige Aufsichtsbehörde zu bewerten sein. Angesichts der vorliegenden Anordnung zur Entfernung der Kernbrennstoffe aus dem AVR Behälterlager in Jülich erachtet es die Bundesregierung als geboten, die aus aktueller Perspektive bestehenden Möglichkeiten zu prüfen

und offenzuhalten, bis die zuständige Aufsichtsbehörde über das von der Forschungszentrum Jülich GmbH vorzulegende Konzept befunden hat. Um einen zweckmäßigen Rahmen für die Prüfung der rechtlichen und technischen Machbarkeit einer Rückführung des uranhaltigen Kernbrennstoffes in die USA, sowie zu seiner dortigen schadlosen Verwertung zu schaffen, haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit dem Energieministerium der Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrheinwestfalen eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet.“ Das ist der Stand. Da kann man natürlich anderer Rechtsauffassung sein, aber jedenfalls ist dies eine der Möglichkeiten von den dreien, die zur Zeit geprüft werden, und deswegen kann ich dem auch dem Prozess jetzt nicht vorgehen. Der wird...”

[Zwischenruf unverständlich]

Herr Duin:

„Also nur eine Ergänzung. Bis zum Ende des Monats sind die aufgefordert, dieses Konzept vorzulegen, ich weiß das sie mit Hochdruck dran arbeiten dann können wir auch außerhalb der Tagesordnung auch gerne mal über diesen Sachstand da berichten, wenn das der Wahrheitsfindung unserer Kommission hier dient.“

Frau Hendricks:

„Ja, und Frau Kotting-Uhl, Frau Kollegin hat von Zeitdruck gesprochen. Wie gesagt, es kann ja sein, dass wir das nicht schaffen, aber und dann will ich auch auf das eingehen, was Herr Thomauske dazu auch gesagt hat, bis zum Jahr 2031 entscheiden wir nach von Ihnen in den nächsten eineinhalb Jahren festzulegenden Kriterien, welcher Standort in Frage kommt. Und dann beginnt aber doch erst das Beteiligungsverfahren mit allen Behörden, da wird es natürlich danach auch Rechtsstreitigkeiten geben, weswegen ich auch schon öffentlich gesagt habe, dass das Jahr 2050 für Inbetriebnahme ehrgeizig sei, aber wir tun ja nichts anderes – Entschuldigung, wenn ich das so sage – als einen Standort benennen und dann beginnt das eigentliche Verfahren ja erst. Und ich weiß nicht ob man jetzt zu diesem Zeitpunkt von Zeitdruck reden sollte. Wir sind wirklich ganz am Anfang des Verfahrens, wir suchen nach den Kriterien. Und wenn wir die Kriterien gefunden haben, dann geben wir uns weitere 15 Jahre Zeit für die Suche. Ich halte es nicht für richtig, in dem Zusammenhang von Zeitdruck zu sprechen. Weil die Debatte muss natürlich offen und breit und gesellschaftlich geführt werden, aber nach Lage der Dinge weiß ich auch nicht, wie lange man denn dann Argumente austauschen kann, wenn die Kriterien hier – möglichst einvernehmlich gefunden werden und man dann sich 15 Jahre Zeit nimmt, um anhand der Kriterien einen Standort zu bestimmen und dann wie gesagt, kommen dann die ganzen Planungsprozesse ja erst mit allen dann auch weiterhin selbstverständlich notwendigen Beteiligungsverfahren. Möglichst frühzeitigen, darüber kann man sich ja noch mal extra verständigen, wie man das macht. Ich halte es nicht für richtig von Zeitdruck zu sprechen zum jetzigen Zeitpunkt. Und ich will auch sagen, wir haben ja auch eine ethische

Verpflichtung, in unserer Verantwortungszeit das voranzutreiben, was wir vorantreiben können. Das ist doch unsere gemeinsame ethische Verpflichtung. Denn die Voraussetzung dafür, dass alle Generationen, die nach uns kommen und ich spreche bewusst von allen Generationen, die nach uns kommen, die Voraussetzung dafür, dass die überhaupt noch die Chance haben selber ihrerseits in ihrer jeweiligen Verantwortungszeit mit dem Problem umzugehen. Das liegt doch in unserer Verantwortung, denen die Chance überhaupt zu eröffnen. Und deswegen glaube ich, dass wir diese Verantwortung auch so sehen müssen und ich halte es deswegen für falsch, von Zeitdruck zu sprechen sondern wir haben in unserer jeweiligen Verantwortungszeit sozusagen als Generation – ich meine nicht mich als Ministerin, ist ja klar, da habe ich auch ne Aufgabe, aber das ist ja eine weitergehende Aufgabe, die ganz gewiss über meine Amtszeit als Ministerin hinausgeht. Aber wir haben doch gleichwohl in unserer Verantwortungszeit alles Mögliche zu tun, um eben diese Chancen für die, die nach uns kommen überhaupt zu eröffnen. Und deswegen glaube ich, dass es falsch ist zum jetzigen Zeitpunkt von Zeitdruck zu sprechen. Herr Thomauske, was eine Nachfolge von Schacht Konrad anbelangt, kann ich Ihnen im Moment keine Antwort geben, aber ich meine, zunächst mal müssen wir mal Schacht Konrad hoffentlich nun wirklich bis 2022 in Betrieb nehmen. Dass der natürlich auch ne begrenzte Kapazität hat, ist auch klar. Es ist z.B. sicherlich in Schacht Konrad kein Platz für das, was aus der Asse geräumt wird, um das schon mal deutlich zu machen, dafür wird in Schacht Konrad kein Platz sein. Jetzt müsste ich aber mal den Herrn Cloosters fragen, ob wir sozusagen schon an einen Nachfolger von Schacht Konrad denken, nach meinem Kenntnisstand nicht.“

Herr Cloosters:

„Wir werden das Thema im Rahmen des nationalen Entsorgungsplanes behandeln, da laufen noch die Überlegungen und Abstimmungen, nicht nur in unserem Haus, auch innerhalb der Bundesregierung und von daher ist es gegenwärtig zu früh, Ihnen dazu heute berichten zu können.“

Frau Hendricks:

„Ja, also den Zeitplan bis 2031, Herr Thomauske, haben Sie ja auch gerade angesprochen, aber dazu habe ich mich ja gerade schon geäußert. Was Gorleben anbelangt, ob wir da sozusagen vorfristig Fakten schaffen – das ist ja, glaube ich Ihr Bedenken – oder ob Gorleben sich – wenn ich Sie richtig verstanden habe, vielleicht in 40 oder 50 Jahren doch als geeigneter Endlagerstandort erweist, das war ja die Frage, die Sie in den Raum gestellt haben. Ich glaube, dass sich die Frage so nicht stellt, denn ich glaube, dass, also, entweder wird im Rahmen dieser Kommissionsarbeit werden Kriterien erarbeitet, die dazu führen, dass Gorleben ein geeigneter Standort ist, und dann ist er soweit offen gehalten, dass er auch genutzt werden könnte, oder aber im Rahmen dieser Kommissionsarbeit werden neue und andere Vorschläge gemacht, die zu dem Ergebnis kommen, dass Gorleben kein geeigneter Standort ist. Und dann ist Ihr Horizont von 40, 50 Jahren auch

obsolet, weil dann die Entscheidung in den nächsten 1 ½ Jahren fällt. So ist jedenfalls meine Einschätzung der Kommissionsarbeit.
Ja, dann habe ich Sie falsch verstanden, Herr Thomauske.“

Herr Thomauske:

„Ich wollte im Prinzip nur wissen ob geprüft worden ist, dass, wenn man den Standort jetzt in großen Teilen sich selber überlässt, dabei Verhältnisse eintreten, die eine spätere Nutzung als Endlager unmöglich machen, ob es dafür entsprechende Gutachten gibt und wo man das nachlesen kann.“

Frau Hendricks:

„Dazu haben wir so weit ich weiß, keine eigenen Gutachten in Auftrag gegeben, allerdings haben wir ja den Offenhaltungsbetrieb als Offenhaltungsbetrieb definiert, das ist ja ein Offenhaltungsbetrieb, das ist ja kein Stilllegungsbetrieb, sondern es ist ein Offenhaltungsbetrieb zum jetzigen Zeitpunkt.“

Herr Bischof Meister. Ob Teilverantwortliche in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus ihren damaligen Fehlern in der Asse gelernt haben, weiß ich nicht, weil, diese Teilverantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind mindestens nicht mehr unter den aktiv Tätigen, denn das Ganze hat ja im Jahr 1966 – wenn ich das richtig im Kopf habe – begonnen“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Hendricks:

„Ja, 56 die Atomindustrie, ja, aber Asseverfüllung hat 66 – wenn ich das richtig im Kopf hab – begonnen das ist aber dann trotzdem natürlich 48 Jahre her und die Teilverantwortlichen, die es ganz sicher gibt in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind vielleicht im Renten- und Pensionsalter noch zu finden, aber auch das ist nicht sicher, deswegen kann ich die Frage nicht beantworten, ob die das jetzt, ob die daraus gelernt haben. Nicht richtig verstanden habe ich Ihre Frage was meinen Sie, ob ich in jüngerer Zukunft, also in naher Zukunft Denkblockaden politischer Art erwarte. Das habe ich ehrlich gesagt, nicht so richtig verstanden.“

Herr Meister:

„Ja das ist ja schön, ich will es ganz kurz ergänzen. Es ist schön, also dieser Kommission die Aufhebung von Denkblockaden zu empfehlen. Das ist ein lauterer Vorschlag. An mancher Stelle erwartet ja die Öffentlichkeit, die Politik legitimiert, auch in der Politik die Überwindung von Denkblockaden. Man könnte, wenn man weit ausholt behaupten, dass das StandAG tatsächlich ein Versuch war, bestimmte Denkblockaden innerhalb der politisch stabilen Milieus zu überwinden. Die Frage, ob Sie Gefahren sehen, dass es andere

Denkblockaden gibt, die belastend sein könnten für die nähere Zukunft unserer Arbeit. Gibt es die oder sagen Sie, nein wir sind eigentlich in einem guten Fahrwasser. Das ist keine geschlossene Frage.“

Frau Hendricks:

„Also ich glaube, dass das wirklich zunächst in dieser Kommission selber beantwortet werden sollte, denn im Moment sind wir ja in dem Punkt, dass die Hauptlast der Auseinandersetzung in dieser Kommission liegt, zur Zeit, nicht auf Dauer, aber zur Zeit liegt die Hauptlast der Auseinandersetzung in dieser Kommission, deswegen, ich will jetzt nicht die Arbeit der Kommission hier bewerten, wir sind in der dritten Sitzung und wenn ich jetzt sagen würde, hier sind mir aber schon welche begegnet, die laufen mit lauter Denkblockaden rum, dann wäre das ja sicher nicht fair und deswegen halt ich mich da mal ein bisschen zurück. Also auf Dauer wird natürlich diese Kommission nicht mehr die Hauptlast tragen, das ist klar. Auf Dauer geht die Hauptlast wieder praktisch auf die politische Ebene zurück. Das ist keine Frage, das finde ich auch in Ordnung. Natürlich muss die politische Ebene sich um Konsens in der Gesellschaft bemühen, das ist völlig klar, aber die Hauptlast wird dann in eineinhalb Jahren ungefähr wieder auf der politischen Ebene liegen.“

Kollege Zdebel hat was zur Frage Bad Bank gefragt. Wir sind natürlich uns darüber im Klaren, dass wir die Rückstellungen sozusagen sichern müssen, das ist keine Frage und darüber sind wir auch im Gespräch mit den Energieversorgungsunternehmen und es geht eben darum, sie nicht nur einerseits sicherzustellen, sondern andererseits auch zeitnah sozusagen zur Verfügung zu haben. Das ist natürlich abhängig davon, wie der Prozess vonstatten geht, also es muss ja der Abbauprozess der Kernkraftwerke finanziert werden und der Einlagerungsprozess muss finanziert werden. Aus meiner Sicht, obwohl das im Gesetz steht, glaube ich nicht, dass man ernsthaft davon ausgehen kann, dass auch der Bewachungsprozess noch den EVUs angelastet wird, da bin ich persönlich der Auffassung, das landet sowieso bei einem wie auch immer gearteten Staat und solange wir keine Anarchie haben, werden wir eine wie auch immer geartete Form von Staat haben, aber wahrscheinlich keine 4 EVUs in Deutschland mehr. Und deswegen ist die Vorstellung, dass die auch noch die Überwachung übernehmen, auch wenn sie im Atomgesetz steht, eher, finde ich, bisschen naiv. Aber wir sollten jedenfalls die Finanzmittel sichern für den Rückbauprozess und den Einlagerungsprozess. Das ist, finde ich, die Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Frau Glänzer, ja, die Kompetenz vor Ort erhalten, das ist ein ganz wichtiger Punkt, ich habe da in der vergangenen Woche auch mit dem Betriebsrat drüber gesprochen und ich habe dem Betriebsrat zugesagt, dass wir zusammen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Forschungsministerium auch auf die IGBCE zugehen wollen, die auch ein hohes Interesse daran hat, die Kompetenz vor Ort zu erhalten, nicht zuletzt auch die bergmännische Kompetenz, die ja auch wegen des Rückgangs des Steinkohlebergbaus sowieso auch in Deutschland unter starkem Druck steht, das ist nicht zu vergessen, nicht zu vernachlässigen, dass ja praktisch wohl kaum noch viel neu ausgebildet wird im bergmännischen Bereich und das ist ein Punkt, den wir jedenfalls auch beachten müssen und was die Forschung anbelangt, dazu hatte ich eben

schon was gesagt, da stimme ich Ihnen zu. Herr Brunsmeier, Sie haben noch mal das Thema Veränderungssperre angesprochen. Ja, Sie haben da eine andere Auffassung als ich und ja, diese Kommission wird das Standortauswahlgesetz evaluieren und nein, ich kann Ihnen nicht zusagen, dass der Gesetzgeber dann den Vorstellungen der Kommission nahtlos folgt, weil der Gesetzgeber ist immer noch der Gesetzgeber. Vielleicht macht er auch abweichende Vorschläge. Also ich weiß es nicht. Wir haben weiterhin die repräsentative Demokratie, darauf lege ich Wert und die Empfehlungen der Kommission werden sicherlich beim Gesetzgeber auf fruchtbaren Boden stoßen, aber vielleicht nicht zu hundert Prozent. Das ist keine Voraussage, sondern das ist nur ein Hinweis, auf unsere demokratische Ordnung.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Frau Dr. Hendricks, Frau Ministerin, auch dass Sie uns doch noch mal länger zur Diskussion zur Verfügung gestanden haben als es ursprünglich geplant war, ich denk, das hat einen ganz guten Eindruck darüber gegeben, was alles ansteht auch auf der Regierungsseite wie auch die einzelnen Themen gesehen werden und zum letzten Punkt kann ich vielleicht auch noch mal den Bundestagspräsidenten zitieren, der ja so schön in seinen Einführungsworten gesagt hat, je größer der Konsens der Mitglieder der Kommission ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Gesetzgeber dem auch vollumfänglich anschließt. Mit diesen Worten verabschiedete ich die Ministerin und die parlamentarische Staatssekretärin mit Dank für ihr Kommen und unterbreche die Sitzung für 20 Minuten bis 14 Uhr 40. Herzlichen Dank.“

Frau Hendricks:

„Danke schön Frau Vorsitzende. Wenn ich noch einen kleinen Hinweis geben darf, ich hatte deswegen mehr Zeit, weil eine eigentlich jetzt geplante Gesprächspartnerin ihren Zug nicht bekommen hat. Also ich hab nicht einfach jetzt auf einmal mehr Zeit gehabt, sondern die eigentlich anschließende Gesprächspartnerin kommt nicht, also...“

[Sitzungsunterbrechung]

5. Beratung und Beschlussfassung über ein (vorläufiges) Arbeitsprogramm 2014 und 2015 (insbesondere Festlegung von Terminen für auswärtige Veranstaltungen [Asse, Gorleben u.a.] - Fortsetzung

Frau Heinen-Esser:

„Herr Miersch, wenn ich das mal sagen darf: Wenn zwei Rheinländer den Vorsitz üben, ist das für die Niedersachsen schwer, sich daran zu gewöhnen, oder? ...

[Antwort unverständlich] ...

Ach ja, da ist der nächste Westfale. Gut, also, es ist ...

[Einwurf unverständlich]

...Also, wir sind sowieso schon fünf Minuten über der Zeit. Herr Hirte, können Sie draußen die Damen und Herren vielleicht freundlich motivieren, in den Saal wieder zukommen? Dann machen wir nämlich in der Diskussion „Arbeitsprogramm“ weiter, und da darf ich nochmal darauf zurückkommen, wie die Rednerliste aussieht. Der erste Redner ist nicht da, der zweite Redner ist nicht da. Das ist ein zügiges Verfahren. Der dritte Redner ist nicht da, der vierte ist da und der fünfte ist auch da. Also, wenn die Reihenfolge eingehalten werden soll, bitte ich Herrn Wenzel, Herrn Sommer, Herrn Kudla - da kommt er - okay - Herr Kudla: Sie haben das Wort.“

Herr Kudla:

„Manches dauert lange, und manches geht schneller als man denkt! Also ich möchte zu einigen Punkten was sagen, zu denen einzelne Mitarbeiter hier vor zweieinhalb Stunden etwa gesprochen haben. Herr Untersteller sagte, dass wir uns hier auf hochradioaktiven Abfall beschränken sollen, erstmal. Und ich möchte das ausdrücklich unterstützen. Ich habe das in der ersten Sitzung auch schon gesagt. Wir sollten hier einen Beschluss herbeiführen, damit wir nicht ewig auseinander diskutieren, dass wir erstmal uns dem hochradioaktiven Abfall widmen und danach noch die schwach- und die mittelradioaktiven Abfälle ansehen. Das dient allein zur Arbeitsstrukturierung. Punkt 2: Herr Müller hatte erläutert, wie das - der Vorschlag für das Arbeitsprogramm zustande kam und das hier eine Lernphase sozusagen vorgeschaltet werden soll. Das hab ich jetzt auch näher verstanden, wie das gemeint war. Das Arbeitsprogramm beinhaltete für heute eine Diskussion über das Leitbild und beim nächsten Mal die Verabschiedung des Leitbildes. Ich hoffe, dass wir das schnell zustandebringen; - ich weiß nicht: Wer macht den Vorschlag dazu, für eine schriftliche Fassung? - der kommt also bis zum nächsten Mal von Ihnen? (Die beiden Vorsitzenden nicken.) Okay! - In den nächsten Tagen? - Gut! Dann Punkt 3: Wir haben - und hier möchte ich an die Ausführungen von Herrn Jäger anschließen - wir haben den § 4 Abs. 2 im Standortauswahlgesetz: „Die Kommission soll Vorschläge erarbeiten zur Beurteilung und Entscheidung der Frage, ob anstelle einer unverzüglichen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen andere Möglichkeiten für eine geordnete Entsorgung dieser Abfälle wissenschaftlich untersucht, und bis zum Abschluss der Untersuchungen die Abfälle in oberirdischen Zwischenlagern aufbewahrt werden sollen.“ Diese Grundsatzdiskussion, die müssen wir mit als erstes führen. Das ist auch in dem Vorschlag hier von Herrn Jäger und Herrn Fischer mit als Querbalken enthalten. Denn je nach dem, was da raus kommt, entscheidet sich, welcher Pfad wir hier weiter, welchen Pfad wir hier weiter vertiefen müssen. Das müssen wir mit am Anfang machen und das sollten wir auch noch irgendwo in das Jahr 2014 reinbringen. Dann die Diskussion zum AKEnd, das ist mein Punkt 4. Der AKEnd besteht für mich im Wesentlichen aus zwei Teilen. Einmal Beschäftigung mit dem Verfahren, welches das geeignete Verfahren ist, einen Standort zu finden. Und Punkt 2 die Kriterien, die wissenschaftlich... die geologisch und technischen Kriterien. Beides sollten wir hier relativ früh andiskutieren, so wie das an, also auf jeden Fall im Jahre 2014 noch. Und dann aber relativ schnell in die Arbeitsgruppen gehen, weil das kann man in meinen Augen nur vertieft in den Arbeitsgruppen diskutieren. Nächster Punkt zum Arbeitsprogramm noch, das betrifft die Arbeitsgruppen. Sie haben

Vorschläge für fünf Arbeitsgruppen gemacht - wir hatten uns hier auch schon mal kurz vorher unter einigen Wissenschaftlern besprochen - wir halten es an sich für sinnvoll, wenn die Arbeitsgruppen 1 und 5 zusammengefasst werden, denn der gesellschaftliche Dialog und die Erfahrungen von Asse und Gorleben, die gehören für mich irgendwie zusammen. Also Zusammenfassung der Arbeitsgruppen 1 und 5. Und dann sollten auch die Arbeitsgruppen 3 und 4 zusammengefasst werden. Die Arbeitsgruppe 2 „Evaluation“ soll so bestehen bleiben. Ich weiß nicht, ob wir das jetzt diskutieren, oder später beim Tagesordnungspunkt „Arbeitsgruppen“.

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kudla, es ist gut, dass sie's schon ansprechen. Aber wir entscheiden's dann später. Aber es ist schon mal gut, dass jeder allgemein das sagt, was er sagen möchte.“

Herr Kudla:

„Dankeschön.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Wenzel.“

Herr Wenzel:

„Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich wollte einmal grundsätzlich sagen, dass ich den Vorschlag für das zweite Halbjahr 2014 im Kern zielführend finde. Die Frage, ob jetzt der eine Punkt einen Monat früher oder einen Monat später dran ist, finde ich nicht so entscheidend, aber wir haben wichtige Punkte drauf. Beim Thema ENTRIA, Herr Kudla, kriegen wir genau die Frage, die Sie angesprochen haben, die Frage: Tiefenlagerung mit Rückholung, Tiefenlagerung ohne Rückholung, oder oberflächennahe Lagerung. Das ist ja genau das Forschungsdesign von ENTRIA, wo die sozusagen auf ihrer ersten Seite, auf ihrer Webseite sagen, das ist unser Ziel, diese Fragen nochmal sehr grundsätzlich zu klären. Daneben - das wäre meine einzige Ergänzung - sollten wir uns aber auch das KIT [Karlsruher Institut für Technologie], das KIT bitten, den Entwurf des Forschungsplans für die nächsten fünf Jahre vorzustellen. Das müssen wir wissen, um auch zu sehen, wie passt das zusammen, was plant man eigentlich dort im Forschungsbereich, geht man wirklich an die Fragen ran, die wir auch geklärt wissen wollen, oder bleibt man in den alten Spuren. Und von daher würde ich hier diese eine Ergänzung vorsehen. Mit Frau Wanka haben wir dann sowieso eine Ressortchefin, die einen Großteil der Forschungsmittel mit verantwortet. Das ist meine Anmerkung dazu. Und zu der Sitzung mit internationalen Erfahrungen, hätte ich gerne einen groben Überblick über alles das, was international passiert, und das würde ich dann nutzen, um dann zu entscheiden, was gucken wir uns genauer an, oder was holen wir

uns hier rein an Sachverstand, indem wir die Experten aus den Ländern einladen und das eine oder andere werden wir uns genauer angucken, das eine oder andere werden wir uns dann vielleicht nur cursorisch angucken. Das können wir danach entscheiden.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Wenzel. Herr Sommer, bitte.“

Herr Sommer:

„Ja, für das Wortprotokoll: Seufzer, Riesenseufzer. Wir haben soviel Themen zu besprechen, und ich würde wirklich gerne endlich mal irgendwann damit anfangen können, und ich muss für meinen Teil gestehen, dass ich bestimmte Debatten hier in diesem Kreise nur noch sehr, sehr schwer ertragen kann, weil wir immer noch nicht aus den ganzen Formalien raus sind. Ich bin gerne bereit, mich da heute mit zu engagieren, dass wir das schaffen und dass wir jetzt bald, bald, bald in inhaltliche Debatten einsteigen können. Ich fand es deshalb auch schade, dass wir vorhin natürlich, als die Frau Bundesministerin da war, nicht so richtig in die Diskussion kommen konnten, sondern das mehr so eine Fragestunde wurde. Liegt einfach auch am großen Kreis. Mich hat allerdings eine Sache erschreckt, und deshalb muss ich das noch zu Protokoll geben: Ich teile ausdrücklich nicht die von der Frau Bundesministerin gerade geäußerte Struktur des Prozesses, den sie so sieht: die Kommission entwickelt die Kriterien, die Politik sucht sich darauf auf dieser Basis einen Standort aus, und dann exekutieren wir das durch und da gehört dann auch ein bisschen Bürgerbeteiligung dazu. Die Bürgerbeteiligung fängt für mich auch nicht mit dem Ende der Kommissionsarbeit an, sondern jetzt, spätestens jetzt, und auch bei der Diskussion der Kriterien brauchen wir bereits eine breite Bürgerbeteiligung. Ich denke, das ist eigentlich auch im Gesetz so vorgesehen und Grundlage unseres Arbeitsauftrages und deshalb fand ich das gerade - muss ich wirklich sagen - bisschen erschreckend diese Einschätzung. Ich hätte ihr das gerne selber noch gesagt, die Möglichkeit bestand nicht dazu. Ich möchte mich, um etwas abzukürzen, ganz dezidiert dafür aussprechen, als Basis unserer Debatte heute den Vorschlag der beiden Kommissionsvorsitzenden zu nehmen, weil ich vor allen Dingen sehr charmant finde, wie sie damit umgegangen sind, dass wir viele der Diskussionen, die wir führen werden, noch gar nicht abschätzen können in ihrer zeitlichen und auch ihrer inhaltlichen Dimension und Sprengkraft, und deshalb finde ich die grobe Definition zweier Phasen mit diesem Inhalt und die Hinarbeitung auf verschiedene Pfade sehr sehr spannend, sehr richtig und sehr wichtig. Wir haben einige Ergänzungsvorschläge gehört, über die können wir dann noch sprechen, aber ich plädiere entschieden dafür, diesen Vorschlag als Grundlage zu nehmen, und relativ zügig dann auch für 2014 Nägel mit Köpfen zu machen, damit wir dann spätestens das nächste Mal inhaltlich einsteigen können. Ich teile den Vorschlag des Kollegen Brunsmeier, die Evaluation so früh wie möglich zu machen und noch einmal zu prüfen, ob man die nicht drehen kann in der Tagesordnung. So oder so ist es aber wichtig, dass wir dieses Jahr damit anfangen, und das ist ja auch in dem Vorschlag so vorgesehen. Vielen Dank.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Sommer. Jetzt, Herr Habeck, bitte.“

Herr Habeck:

„Ja, vielen Dank. Zwei Punkte, der eine ist ganz klein, eher zu merken, oder als Wunsch. Wir haben, wenn wir das europäische Ausland betrachten, ja immer die Länder im Blick, die bisschen weiter sind als wir, also Schweden, Finnland, Frankreich, Schweiz. Mich würde genauso interessieren, was in den Ländern um uns herum ist, die ähnliche Probleme haben, und wie da die Diskussion geführt wird, also Belgien, Niederlande, Slowenien etc. Ich weiß nicht, wie weit man gehen muss, aber - muss man ja jetzt auch nicht hinfahren, gibt ja auch nichts anzugucken, aber das würde mich schon, wenn's mal Luft in der Tagesordnung gibt, interessieren, dass wir das aufgreifen. Möglicherweise haben wir dann ein Endlager und stellen fest, dass hier um uns herum noch vier andere sind, die das gleich nur anders machen, das fände ich ne spannende ..., also jedenfalls zu wissen, fände ich das spannend. Der zweite Punkt betrifft Rückholbarkeit, und alle anderen Fragen, die damit zusammenhängen. Ich finde es richtig und in Ordnung, das mit der ENTRIA-Diskussion zu verbinden, da kann man gut anfangen damit. Ich glaube aber, dass wir Rückholbarkeit vor allem, aber auch andere Fragen früh aufwerfen sollten und diskutieren, weil - und das ist eine Frage an die Kommissionsvorsitz - doch absehbar da Widersprüche entstehen können. Wir haben einerseits all die gesellschaftlichen Fragen, und danach gibt es die tech-, oder daneben gibt es die technischen Fragen. Und jedenfalls mit ein bisschen Phantasie kann man sich am Ende vorstellen, dass die sich widersprechen. Ich nehm' mal Rückholbarkeit raus, das ist ja da für jeden greifbar, aber bei der Castorenfrage, die wir ja noch, also die Sellafeld-Castoren, Herr Kollege Huber, haben wir uns immer mit Bayern auseinandergesetzt. Die Bayern haben immer gesagt: ‚Der Transportweg nach Bayern ist zu lang‘. Was ist - will jetzt nicht meine Meinung, ausdrücklich nicht - aber was ist, wenn das auf einmal ein Kriterium ist, und wir zu einem Schluss kommen, wir brauchen zwei oder drei Zwischenlager, weil es unmöglich ist, 800 Kilometer die Dinger aus Bayern rauszutransportieren, Herr Huber. Wie - das ist nur sozusagen ein Bild, um zu zeigen, am Ende kann es eine gesellschaftliche Debatte geben, die sich beißt, oder widerspricht mit den technischen Kriterien. Und deswegen, die Pfade, das finde ich gut, auch diese Diskussion offenzuhalten, man sieht dann, wie wir uns im Lernprozess voranbewegen können jedenfalls, aber wann, Frau Heinen-Esser, Herr Müller, wann führen wir die Fragen zusammen? Man muss es nicht jetzt machen, bei der nächsten Sitzung ne Abstimmung: Sind wir für Rückholbarkeit oder nicht?, dann ist es geklärt und weiter, aber irgendwann muss es entschieden werden. (...) Und ich glaube, es reicht nicht, wenn wir am Ende aus der Kommission gehen und sagen: ‚Hier sind – also denkmöglich sind 7 Pfade, und die kann man dreimal miteinander kombinieren, und 21 Endlageroptionen sind möglich in Deutschland‘. Das wäre interessant, aber sicherlich nicht ausreichend. Deswegen: Wann, wann ist der Punkt, wo man das zur Entscheidung zwingt? Und vor allem, das man sich klar wird darüber: Bricht das gesellschaftliche Kriterium das technische? Sind wir sozusagen bereit, vielleicht Sicherheit

gegen Akzeptanz auszuspielen, oder nicht? Das treibt mich um, und ich würde gern... Der dritte Punkt fehlt mir einfach: Wann ist sozusagen der Moment, dass wir solche Sachen versuchen zu klären und aufrichtig zu entscheiden. Aber für das Arbeitsprogramm jetzt ist es soweit in Ordnung. Und ich hoffe, dass die anderen Punkte, die von Herrn Brunsmeier und Herrn Sommer angemerkt wurden, da sich einpflegen lassen. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir so starten, aber das Ende weiß ich noch nicht.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön, Herr Habeck. Herr Miersch bitte“

Herr Miersch:

„Ich kann da nahtlos anschließen. Ich glaube, wir sind uns weitgehend einig, dass diese erste Arbeitsphase zutreffend von den Vorsitzenden beschrieben worden ist, das Zweite, und das erscheint mir das Wichtige, da hat, finde ich, Herr Ott noch mal sehr darauf hingewiesen, dass wir die Arbeit der Kommission so strukturieren müssen, dass es tatsächlich sichtbar wird, dass es einen offenen Lernprozess gibt. Das heißt also wirklich: Eingeschlagene Wege sonst in Kommissionsarbeiten verlassen, und da ist dieses Pfadmodell nach meiner Auffassung wirklich eins, was wir unbedingt versuchen müssen. Für mich hat der 18. Januar dann eine ganz wichtige Bedeutung, wenn wir die erste Phase abgeschlossen haben und gucken: Was haben wir aufgenommen. Im übrigen will ich das noch mal betonen: Für mich ist das, was der Kollege Wenzel gesagt hat – im internationalen Vergleich verstehe ich so, dass wir auch etwas über Slowenien etc. hören und nicht nur über die Länder, die da jetzt schon explizit genannt worden sind. Ich möchte auch dann erst nach dieser Anhörung über diese Fahrten entscheiden, dass man wirklich sieht was lohnt sich und was lohnt sich nicht. Aber der 18. Januar, oder der 19. Januar ist das Entscheidende, weil ich glaube, dass wir dort vielleicht auch noch einmal Korrekturen vornehmen müssen mit der Schwerpunktsetzung der einzelnen Arbeitsgruppen etc. Das glaube ich ist notwendig, und ich maße mir auch nicht an, und da habe ich auch noch keine Antwort, Herr Habeck, wenn Sie sagen, irgendwann müssen wir es entscheiden, da bin ich voll bei ihnen, aber es kann so sein, dass unser Prozess so gestaltet ist, dass wir selbst nach Phase 2 noch mal wieder aufrufen müssen, dass das, was wir vielleicht vorher zur Seite gelegt haben dann doch wieder eine Relevanz entfaltet. Die Freiheit, in dieser Arbeitsweise, müssen wir, glaube ich, uns geben, das ist tatsächlich etwas Neues und wir wissen nicht, wo wir dann am Ende landen. Dass wir irgendwo landen müssen, ist klar, und deswegen, Herr Sommer, will ich das noch einmal – ich glaube, es ist missverstanden worden, was die Ministerin eben gesagt hat. Sie hat ganz bewusst ja davon gesprochen, dass diese Kommission keine Denkverbote haben soll. Und ich glaube, daran kann man anknüpfen. Und insofern muss sich das immer wieder auch in unserem Arbeitsprogramm widerspiegeln, dass wir wieder hinterfragen und dass wir gegebenenfalls auch noch mal einen neuen Pfad aufmachen. Aber die Vorstrukturierung gerade in der ersten Arbeitsphase ist wichtig. Mir wäre auch nochmal sehr wichtig, dass wir das Argument von Herrn Brunsmeier,

Stichwort Evaluierung, da hat Herr Müller eben schon gesagt, dass es bestimmte Zwänge gibt, auch in der Terminplanung. Ich möchte nur nicht, dass wir jetzt, dadurch dass die Evaluierung jetzt erst im Dezember ist, dass wir dort hervorrufen, irgendeine Bösgläubigkeit etc., sondern dass man es noch mal sachlich tatsächlich darlegt, warum die Evaluierung tatsächlich im Dezember und nicht im November stattfindet. Oder ob man es ändert, ich habe es so verstanden, der BUND würde es sehr gerne sehen, dass wir das noch vor AkEnd, noch vor internationale Erfahrung setzen, auf der anderen Seite werden wir, auch die Gruppen, die wir da beteiligen wollen, denen müssen wir eine Möglichkeit geben, dass sie sich ausreichend vorbereiten können. Insofern spricht möglicherweise auch einiges vom Dezember, aber ich möchte, weil ich das merke, dass das wohl eine sehr wichtige Frage wohl auch des BUND ist, möchte hier dann wirklich eine einvernehmliche Lösung, das wäre mir jedenfalls sehr wichtig. Nicht, dass wir da in irgendeiner Form jetzt etwas durchsetzen und durchstimmen müssen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kleemann bitte.“

Herr Kleemann:

„Ja, ich würde gerne das aufgreifen und noch mal über die Reihenfolge reden wollen; wir haben ja heute morgen einige Beiträge gehabt, die in die Richtung gingen, dass AkEnd Erfahrungen sehr wichtig sind für den Prozess. Also ich würde vorschlagen: Am 3. November das Thema AkEnd auf die Tagesordnung zu setzen und dann also wirklich erst mal zu hören, was ist denn damals erarbeitet worden von den verschiedenen Fachleuten, wie waren die Erfahrungen, einfach auch um eine Grundlage zu haben für die Anhörung der internationalen Erfahrungen. Ich denke, es ist unerlässlich, diese Vorinformationen zu haben, um beurteilen zu können, wie sind die internationalen Erfahrungen zu bewerten. Und auch die richtigen Fragen stellen zu können. Das wäre vom Ablauf her der richtige Weg. Und dann kommt noch hinzu, dass auch die Anhörungen ja vorbereitet werden müssen. Wenn man wirklich hier aus dem internationalen Bereich Fachleute haben will, muss das einen gewissen Vorlauf haben, und wir sollten uns natürlich auch hier abstimmen über die Liste der Experten, die dort eingeladen werden, damit wir uns da nicht hinterher wieder der Kritik aussetzen. Also mein Vorschlag geht dann auch in die Richtung, dass wir bis zum 22., also zur nächsten Sitzung, einen Vorschlag bekommen, wie denn eine solche Anhörung gestaltet wird, auch die Anhörung zur Evaluation, welche Fachleute da gehört werden sollen, damit wir auch hier in der Kommission darüber beraten können. Und dann wäre es aus meiner Sicht eigentlich schon egal, ob man jetzt im Dezember die Evaluation macht und im Januar dann die internationalen Erfahrungen, aber vom Ablauf her wäre das glaub ich der ökonomischere Ansatz, also ich würde das dann gerne auch hinterher zum Antrag erheben, falls es notwendig ist, aber vielleicht lässt sich darüber ja auch Konsens erzeugen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Kleemann. Damit ist jetzt, ich habe keine weiteren Wortmeldungen, - Herr Zdebel noch -, aber danach ist die allgemeine Aussprache beendet, weil wir dann an das Konkrete gehen, was wir wie wann machen, und das besprechen. Ja? Bitte, Herr Zdebel.“

Herr Zdebel:

„Danke, Frau Vorsitzende. Ich würde mich auch noch einmal sehr stark für den Gedanken des BUND aussprechen wollen. Also quasi die Evaluierung des Gesetzes sehr sehr nach vorne zu ziehen, weil das war glaube ich auch eines der Ergebnisse der ganzen Debatte, die wir in den ganzen Fraktionen gehabt haben. Wo es noch die Berichterstatte Gespräche gab im Vorfeld des Beschlusses, den damals ja der Bundestag getroffen hat, wo der Gedanke der Evaluierung eben auch vor dem Hintergrund der auftretenden Probleme und Auseinandersetzungen über das Standortauswahlgesetz immer sehr sehr stark im Mittelpunkt stand. Sie können sich erinnern, dass es damals auch Schwierigkeiten gab, gerade auch in den Naturschutz- und Umweltverbänden, überhaupt adäquate Vertreterinnen und Vertreter für die Kommission zu finden, weil gerade auch in der Anti-AKW-Bewegung sehr starke Widerstände gegen das Standortauswahlgesetz vorhanden waren, und wenn jetzt der fatale Eindruck entsteht in der Öffentlichkeit, gerade auch vor Ort in den Initiativen, dass da die Evaluierung dieses Gesetzes auf die lange Bank geschoben würde, dann wird das sicherlich nicht unbedingt viel mehr zum Vertrauen in die Arbeit dieser Kommission beitragen. Das möchte ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich betonen. Deswegen wäre auch unser Interesse als linke Fraktion, die Evaluierung des Gesetzes sehr sehr an den Anfang der Arbeit zu stellen. Ansonsten könnte ich mit der Reihenfolge so leben, ich glaube aber auch, dass es Sinn macht, über die Ergebnisse des AkEnd vorher zu diskutieren, bevor wir über die internationalen Erfahrung reden, weil dann hat man zumindest eine Grundlage, was dort schon einmal erarbeitet worden ist, und könnte das dann abgleichen mit dem, was in anderen Ländern bisher schon erarbeitet worden ist oder wie dort gearbeitet wird. Möglicherweise auch andere Gedanken dazu bekommen. Und last not but not least die Frage was die Rückholbarkeit des Atommülls angeht: Also ich glaube, das ist eine Schlüsselfrage, da stimme ich ausdrücklich Herrn Wenzel auch zu, quasi die ENTRIA-Debatte auch führen zu müssen, das ist mir gerade auch noch einmal deutlich geworden bei den Worten von Frau Ministerin Hendriks, die ja dann davon sprach: Was ist eigentlich dann mit der Überwachung des Atommülls? Kann man das sinnvoller Weise dann den verantwortlichen Konzernen eigentlich überhaupt noch überlassen? Wir haben doch im selben Moment eine ganz andere Debatte darüber, wenn wir über Rückholbarkeit von Atommüll diskutieren. Egal, ob hoch- oder mittel- oder schwach radioaktiv. Weil, das würde dann ja die Frage immer wieder aufkommen lassen: Muss der Atommüll nicht irgendwann später wieder irgendwie anders gelagert werden? Was aus meinen Augen sehr viel Sinn machen würde diese Debatte zu führen, weil wir diskutieren im Moment über den Stand der Technik, den wir zum jetzigen Zeitpunkt haben, aber der Atommüll wird ja noch einige Jahre länger strahlen, möglicherweise kommen dann ganz neue wissenschaftliche Erkenntnisse auf uns zu, die es dann

sinnvoll erscheinen lassen, ihn rückholbar zu machen. Also das ist zumindest meine Denkart darüber. Wenn ich mir überlege, dass wir wahrscheinlich alle schon längst nicht mehr leben werden, wenn der Atommüll immer noch weiter strahlt, um es mal vorsichtig auszudrücken. Und in sofern ist dieser Gedanke auch sehr charmant, aber es hat natürlich dann auch kostenrelevante Hintergründe, was die Haftung des Staates angeht, bzw. nach dem Verursacherprinzip, was die Konzerne in der ganzen Zeit angerichtet haben. Und das muss man dann alles auch, glaube ich, im Zusammenhang dort auch noch mal neu diskutieren.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön Herr Zdebel. Damit beschließe ich jetzt die allgemeine Aussprache und möchte Ihnen kurz vorschlagen wie wir jetzt weiter verfahren, zur Planung hier. Wir haben als Erstes, wenn Sie sich auch bitte das Arbeitsprogramm noch mal vornehmen, die Frage noch mal explizit hier zu klären, hochradioaktiv und wie auch immer, Einbeziehung schwacher und mittlerer Abfälle. Die Frage, die von Herrn Untersteller aufgeworfen ist oder die Anmerkung von Herrn Untersteller, auch die Anmerkung von Herr Kudla vorhin in der Diskussion, sie ist weitestgehend in der Frage Arbeitsauftrag und Entschließung des Bundestages beantwortet, wo steht, dass wir uns insbesondere um hochradioaktive Abfälle zu kümmern haben. Und das heißt, dass wir als erstes uns mal um die hochradioaktiven Abfälle kümmern. Wenn dann im Zuge aller Beratung, auch in den Arbeitsgruppen, die weiteren Abfälle eine Rolle spielen, kann man sich natürlich auch damit befassen. Aber unsere allererste und vornehmste Aufgabe ist schon, dass wir uns um den hochradioaktiven Abfall kümmern müssen. Ist das hier konsensfähig? Herr Duin? Herr Wenzel?“

Herr Duin:

„Ihre Interpretation ist nicht ganz deckungsgleich mit der, die ich habe, für das Wort „insbesondere“. Ich hab' Sie jetzt eher so verstanden, dass Sie sagen, „insbesondere“ heißt eigentlich zu, möglicherweise übertreibe ich jetzt, zu 99% geht es um das Thema „hochradioaktiv“ und wenn wir dann noch Zeit haben, was ja ohnehin schon in Frage gestellt ist, dann kümmern wir uns noch um das Andere. Ich hab' das „insbesondere“ auch in der Werdung dieses Gesetzestextes oder dieses Textes dann in dem Entschließungsantrag des deutschen Bundestags anders verstanden, nämlich, dass natürlich das Zentrale die Frage der Verbringung des Hochradioaktiven ist. Aber dass man eben das Andere eben nicht nur ganz am Rande betrachtet, sondern dass man das in Diskussion absolut mit einbezieht und so hab ich auch die Vorlage von Ihnen beiden verstanden. Weil da waren ja diese offenen Punkte, dass man das noch mal zuordnen muss, aber dass man es eben nicht ausblendet. Und wenn ich vorhin die auch klärenden Worte der verschiedenen Redner richtig verstanden habe, sah ich da gar nicht so einen großen Konflikt. Wir haben vorhin noch mal gehört von der Ministerin, dass auch das, das die Kapazität von Konrad begrenzt ist. Also als sie über Asse gesprochen hat. Und das ist eine nicht direkt vergleichbare aber vom Grundsatz her schon die gleiche Frage wie

eben mit der Frage Zwischenlager umzugehen ist, wie mit Kugeln umzugehen ist, wie mit Gronau umzugehen ist und so weiter. Also das sollte uns durchaus Mühe wert sein und nicht nur das letzte Prozent, wenn noch Zeit ist beinhalten.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Herr Duin. Dann war das das „Cross“, wenn ich das salopp sagen darf, von mir rüber gekommen, aber ich glaube wir sind uns da schon relativ nah. Herr Wenzel bitte.“

Herr Wenzel:

„Ja, unstrittig insofern als wir über diesen Begriff, glaube ich, „insbesondere hochradioaktiv“ die Vorlage ja auch im Gesetz haben. Wo mir aber wichtig ist, dass uns das bewusst ist, dass wir damit, dass wir in den gesamten bundesdeutschen Debatten bisher nicht über die Urantails gesprochen haben, also die Reste aus der, aus der Urananreicherung. Wir haben nicht über den toriumhaltigen Müll und den graphithaltigen Müll und noch einige weitere Abfallkategorien gesprochen. Auch der Asse-Müll spielt da 'ne Rolle. Und da werden wir uns unweigerlich mit beschäftigen müssen. Dazu kommt, dass wir in Deutschland 'ne Abfallklassifizierung haben, die es sonst nirgends in der Welt gibt. Meines Erachtens muss man das auflösen. Das ist 'ne Klassifizierung, die ist mal entstanden, weil man sich auf Salz festgelegt hat. Und das war eine exklusiv auf Salz ausgerichtete Definition. Und Herr Thomaske, auch wenn Sie jetzt den Kopf schütteln, so ist es im Kern gewesen und ich glaube wir brauchen 'ne Klassifizierung von Atommüll, die auch internationalen Maßstäben gerecht wird. Und an der Stelle ist 'ne Riesenbaustelle. Das gilt auch für die Frage der Konditionierung, auch die Frage in welcher Form Abfall konditioniert ist und in welcher Form er vorliegt, muss Bestandteil einer vernünftigen Abfallbilanz sein, bis hin zu der Frage, welche Nuklide hab' ich dort eigentlich. Mit was für Nukliden hab ich's überhaupt zu tun. Wir haben bei der ganzen Asse-Debatte gemerkt, dass wir zum Teil Fässer kriegen, wo nichts anderes deklariert ist, als das, was sozusagen außen gemessen wurde. Und was dann darin war, das stand auf einem völlig anderen Blatt und schafft jetzt möglicherweise schwierige Situationen und gefährliche Situationen für diejenigen, die das wieder zurückholen müssen. Und von daher müssen wir auch die Definition von Konditionierung ganz klar hier mitdiskutieren und das muss Teil einer künftigen Abfallbilanz sein.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Brunsmeier bitte.“

Herr Brunsmeier:

„Ja, ich kann mich da nahtlos meinen beiden Vorrednern anschließen. Und das kann man ja auch ganz einfach, wie wir das immer gemacht haben, zusammenfassen: Der ganze Atommüll muss auf den Tisch. Und „insbesondere“, ne, ist der Punkt hier, aber das heißt, dass der gesamte Atommüll einer entsprechenden, ich sag mal Betrachtung zugeführt werden muss. Und das führt jetzt auch wieder zurück zum Standortauswahlgesetz und zur Evaluierung, denn ich denke diese Konkretisierung, wie es jetzt gerade eingeleitet wurde von den beiden Vorrednern, das muss sich in einer Weiterentwicklung des Gesetzes dann auch wieder finden. Deswegen auch noch mal mein Petitum dafür, dass möglichst früh anzupacken, damit hier an den Stellen sozusagen das weiterentwickelt werden kann.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Brunsmeier. Herr Kanitz.“

Herr Kanitz:

„Also wir hatten ja zwei Vertreter der Bundesregierung, zum einen Altmaier als auch Frau Hendricks, die relativ klar gesagt haben was das Gesetz gewollt hat, nämlich die Beschränkung auf hochradioaktive Abfälle. Dann gibt es einen Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion, in dem wir klar gesagt haben, darüber hinaus kann es aber Rückkopplungsprozesse geben, die notwendig sind, die wir auch in der Kommission behandeln. Nur, wir sind uns glaube ich einig, wenn wir sagen alle Abfälle müssen auf den Tisch, das ist völlig richtig. Wir haben zwei Themen, die sozusagen damit eng einhergehen. Das eine ist die Abfallbilanz, die uns in diesem Jahr ja noch vorgelegt wird und das zweite, das ist auch gerade von der Ministerin klar dargestellt worden, ist das nationale Entsorgungsprogramm, das diese Frage auch noch mal behandeln soll. Das wird aber erst im nächsten Jahr der Fall sein. Insofern würde ich schon für die Definition klar plädieren zu sagen Schwerpunkt muss auf den hochradioaktiven Abfällen liegen. Wir haben beim letzten Mal besprochen, dass wir darüber hinaus offene Fragen definieren wollen, in dieser Arbeit der Kommission. Und eine dieser offenen Fragen ist genau das, nämlich wir gehen wir eigentlich mit dem Thema der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle um. Kann aber glaube ich zum jetzigen Zeitpunkt, was nicht heißt, wenn wir in fünf Monaten merken, dass muss sozusagen Schwerpunkt werden, kann aber in der Definition jetzt, wie wollen wir eigentlich vorgehen, nicht zum Schwerpunkt der Arbeit gemacht werden. Ich glaube das wäre gut und darauf könnten wir uns meine ich auch verständigen.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl bitte.“

Frau Kotting-Uhl:

„Ich will noch mal in Erinnerung rufen worauf sich das Wort „insbesondere“ im Gesetz bezieht und worauf nicht. Es heißt nämlich nicht wir kümmern uns insbesondere um hochradioaktive Abfälle, sondern es heißt, dass wir ein Verfahren entwickeln wollen für die im Inland verursachten, insbesondere hochradioaktiven, Abfälle. Das heißt, im Gesetz, in diesem Gesetz, steht ganz klar, wir suchen einen Standort, bzw. wir entwickeln ein Verfahren für die Suche eines Standorts. In den kommen die hochradioaktiven Abfälle und evtl. auch noch etwas anderes. Das heißt, das ist eine ganz andere Frage als die, die Herr Brunsmeier und andere jetzt aufgeworfen haben und die ja auch schon die ganze Zeit im Raum steht: Wollen wir uns denn auch um die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle und deren Endlagerung, bzw. das Verfahren, was da zur Standortfindung führt, kümmern. Das könnten wir machen wenn wir in der Evaluierung des Gesetzes das aufmachen und sagen ja, wir wollen uns um die ganzen Abfälle kümmern. Das steht bisher aber, will ich noch einmal sagen, nicht im Gesetz, sondern die Aussage ist ziemlich klar. Was wir natürlich wissen müssen ist, was meint dieses „insbesondere“. Also welche Abfälle sind nicht hochradioaktiv und sollen aber vielleicht doch in dieses Endlager. Also dazu brauchen wir die Abfallbilanz, dafür müssen wir auch wissen, vom Bundesumweltministerium, was ist denn mit diesen Abfällen geplant. Also nicht wir müssen hier ein Konzept für alles entwickeln, sondern das Bundesumweltministerium muss uns mal vorlegen, wie eigentlich die Konzeption ist, mit welchen Abfällen soll wie umgegangen werden. Die müssen uns eigentlich sagen, welche Abfälle hier, also die meisten von uns ahnen das oder wissen das, welche Abfälle hier eigentlich noch so im Raum schweben, die dann vielleicht in dieses Endlager mit rein müssen. Und das hat natürlich mit der Konzeption nachher zu tun, die ja für uns die Grundlage dafür ist, wie das Verfahren gestaltet sein soll. Aber noch mal: Wenn wir wollen, das wir uns auch um alle Abfälle, wie Sie es sagen „alle Abfälle müssen auf den Tisch dieser Kommission“, dann müssen wir an der Stelle auch das Gesetz verändern.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Thomauske bitte.“

Herr Thomauske:

„Ich wollte noch mal auf die Frage der Besonderheit der wärme entwickelnden Abfälle eingehen. Die Wärme entwickelnden Abfälle sind der entscheidende Unterschied zum Endlager beispielsweise für chemotoxische Abfälle. Das was hier mit den radioaktiven Abfällen einbringt, führt zu Problemen deswegen, weil sie wärme entwickelnd sind, weil die Materialien sich unter Wärme ausdehnen, weil dies potentiell zu Rissen führen kann, und nur dies der Weg ist, wie dann Wasser an die Abfälle herantreten kann. Und insofern kommt dem Gesichtspunkt der Wärmeentwicklung eine hohe Bedeutung bei. Die zweite Frage, die vernachlässigbar wärmeentwickelnde Abfälle - egal ob wir jetzt über Urantails oder Abfälle aus der Asse oder sonst was reden - sind in einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ein Störfaktor

und werden nie in dem Endlager unmittelbar eingebracht werden können, sondern immer in einem separaten Bereich also quasi an einem Standort gedanklich ein Zwei-Endlager-Konzept, weil aufgrund der Gasentwicklung die damit verbunden ist, man Hohlräume schaffen muss und genau Hohlräume will man in einem Endlager für hochradioaktive Abfälle nicht haben. Das ist der Grund weswegen man sich natürlich fragen kann ob man tolerieren kann, einige wenige Abfälle noch in so einem Endlager mit einzubringen, aber dem Grunde nach ist es ein Störfaktor. Und die Herausforderung liegt bei den hochradioaktiven, bei den wärmeentwickelnden Abfällen. Das vernachlässigbar wärmeentwickelnde Abfälle einbaubar sind das hat das Verfahren Konrad gezeigt. Da haben wir nur nicht die technologische Herausforderung. Die technologische Herausforderung haben wir – lass jetzt mal die Akzeptanzgesichtspunkte weg - bei den wärmeentwickelnden Abfällen. Und deswegen glaub ich sind wir gut beraten, wenn wir den Fokus auf die wärmeentwickelnden Abfälle legen und dann sehen, wenn eine Entsorgungskonzept der Bundesregierung irgendwann mal vorliegen sollte, wie wir damit umgehen.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön Herr Tomauske, Herr Miersch bitte:“

Herr Miersch:

„Es ist immer so eine Sache wenn dann die, die den Text geschrieben haben hier auch noch in diesem Gremium sitzen. Also ich weiß noch wie es zu diesem insbesondere gekommen ist und würde hier durchaus jetzt nicht den Kolleginnen und Kollegen widersprechen wollen, aber ich hab es zumindest so verstanden wie der Kollege Duin und der Kollege Wenzel und Herr Brunsmeier es gesagt haben, also durchaus eine Schwerpunktsetzung aber alles muss auf den Tisch. Und deswegen die Frage ob wir uns, wir sind ja im Moment nur beim Arbeitsprogramm, Sylvia, insofern würde ich mir vorstellen können, dass wir erstens diese sonstige Liste, da ist das ja ausdrücklich erwähnt, so das wir das nicht vergessen. Ich würde aber darum bitten, dass wir uns verständigen, dass bei der Anhörung Abfallbilanz auf alle Fälle diese breite Betrachtungsweise auf alle Fälle eine Rolle spielt und dann wieder offener Lernprozess kann es sein, dass wir irgendwann zu den Thomauske-Überlegungen kommen, oder dass man auch sagt, wir haben wieder ganz andere Erkenntnisse bekommen, aber ich glaube so können wir erst mal starten dann um allen gerecht zu werden. Okay.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Müller bitte:“

Herr Müller:

„Herr Kleemann, ich wollt nur noch mal sagen, die Reihenfolge ist nicht von ungefähr so gewählt worden, weil wir nämlich der Auffassung waren, da kann man natürlich anderer Meinung sein, so wie es hier auch diskutiert wurde, das als Voraussetzung für die Evaluierung die Abfallbilanz da sein soll. Das war unsere Einschätzung. Und daraus ergibt sich, dass die Evaluierung nach der Abfallbilanz kommt. Also auch damit das kein Missverständnis gibt. Und zweitens: Das Problem war mit dem Arbeitskreis END. Wir gehen davon aus, dass der Arbeitskreis END hier aus von Mitgliedern der Kommission vorbereitet wird also anders als bei Anhörungen und so. Und deshalb können wir da auch einen Tag wählen, ja wie in dem Fall den Samstag, aber am Samstag kann man beispielsweise keine Anhörung machen, das ist leider jetzt eher ein technisches Argument gebe ich zu, aber daraus entstand die Reihenfolge. So ganz falsch ist die also oder so ganz unüberlegt ist die also nicht. Und ich glaube auch nicht, das nachdem wir bei dem Start vor allem bürokratisch größere Schwierigkeiten als erwartet haben, dass hier irgendwo der Eindruck entsteht, dass muss man schon wirklich böse interpretieren, als ob man was wegdrücken wollte. Hier wird nichts weggedrückt.“

Frau Heinen-Esser:

„Besten Dank Herr Müller, Herr Brunsmeier noch mal dazu?“

Herr Brunsmeier:

„Ich würde gern noch mal konkret auf die beiden letzten Beiträge auch eingehen wollen. Also das Standort-Auswahlgesetz ist ja breit diskutiert worden und ich sag mal die Vorschläge zur Veränderung, oder auch die Kritik daran ist ja bekannt, d.h. also das liegt vor sozusagen was jetzt Kritik und Veränderungsbedarf betrifft liegt vor. Wir haben den Sorgenbericht vorliegen in Deutschland der also detailliert auflistet welche Abfallmengen und welche Abfallprobleme wir wo haben d.h. also auch, dass liegt vor. Und wir kommen immer wieder an den Punkt in der Diskussion hier, dass dann auch mal wieder quer auf das Gesetz verwiesen wird. Aus guten Gründen und aus vorliegenden Texten und nachvollziehbar. Aber das führt immer wieder dazu dass klar wird, dass diese vorliegenden Formulierungen evaluiert werden müssen weswegen, ich vollziehe das gerne nach, wies gerade vorgetragen wurde, es ist aus unserer Sicht aber wichtig, dass es jetzt vor diesen Fragen kommt, weil das was sie als Antwortgeber aufgeführt haben, liegt ja heutzutage schon vor. Deswegen noch mal meine herzliche Bitte und ich denke Herr Miersch hat es ja auch vorhin angesprochen uns wäre es schon sehr daran gelegen und ein wichtiger Punkt, dass wir am 22. sozusagen über die Struktur und den Inhalt der Anhörung diskutieren. Da würden wir auch ganz konkrete Vorschläge für vorlegen können und wollen. Und herzlich darum bitten, dass wir dann am 8. war das, am 8. November, dieser 3. Entschuldigung, ohne Brille kann ich das nicht mehr erkennen, also am 3. November wir diese Anhörung auch tatsächlich durchführen, das wäre noch mal die herzliche Bitte.“

6. Beratung und Beschlussfassung über die Sitzungsgestaltung 2014

Frau Heinen-Esser:

„So, danke Herr Brunsmeier, sie sind schon in dem Punkt drin, den ich jetzt als nächsten aufrufen wollte, nämlich die Sitzungsplanung.

Wir haben uns jetzt ausgetauscht darüber, wie der Gesetzestext zu verstehen ist. Ich verweise auch noch mal darauf, dass wir das Thema Abfallbilanz ja in einer der Sitzungen besprechen wollen. Vorher geht es nicht, weil das BMU vorher nicht fertig ist damit. Und ich finde, da muss man auch ein Stück weit Rücksicht nehmen. Ich hab hier ganz unterschiedliche Meinungen jetzt gehört zum Thema in welcher Reihenfolge welches Thema behandelt werden soll. Und deshalb bitte ich darum, dass wir uns jetzt auf einen gemeinsamen Weg verständigen. Wir hatten auf Wunsch einiger das Thema ENTRIA für die nächste Sitzung vorgesehen, weil es ein Thema ist was relativ gut vorzubereiten ist. Wir wollten Frau Wanka einladen, wir wollten Herrn Röhlig einladen als Vorsitzender von ENTRIA. Wir können gerne noch darauf eingehen dazu, Herr Wenzel, KIT anzuhören, also dass wir wirklich eine gemeinsame große Sitzung zu diesen Fragen haben, weil wir den Eindruck hatten, es drängt hier ein Stück weit die Zeit, Kommissionsarbeit und Forschungsvorhaben auch miteinander in entsprechenden Einklang zu bringen. Das war die Idee, die dahinter steckte, denn da kann es dann schon mal drauf ankommen, dass es um Wochen geht. Jetzt kommen wir dann zu den Sitzungen 3. November ich will nur erläutern, wir können gleich noch mal andere Vorschläge und das Selbstverständnis Leitbild. Jetzt kommen wir zur Sitzung 3. November, da hatten wir mit dem BMU besprochen, dass im Laufe des Oktobers die Abfallbilanz vorliegt.

Nach der Diskussion die wir gerade eben hatten scheint es ja nötig, dass wir uns auch zeitnah darüber unterhalten, auch dann, wenn es darum geht, dass was aus dem was das BMU uns dort vorstellt, es in die Arbeitsgruppe Evaluierung oder in die Anhörung, nee in die Arbeitsgruppe Evaluierung zu geben. Also auch hier ist es nötig meines Erachtens relativ zeitnah vorzugehen. Wir haben dann gesagt, wir nehmen am 3. November die Anhörung internationale Erfahrung, weil sie auch gut vorzubereiten ist. Wir wollten in dem Sinne vorgehen, dass wir einen globalen Überblick uns geben lassen und aufgrund der Erfahrungen aus dieser Anhörung dann entscheiden, mit welchen Ländern wir uns im Verlaufe der Arbeit intensiver befassen wollen. Schließlich hatten wir dann gesagt kommt die Evaluierung am 5. Dezember was auch passen würde zur Abfallbilanz beispielsweise hin, und dann am Schluss, dass sage ich noch mal, dass hat was mit der Technik zu tun, wir wollen den AKEnd intern vorbereiten erlassen und das geht eben an einem Samstag besser als eine Anhörung mit vielen anreisenden Experten auf einen Samstag zu legen. Das sind die Überlegungen die uns zu diesem Sitzungsplan geführt haben. Ich habe jetzt den Wunsch, den Herr Kleemann vorgetragen hat, den AKEnd vorzuziehen auf den 3. November, wenn ich das richtig mitbekommen habe, ich hab von Herrn Brunsmeier den Wunsch internationale Erfahrungen und Evaluierung auszutauschen. So und dass müssen wir jetzt mal diskutieren, wie wir es machen und uns dann konsensuell einigen. Also das ist doppelt gemoppelt. Also erstmal die nächste Sitzung.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kleemann bitte.“

Herr Kleemann:

„Darf ich nochmal für meinen Vorschlag werben? Und zwar aus einem, aus dem folgendem Grund: Ich halte es nicht für gut, wenn man am Samstag dann über AkEnd redet, wenn man am Tag vorher die Evaluierung vorgenommen hat. Ich glaube, dass gerade so eine zweitägige Veranstaltung eben davon lebt, dass man abends nochmal in kleineren Gruppen zusammensitzt, dass man sich austauscht in einer lockeren Atmosphäre und, dass man am nächsten Vormittag dann auch nochmal darüber diskutieren will. Also ich denke, wenn wir uns für eine Evaluierung im Dezember entscheiden, dann sollten wir uns auch wirklich diese zwei Tage Zeit nehmen, um eben auch ausreichend Zeit zur Diskussion zu haben. Und deshalb wär es eigentlich dann falsch am Samstagvormittag über AkEnd zu reden. Ich glaube, dass interessiert dann, Entschuldigung, kaum noch jemand. Und, also, deshalb nochmal wirklich mein Vorschlag lassen sie uns im November mit AkEnd beginnen. Alles das, was sie gesagt haben, dass das ja gut vorzubereiten ist, das gilt ja auch im November und dann die internationalen Erfahrungen in der ersten Sitzung im Januar machen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Habeck bitte.“

Herr Habeck:

„Ja, zu den von Ihnen genannten Fragen, da bin ich ganz entspannt. Ich hoffe, dass sich die verschiedenen Akteure da einigen, so wie`s dann politisch opportun ist. Ich wollte nur anregen, und ich hoffe, ich sag jetzt nichts Falsches, die Selbstvergewisserungsdebatte, oder wie immer das heißt, hinten anzustellen. Ich hab so das Gefühl, das machen wir eigentlich schon seit drei Sitzungen ganz gut. Und ich glaube wir müssen uns auch fixieren, aber vielleicht ist es sogar noch schlanker, wenn wir`s quasi dann im Nachwort als Vorwort schreiben. Also, wann immer es gut passt, aber um es ein bisschen von den Sitzungen zu entlasten. Ich könnte gut damit leben, wenn wir nicht noch zwei, drei Stunden über uns reden, sondern mal, jetzt, ad rem kommen.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Habeck. Gibt`s weitere Anmerkungen? Herr Müller.“

Herr Müller:

„Herr Kleemann, das mit dem Doppeltag, das überzeugt mich bei der Evaluierung. Aber das bedeutet natürlich in der Konsequenz gegenüber Klaus Brunsmeier, dann ist die Evaluierung auf jeden Fall an dem Freitag, Samstag. Dann geht das nicht anders. Ich halt das schon für richtig, dass, wenn man über die Evaluierung redet, die ja keine einfache Debatte ist, dass man sozusagen einen Versöhnungsabend und vielleicht auch einen Vermittlungstag dahinter stellt. Also ganz falsch finde ich das nicht. Aber dann würde ich auch vorschlagen, dass man den Vorschlag von Herrn Gaßner bisschen nach hinten schiebt, also die Frage der Evaluierung der ersten Phase muss dann ein bisschen später. Und dann würden wir am 19. Januar zu den internationalen Erfahrungen kommen. Ich sag nochmal, ich persönlich bin da anderer Meinung, weil ich finde, AkEnd ist schon eine Fixierung auf den Weg. Aber trotzdem kann ich im Zweifelsfall, wenn es der Einigung dient, damit leben.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Sommer, bitte.“

Herr Sommer:

„Ja, auch wenn ich die Idee an einen zweitägige Evaluierung mit integriertem Versöhnungsabend für sehr pfiffig halte. Wir haben ein Problem. Das Problem heißt, diese Kommission tagt seit Mai und die Kommission soll nach dem jetzt vorliegendem Plan kurz vor Jahresende in die Evalu..., in den Beginn der Diskussion über die Evaluierung des Gesetzes einsteigen. Das ist nicht allen Organisationen und Initiativen in dem Bereich vermittelbar, um es mal freundlich zu formulieren. Es geht auch nicht darum, dass wir die Evaluation auch nur ansatzweise abschließen können. Wir haben ja gesagt, das wird ein kontinuierlicher Prozess sein. Wir werden auch mehr als einen Durchgang haben. Aber dieser erste Durchgang muss definitiv früher anfangen, als im Dezember.“

Frau Heinen-Esser:

„So, dass scheint mir nicht so einfach überbrückbar zu sein, der Unterschied hier. Also, Herr Meister, was meinen Sie dazu? Muss mir jetzt mal kirchlichen Beistand holen.“

Herr Meister:

„Ja herzlichen Dank, herzlichen Dank, wenn ich in diesen, diesen ausgesprochenen Kommunikationsnotständen dann angerufen werde als Geistlicher. Ich glaube, dass ist nicht direkt mein Auftrag an dieser Stelle. Ich will mal positiv sagen, dass ich die Debatte, die ja seit heute Vormittag läuft und die jetzt fortgesetzt worden ist, in den weitesten Teilen als sehr

konsensfähig erlebt habe, was das Zusammenlegen der Punkte ist, und nur genau an dieser Stelle, wo es um die Terminierung des einen Punktes geht, der Evaluierung, nach wie vor ein Dissens ist. So ist mein Eindruck jedenfalls. Und auch wenn ich viel übrig habe für Teile ... theologischer Begrifflichkeit der Versöhnung, ich glaube, wenn von Anfang an dieser Gesichtspunkt, dass unterschiedliche Positionen und Wahrheitsfindungen hier in einen Konsens kommen müssen nicht gegenwärtig gewesen wäre, dann würde man wahrscheinlich an diesen Stellen noch über ganz andere Kleinigkeiten streiten. Ich persönlich habe in der ersten Sitzung deutlich gesagt, dass, ich erinnere da sehr genau am Ende der ersten Sitzung, dass die frühzeitige Beschäftigung mit dem AkEnd und mit der Evaluation vorrangig sein muss, weil ich diesen Dissens, der jetzt hier aufgetaucht ist, ja, ich sag mal, den konnte man in der ersten Sitzung erleben. Das ist eine tiefe Spannung, die zurückreicht über die Positionen, die für die Umweltverbände mit entscheidend waren. Und selbst wenn man festschreibt, dass die Auseinandersetzungen über die Evaluation einen Prozess der Selbstreflexion auch dieses Gremiums sein wird in den kommenden anderthalb Jahren, so ist es, glaub ich, klar, dass es zu einem frühest möglichen Zeitpunkt eine Signatur geben muss, ein Einschreiben, dass nicht erst tatsächlich im Dezember beginnen kann. Insofern weiß ich nicht, ob man das ganz nach früh, ganz nach vorne holt, aber ich mache damit sehr deutlich, dass ich glaube, dass diese Auseinandersetzung über die Evaluation doch einen früheren Zeitpunkt braucht.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön. Jetzt kommt Herr Fischer, bitte und dann Frau Kotting-Uhl.“

Herr Fischer:

„Die Frage geht ja nicht nur um den Titel, wann wir Evaluierung oder Evaluation besprechen, sondern auch um den Inhalt. Und ich denke an dieser Stelle liegt möglicherweise auch die Schwierigkeit hier zum Konsens zu kommen. Wenn ich darunter verstehe, dass wir alle eine gemeinsame Basis brauchen, um überhaupt erstmal die Sorgen, die noch bestehen, zu dem Gesetz, zu verstehen, dann hätte ich kein Problem, dieses frühzeitig zu tun. Wenn`s aber darum geht möglicherweise den Prozess daraus abzuleiten, wie der weitergeht, dann hätte ich zu einem frühen Zeitpunkt ein Problem, denn eigentlich möchte ich mir dann erstmal eine vernünftige Grundlage schaffen, um diese Bewertung zu machen. Also insofern könnte ich mir vorstellen, dass man über die inhaltliche Gestaltung dieses Punktes möglicherweise zum Konsens kommt.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl“

Frau Kotting-Uhl:

„Wir haben ja mehrere Stränge, wo wir vor Ende der Kommission zu einem Ergebnis kommen wollen. Das eine ist, ganz klar, die Evaluierung. Da wollen wir nicht warten bis die Kommission mit ihrer ganzen Sitzungszeit zu Ende ist, sondern da soll vorher ein Ergebnis da sein. Und es ist aber auch bei der Frage Rückholbarkeit, Bergbarkeit, sofortiger Verschluss so, dass wir da nicht warten können mit einem Entscheid der Kommission bis wir mit unserer Arbeit durch sind, weil das ja eine Grundlage ist, auch für die Krieteriengestaltung. Das heißt auch da müssen wir vor der Zeit fertig sein. Und jetzt haben wir ja den Vorschlag gehabt gerade von Herrn Müller, dass wir also die Sitzung am 22. September lassen mit ENTRIA, das halt ich für klug, weil ich glaube, dass wir in dieser Kommission mehrere Runden brauchen, wo wir über Rückholbarkeit und so weiter reden und es nicht in eine AG verlagern können, sondern das muss hier stattfinden. Und da eine erste Runde jetzt zu starten im September auf der Grundlage von ENTRIA halte ich für sehr klug. Und dann war der weitere Vorschlag, in der nächsten Sitzung dann die Evaluierung, nein in der nächsten Sitzung dann den AkEnd, was ja auch verschiedenen Wünschen entgegenkommt, die sagen, möglichst frühzeitig den AkEnd. Auch des halt ich für richtig, weil das die Grundlage sozusagen dessen ist, auf dem wir auch arbeiten, weil des des ist, was schon da ist in Deutschland. Und dann der Vorschlag, dieses ganze Wochenende mit der Evaluierung zu machen. Jetzt geht's ja im Moment von der Zeit her nur noch darum, ob man das jetzt ein Monat früher macht, im November oder eben im Dezember. Und ich bin auch sehr dafür, dass man es frühzeitig macht, aber ich glaub, dieser eine Monat ist jetzt nicht wirklich das absolut Entscheidende. Und ich finde die Chance, ein ganzes Wochenende darüber reden zu können, eine großartige. Denn diese Evaluierung ist eine schwierige Geschichte. Dabei werden wir große Dissens innerhalb der Kommission haben, da werden wir uns wahrscheinlich auch an zwei Tagen hier auch mit Versöhnungsabend noch nicht auf eine Richtung einigen können. Aber dafür wenigstens mal zwei Tage zu haben und auch die Chance, in Einzelgesprächen vielleicht auch nochmal sich auszutauschen und vielleicht Zweifel ausräumen zu können, die halt ich für sehr groß. Und deswegen finde ich diesen Vorschlag, da dieses Wochenende drauf zu nehmen, der jetzt so hier entstanden ist in der Runde, finde ich einen ausgesprochen glücklichen, wirklich wegweisenden und würde den gerne unterstützen wollen und hoffe, dass das auch hier so beschlossen wird.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Jäger bitte. Herr Gaßner. Herr Brunsmeier.“

Herr Jäger:

„Ich würde den letzten Punkt, Frau Kotting-Uhl, gerne aufgreifen und könnte mir das auch vorstellen, dass wir im Dezember über Evaluierung sprechen, und den Hinweis noch machen wollen, dass das ja nicht bedeutet, dass wir uns dann im Dezember zum ersten Mal damit auseinandersetzen. Sondern, dann werden wir eine Anhörung haben, die ja vorbereitet werden muss, dass

heißt wir werden vorlaufen und das gilt es jetzt noch zu terminieren, über die Gestaltung dieser Anhörung, wer mit welcher Zielsetzung und und und intensiv hier diskutieren, so dass das auf der Tagesordnung deutlich früher oder in unseren Sitzungen deutlich früher adressiert werden muss. Das zum einen. Und zum zweiten: wenn wir schon dabei sind die Sitzungen von 2014 jetzt sozusagen zu verplanen, da fehlt mir noch ein Aspekt, der möglicherweise, ja, missverständlich jetzt bei ENTRIA angesiedelt ist. Wir haben über das Thema Alternativen gesprochen und einige wichtige Schlüsselfragen, zum Beispiel Rückholbarkeit oder nicht. Diese Frage muss möglichst früh zumindest angestoßen werden und ich sehe das nicht, dass wir das in der ENTRIA-Debatte sofort alles erledigen werden, sondern die ENTRIA-Debatte ist eine ganz zentrale, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, wie synchronisieren wir unsere Arbeit und die der ENTRIA, die ja vor unserer Arbeit aufgesetzt worden ist und ganz anderen zeitlichen Horizont hat. Das heißt, wir müssen relativ schnell in dieser Sitzung zu einem Modus Vivendi kommen, dass die Dinge aufeinander abgestimmt sind. Damit haben wir noch gar keine inhaltlichen Fortschritte gemacht, was so Kernfragen der Alternativen angeht, oder auch der Schlüsselthemen wie Rückholbarkeit. Die müsste man zumindest ansatzweise dann sehr früh zum Beispiel am 22. September noch mit unterbringen, was im übrigen möglich wäre, wenn wir den Vorschlag, der eben hier gemacht worden ist von Herrn Habeck zum Thema Selbstverständnis und Leitbild der Kommission, etwas schlanker gestalten. Dann wird ja die Sitzung am 22. September durchaus noch Raum haben neben den taktischen Fragen, Abstimmung ENTRIA, Aufgaben, Kommissionsaufgaben noch was Inhaltliches zu machen und eben das Selbstverständnis der Kommission. Und Einsetzen von Arbeitsgruppen ist ja sozusagen ein ständiges Thema in unserer Tagesordnung.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Gaßner.“

Herr Gaßner:

„Der Herr Jäger hat's mir nicht einfacher gemacht, weil er jetzt die Sitzung 22. September aus meiner Sicht eine Nuance, den Blickwinkel verändert hat und auch etwas, und auch etwas vielleicht zu voll gemacht hat. Ich wollte zunächst mal nochmal auf Frau Kotting-Uhl eingehen und vorschlagen, dass das vielleicht der Konsens werden kann, dass wir uns darauf verständigen, dass wir in der Sitzung am 22. September dieses Thema aufnehmen des Forschungssynchronisierung, aber gleichzeitig auch die Möglichkeit uns erschließen, über die Rückholbarkeit dort aus Anlass auch der Anwesenheit von ENTRIA zu sprechen. Damit hätten wir das Thema Rückstellung zumindestens in einer ersten Runde und ich würde die Frage der Synchronisierung unserer Arbeit und der Arbeit von ENTRIA mit etwas Respekt behandeln, weil unsere Arbeit noch nicht so intensiv ist, dass sie schon einen großen Synchronisierungsbedarf auslöst, aber vielleicht die Rückholbarkeit einen guten Einstieg bietet, weil viele jetzt gesagt haben, dass das wichtig ist. Ich fände es auch gut, wenn wir dieses Thema AkEnd jetzt so auf die nächste Sitzung verlagern würden, auch um den Preis, dass

die Evaluierung auf das Wochenende rutscht. Würde die Evaluierung auch vorschlagen, dass die dann an dem 5. Dezember stattfindet, aber die Vorsitzenden bitten, für den Samstag, den 6. Dezember, dann auch noch etwas vorzuschlagen. Vielleicht etwas in meine Richtung, muss aber nicht sein, auch Strukturierung des kommenden Jahres, weil ich sonst die Gefahr sehe, dann nach dem Versöhnungsabend keiner mehr da bleibt. Also sprich wir bräuchten für den Samstag auch noch einen Punkt, der anregt, dass alle es als quasi als verantwortlich ansehen, dann da zu bleiben. Und da könnte dann aus der Evaluierung des Gesetzes auch wiederum und der bisherig Verlauf auch noch eine Strukturierung des kommenden Jahres kommen und dann ist es vielleicht auch für alle lohnend, noch den Samstag da zu bleiben. Ich glaube, dass wir unter dem Thema Evaluierung relativ unterschiedliche Vorstellungen haben, aber sie auf jeden Fall so verlaufen werden, es gibt kurzfristigen Evaluierungsbedarf, es gibt mittelfristigen und es gibt langfristigen. Und weil diese drei Punkte so an dem Freitag angesprochen sein werden, hätten wir auch für den Samstag sowohl Sachthema Evaluierung, als auch Strukturierung des kommenden Jahres. Die Veränderung zu dem, was die Vorsitzenden vorgeschlagen, wäre jetzt momentan, dass wir in den sauren Apfel beißen, das Thema internationale Erfahrung ins nächste Jahr zu schieben.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Brunsmeier“

Herr Brunsmeier:

„Ja, damit sozusagen der Vergnügungsabend nicht entfällt, weil wir dann da nicht mehr drüber sprechen brauchen, würde ich nochmal sehr dafür werben wollen, diese beiden zentralen Thema auch zentral anzugehen und, wie eben angesprochen wurde, damit wir auch in dieser Thematik in die Diskussion in der Sache einsteigen können, nochmal daran erinnern zunächst, dass die zentralen Punkte in der vorlaufenden Diskussion dieser Kommission der breite öffentliche Diskurs und die Evaluierung des Gesetzes waren. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, und vielleicht kann ich dem Kollegen Fischer so ein bisschen auch die Sorge nehmen. Mit der Anhörung zur Evaluierung beginnt erst sozusagen die Diskussion darüber, gerne auch in der Absichtung, in der zeitlichen und in der inhaltlichen. Also an dem Tag wird das nicht abschließend entschieden, wie das Gesetz geändert wird, also insofern steigen wir dann dort in diese Debatte ein. Und es ist eine der beiden zentralen Debatten. Und der Kollege Sommer hat es gerade angesprochen. Wie lange wir schon zusammen sind und wie viel Zeit wir noch hätten oder haben und wenn wir sozusagen schon in früher Phase wirklich konkrete Vorschläge für Evaluierung machen wollen, dann müssen wir da auch zeitnah dran. Und wir können es uns, glaub ich, auch leisten, denn ich glaube mit Blick auf die weitergehenden Fragestellungen sind dieses auch Fragestellungen die auch das Leitbild und das Selbstverständnis dieser Kommission wesentlich mit prägen und mit beeinflussen werden. Insofern hätte ich durchaus den Vorschlag, dass wir an der Sitzung am 22. September den Raum hätten, die Struktur und den Inhalt dieser Anhörung

auch zu diskutieren, denn es ist ein Einstieg in die Debatte. Und um deutlich zu machen, dass diese beiden zentralen Punkte auch an vorderer Stelle und an vorderster Stelle der Arbeit dieser Kommission mit stehen, würden wir ein deutliches Signal setzen auch nach den Sachen, die jetzt vorliegen, wenn wir es tatsächlich dann auch am 3. November machen würden. Und ich glaube, wir brauchen nach dem Einstieg in diese Debatte keinen Versöhnungsabend, sondern wir brauchen im Grunde genommen nach der Sitzung am 5. Dezember gerne dann auch am nächsten Tag und mit der Luft, die wir da vielleicht haben, die breitere Debatte für den weiteren Vorgang, Fortgang der Arbeit der Diskussion und das, was wir hier in der Kommission machen, das würde sich viel besser auf den Nikolaustag eignen, als die Evaluierung des Gesetzes. Insofern nochmal die dringende Bitte, dieses tatsächlich Anfang November zu tun. Ich sage das auch nicht ohne Grund, weil das für uns auch sehr wichtig ist. Sie merken auch vielleicht, dass es für uns eine wesentliche Relevanz hat. Deswegen kämpfen wir jetzt auch so drum und ich glaube es würde dem Konsens, glaub ich, auch kein Abbruch tun. Ich kann es ihnen versichern, Herr Fischer, wir werden an dem Tag nicht das Gesetz ändern. Es würde dem Konsens keinen Abbruch tun, wenn wir tatsächlich den Novembertermin dafür nehmen würden. Ich würde da nochmal herzlich drum bitten wollen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kanitz hat sich zu Wort gemeldet. Ich will nur zwei Sachen noch dazu sagen. Punkt eins ist, dass wir uns gleich auch mit dem Thema Einsetzung von Arbeitsgruppen beschäftigen und da spielt die Evaluierung ebenfalls eine zentrale Rolle, also das heißt, wenn wir heute weiterkommen, dann werden wir diese Arbeitsgruppe einsetzen. Und zum zweiten werden wir selbstverständlich Ihrem Vorschlag folgen am 22. September die Anhörung vorzubereiten, das auch entsprechend auf die Agenda zu setzen. Ich will nur dass, das werden wir auf jeden Fall tun. Herr Kanitz hatte sich gemeldet.“

Herr Kanitz:

„Also ganz kurz. Wir haben ja nun im Vorfeld als Berichterstatter darum gekämpft, dass Sie als Initiativen mitmachen und einer der wesentlichen Punkte war, dass wir das Thema Evaluierung auch nach oben auf die Tagesordnung setzen. Insofern wäre es mein Wunsch, dass wir in diesem Kreise auch Ihrem Wunsch folgen und das frühest möglich machen, denn klar ist, dass es sich um einen Einstieg handelt, genauso, wie sie es gerade formuliert haben und das nicht zum Abschluss kommt. Wir haben, glaube ich, gerade klar besprochen am 22. September kann es noch nicht der Fall sein, weil wir uns da mit ENTRIA und auch mit der Struktur der Anhörung befassen wollen. Insofern wäre der nächstmögliche Termin der 3. November und ich finde es spricht auch nichts dagegen das am 3. November auch dann schon zu tun. Wenn Sie sagen, sozusagen, einen Tag aus Ihrer Sicht für den Einstieg reicht das erstmal, das ist ihnen wichtiger als hinterher die zwei Tage einen Monat später zu machen, dann machen wir einen Monat später das Thema AkEnd. Und das ist, glaub ich, tut dem ganzen keinen Abbruch, aber ich mein im Sinne des Konsensprinzips, dass ist ein Thema, das sie nun

explizit adressieren an die Kommission, wäre es wichtig und ein gutes Signal, wenn wir dem auch folgen könnten.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Thomauske.“

Herr Thomauske:

„Also der Auffassung von Herrn Kanitz kann ich mich anschließen, aber dazu hatte ich mich nicht gemeldet. Ich glaube aber, dass wir am Ende des Jahres nicht merken werden, ob wir das einen Monat vorher oder einen Monat später besprochen haben. Also insofern würde ich auch die Bedeutung der Diskussion ein kleines bisschen relativieren wollen. Ich hab nur einen Punkt. Zumindestens in jedem dritten Satz kommt ENTRIA vor. Das ist mir ein bisschen arg hochgehängt, wenn ich daran erinnere, dass ENTRIA mal eingerichtet worden ist, um in bestimmten Bereichen technologischen Fadenriss nun zu verhindern und gewissermaßen Beschäftigungsprogramm, um Wissenschaftler zu halten. Dem heute so eine essentielle Bedeutung zuzumessen, ignoriert, dass wir eine Forschungslandschaft in der Bundesrepublik haben. Kollege neben mir vertritt ja nun eine große Institution. Und wenn ich da mal die Verhältnisse ein bisschen ins Blickfeld rücken würde, also, ich sag mal, da liegt ein Faktor hundert dazwischen in etwa, noch nicht mal darüber gesprochen, dass wir noch die GRS, dass wir noch die ganzen Helmholtz-Zentren haben, dass wir viele Hochschulinstitute haben. Insofern, wenn es um den Forschungsbedarf geht, würde ich bitten, das zu berücksichtigen. Selbst wenn Herr Wenzel ein besonderes Interesse hat hier daran ENTRIA ein bisschen nach vorn zu bringen, aber ich würde das an der Stelle entsprechend einhängen wollen. Insofern kommt es mir darauf an, dass wir uns über die Frage Forschung und Forschungsumfang, dann darüber unterhalten, wenn die ESK hier den Bestand erhoben hat, was sie im Januar in einer zweitägigen Sitzung machen wollen, und dann eigentlich der geeignete Zeitpunkt ist, das vertieft zu diskutieren. Ich glaube ja auch nicht, dass wir hier unsere Aufgabe darin sehen, nun Forschung in den verschiedensten Bereichen heute anzustoßen, damit wir bis zum Ende unserer Tätigkeit irgendwas vorliegen haben. Werden wir sowieso nicht vorliegen haben. Hier reden wir über sehr viel langfristige Zeiträume. Deswegen würde ich an der Stelle den Bach..., den Ball lieber ein bisschen flacher gehalten sehen. Danke schön.“

Frau Heinen-Esser:

„Gut. Herzlichen Dank, Herr Thomauske. Also könnte der Vorschlag wie folgt, also ich versuche es jetzt und Sie mischen sich bitte sofort ein, wenn ich hier Unsinn erzähle, ja? Also. In der nächsten Sitzung am 22. September: ENTRIA, Wanka, KIT als einen Block, sag ich mal. Dann dazu das Thema, schon angeschnitten, Rückholbarkeit. Dann das Thema Beschluss über die Anhörungen. Also, wir beschließen heute, dass wir Anhörungen machen, aber Beschluss über einzuladende Experten, et cetera, über die inhaltliche

Vorbereitung. Das wär... und Diskussion, Verabschiedung, Leitbild der Kommission. Das können wir schlank halten, Herr Habeck. Hintergrund der Diskussion ist, dass wir uns auf ein paar Gemeinsamkeiten hier in der Arbeit der Kommission verständigen. Das ist ein Stück weit auch die Präambel unserer Arbeit sein sollte und so aus den bisherigen Erfahrungen ist es immer ganz gut so etwas auch zu haben und es hilft uns dann auch bei weiteren komplizierten Diskussionen. Das wäre der 22. September, das hat die Geschäftsstelle, ja, aufgenommen? Dann kommt die Sitzung am 3. November. Da streichen wir jetzt erstmal die internationalen Erfahrungen und setzen stattdessen die Evaluierung des Gesetzes dem Kanitz'schen Vorschlag folgend. Ja, Herr Kanitz, das war so gemeint? Der zweite Punkt, den wir dann am 3. November machen, ist auf jeden Fall die Abfallbilanz, weil es schon sinnvoll ist, sie zeitnah hier zu diskutieren, wenn BMU, Herr Hart, sie vorlegt. Dann kommt die Sitzung ..“

Zwischenruf:

„Entschuldigung, eine, eine Nachfrage. Die Abfallbilanz liegt dann vorher aber schon vor zur Sitzung?“

Frau Heinen-Esser:

„Soll. Das haben wir ja extra so abgestimmt, dass sie dann vorliegt. Herr Hart, wann liegt sie vor?“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Fragen ihn lieber nochmal“

Herr Hart:

„Also das Ziel ist, deutlich vor der Sitzung. Also im Kern geht es darum, dass wir noch betroffene Beteiligte, mit Beteiligten Abstimmungsgespräche führen müssen.“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Bitte, bitte Mikro nehmen.“

Zwischenruf:

„Ich hab das so verstanden, dass man sich schon im Entwurfsstadium befindet.“

Herr Hart:

„Ja, das ist richtig. Es gibt also einen Entwurf, der Grundlage für die Abstimmungsgespräche ist.“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Super. Und dann sind wir doch am 5. Dezember mit dem AkEnd, wenn das der Vorschlag ist, gegebenenfalls noch am 6. Dezember, aber auf jeden Fall am 6. Dezember, die Bewertung der ersten Arbeitsphase, um das mal so zu nennen und die Strukturierung ein Stück weit des kommenden Jahres. Herr Milbradt. Bitte Mikro nehmen, bitte Mikro.“

Herr Milbradt:

„Soll die Dezembersitzung, diese zwei Tage, auch hier sein oder soll ein anderer Ort gefunden werden? Ja, ich dachte vielleicht irgendwie an den Abend, aber?“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Das müssen wir finanziell gucken. Es ist immer preiswerter in Berlin zu tagen. Ich sag das offen, als draußen hinzugehen, zumal wir ja hier die ganze Technik benötigen mit Aufzeichnung, Livestream, stenographischem Dienst, den wir sonst auch noch hin und her transportieren müssen. Deshalb würde ich eher sagen Berlin. Aber jetzt Herr Miersch und Frau Kotting-Uhl.“

Herr Miersch:

„Will nur noch sagen, dass also wenn es da eine erste Evaluierung unserer ersten Phase geben soll, dann, finde ich, gehören die internationalen Erfahrungen natürlich absolut dazu. Also die Frage ist, inwieweit wir uns schon mal Gedanken machen, inwieweit wir eine, die internationalen Erfahrungen entweder am Samstag mit einbeziehen können. Das wird wieder die Frage sein, wen kann man dahin laden? Aber eine Evaluierung unserer ersten Phase geht nur, finde ich, wenn wir wirklich die internationalen Erfahrungen auch für uns aufgenommen haben, um über Fahrten, et cetera dann zu reden. Deswegen, entweder wir schieben das und sagen am 19. kommen dann..., am 19. Januar sind die internationalen Erfahrungen und dann wird die Arbeitsphase, die Evaluierung der ersten Arbeitsphase im Anschluss stattfinden. Ansonsten, glaub ich, wird das ein bisschen quer.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl.“

Frau Kotting-Uhl:

„Ich wollt nur drauf hinweisen, dass wir ja nach dem Plan jetzt statt zwei Tage, was mal der Vorschlag war mit dem Wochenende im Dezember für die Evaluierung, dann nicht ganz einen Tag haben und einfach nochmal in die Runde fragen, ob wir so Schnelligkeit vor Gründlichkeit wirklich haben wollen?“

Frau Heinen-Esser:

„War ausdrücklich gewünscht.“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Da muss ich jetzt mal sagen, also ich hab den Eindruck, dass wir jetzt schon sehr dicht beinander sind in der Frage und es geht halt um den Einstieg in das Thema, das, das war der Hintergrund.“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Herr Untersteller“

Herr Untersteller:

„Das ist völlig ok. Es kann ja eh nur ein Einstieg sein. Es gibt ja keinen Abschluss dann der Debatte. Und da finde ich`s jetzt auch nicht unbedingt die Notwendigkeit, das über zwei Tage zu machen.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl.“

Frau Kotting-Uhl:

„Also es ist ja so, dass dann auch die Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll. Also ich gehe davon aus, dass wir, nicht sehr schnell in der Kommission, dann wieder ein Tag dafür ansetzen, sondern dass dann erstmal die Arbeitsgruppe tagt,“

Frau Heinen-Esser:

„Ja.“

Frau Kotting-Uhl:

„dass wir also mit dieser Anhörung die Grundlagen für die Arbeit in der Arbeitsgruppe schaffen. Und ich will schon nochmal da dran erinnern, dass zum einen, klar es ging auch immer darum, auch in unserm Entschließungsantrag, dass diese Evaluation sehr frühzeitig beginnen soll. Das sehr frühzeitig haben wir jetzt verpasst. Das ist richtig. Aber andererseits war das auch immer ein sehr wichtiger Punkt, inhaltlich extrem wichtig und der ist sehr vielfältig. Es geht da nicht um ein Pro oder Contra, sondern es geht um sechs, sieben, acht verschiedene Themen, zu denen man sich verschiedene Meinungen anhören muss und zu denen wir vielleicht auch noch eine Runde debattieren sollten, bevor wir das dann in die Arbeitsgruppe geben. Deswegen hätte mir nach wie vor der Vorschlag, dafür zwei Tage anzusetzen, nach wie vor besser gefallen.“

Frau Heinen-Esser:

„Gut. Ich hab aber den Eindruck, dass wir hier konsensual auf den Evaluierungstermin am 3. November hinsteuern. Wir werden auch für die Abfallbilanz nicht ewig brauchen. Also, vielleicht können wir uns auch so einen Zeitrahmen setzen. Man darf ja nicht unterschätzen, wie viel Zeit wir hier heute auch mit Geschäftsordnung nochmal zugebracht haben. Frau Hendricks war hier. Das würde hier dann ja alles wegfallen. Diese gesamte Zeit können wir uns komplett mit dem Thema Anhörung, Evaluierung beschäftigen und dann abschließend die Abfallbilanz, dann glaub ich, dass wir auch eine ganz gut ausgewogene Sitzung da haben. Ich komm jetzt zur Ab, äh, nochmal Herr Jäger.“

Herr Jäger:

„Noch einen Hinweis, vielleicht noch einen letzten Versuch. Am 5. und 6. haben wir jetzt anderthalb Tage Zeit. Wenn ich sie verstanden hab, wäre der Vorschlag jetzt AkEnd, Bewertung der Arbeit 2014 und Strukturierung 2015. Das war, das war ihr Vorschlag.“

Frau Heinen-Esser:

„Ja. Jetzt können wir überlegen..., wir prüfen, ob wir es schaffen, die internationalen Erfahrungen als globales Thema...“

Herr Jäger:

„Das wär mein Hinweis.“

Frau Heinen-Esser:

„Wo wir sagen, wir lassen uns einfach mal n globalen Überblick geben. Ja das können vielleicht auch die Häuser des Bundes oder der Länder mit übernehmen und vorbereiten. Das wir das an diesem Wochenende auch noch machen.“

Herr Jäger:

„Dann könnte man nämlich am Freitag genau diese internationalen, AkEnd, möglicherweise am nächsten Samstag.“

Frau Heinen-Esser:

„Lieber nicht! Also wir glauben, wir müssen jetzt Herrn Kleemann entgegen kommen, wir gehen auf den Freitag mit dem AkEnd.“

Herr Jäger:

„Ja, also Freitag, die Frage ist, brauchen wir einen ganzen Tag für die internationale Anhörung?“

Frau Heinen-Esser:

„Nein, wahrscheinlich nicht.“

Herr Jäger:

„Eben. Deswegen kann man das ja miteinander kombinieren.“

Frau Heinen-Esser:

„Es geht bei den internationalen Anhörungen darum, einen globalen Überblick zu bekommen und daraufhin zu entscheiden oder zu überlegen, welche Länder schauen wir uns besonders an. Gut.“

Herr Kleemann:

„Nein, Entschuldigung, wenn ich das, also so ein globaler Überblick ist natürlich auch nicht zielführend. Ich denke, wenn wir jetzt also zehn Beiträge haben von verschiedenen Ländern, das hilft uns erst mal auch nicht weiter, sondern es muss ja irgendwo auch eine Diskussion stattfinden im Hinblick auf den Auftrag, den wir als Kommission haben. Also, man sollte schon sich intensiv Gedanken machen, aber das ist ja der Vorschlag dann in der nächsten Sitzung“

Frau Heinen-Esser:

„Genau!“

Herr Kleemann:

„das wir über das Programm reden, was soll da gemacht werden“

Frau Heinen-Esser:

„Genau so.“

Herr Kleemann:

„und nicht, das wir dann also jetzt zehn Vorträge aus den verschiedenen Ländern haben. Das bringt uns, glaube ich, nicht weiter.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kleemann, das ist genau die Aufgabe in unserer Sitzung am 22. September: die Inhalte, die Experten, die Inhalte der beiden Anhörungen hier vorzubereiten. So, können Sie dann dem neuen Vorschlag folgen? Wenn ja, bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei einer Enthaltung sozusagen einstimmig angenommen. Herzlichen Dank. So, die Anhörung haben wir damit quasi mitbehandelt, nämlich, dass wir zwei Anhörungen in diesem Jahr dann also nach Möglichkeit zwei Anhörungen in diesem Jahr durchführen werden, einmal das Thema „Evaluierung“ und einmal das Thema „Internationale Erfahrungen“, dass wir für beide Themen Vorschläge machen für die nächste Sitzung am 22. September. Ich möchte aber jetzt die Kommissionsmitglieder auffordern, das kommt in die To-do-Liste, die ja jetzt hier geführt wird, möchte die Kommissionsmitglieder auffordern und bitten, uns Vorschläge zu machen für beide Anhörungen, wie die Struktur sein könnte und welche Experten hinzugezogen werden – [Zwischenruf] - und die Fragestellung, so dass wir das vielleicht ´ne Woche, ich weiß, das ist jetzt ein bisschen knapp, aber doch ´ne Woche vor der nächsten Kommissionssitzung haben, also das alle nochmal drüber lesen können. Ich gebe da ´mal bewusst keine Frist, aber das man es machen kann. So, das wäre das Thema Anhörungen, wir kommen dann im Grunde zu der zweiten Phase der Arbeit. Was ich vorschlagen will, auch noch bevor wir; ich würd erst danach über die Arbeitsgruppen sprechen, so dass wir ein Stück weit ´nen Überblick haben, was wir behandeln wollen um dann zu schauen, wie die Arbeitsgruppen sich dort einfügen und ich möchte dem Michael Müller nochmal das Wort erteilen und bitten, nochmal etwas zur Erläuterung der Pfade zu sagen und wie wir uns den Ablauf vorgeschlagen haben und dann haben wir zwei unterschiedliche Meinungen hier schon gehört von Herrn Jäger die besagt, dass wir vorher ´ne Priorisierung stattfinden lassen sollen und eben die Frage - aus zeitökonomischen Gründen - und im Vorschlag dann eben, wo wir sagen, wir wollen doch

versuchen, mehrere Pfade durchzuarbeiten. In diesem Sinne, Herr Müller bitte.“

Herr Müller:

„Also, wenn man diesen Pfadweg geht, dann muss man natürlich in der Kommission, und das würd' ich ja als eine der Aufgaben in der letzten Sitzung ansehen, sich darauf verständigen, welche die Hauptpfade sind, über die man dann redet und in den Arbeitsgruppen konkretisiert nach Pro und Contra, um dann zu einer Bewertung zu kommen. Also in der schon von mir angesprochenen Enquete-Kommission hat man damals vier Pfade identifiziert. Ich weiß nicht, ob das heute auch in diesem umfassenden Sinne notwendig ist, aber ich würde davor warnen, von vornherein zu sagen, das ist der Pfad und alles andere geht nicht. Die von auch Barbara Hendricks angesprochene Offenheit muss auch bei der Auswahl der Pfade gelten, sonst hat's keinen Zweck. Also Pfade entwickeln, die sich aus meiner Sicht aus den Anhörungen und den bis dahin durchgeführten Debatten ergeben und dann müssen wir zu diesen Pfaden Schwerpunkte setzen, die dann für alle Arbeitsgruppen gelten. Anders kann ich mir das nicht vorstellen.“

Frau Heinen-Esser:

„So, gibt es Anmerkungen dazu? Herr Jäger nochmal, oder?“

Herr Jäger:

„Ja, ich sehe da jetzt insofern keinen Widerspruch, Herr Müller, das selbstverständlich keine Vorfestlegung stattfinden muss, sondern ich halte das für eine der zentralen Aufgaben auch in der Kommission und verstehe das Gesetz so, dass wir aufgerufen sind, das, was bisher als primärer Pfad vorgesehen war, nochmal in Frage zu stellen und rechts und links zu schauen, Inputs zu generieren, ob das der richtige Weg ist oder ob es andere Wege denn gilt zu bestreiten oder ihn zu modifizieren. Mein Petition, oder unser Petition war nur, dies relativ früh zu machen, weil ich es für nahezu aussichtslos sehe, dass die Arbeitsgruppe mit einem sehr breiten Spektrum an Pfaden arbeiten kann. Wir müssen das von der Zeit her so ergebnisoffen, möglichst vollständig abarbeiten, dass wir sagen, es ist nach dieser Diskussion dieser prioritäre Pfad, für den wir dann das Verfahren der Endlagersuche mit allen Entscheidungswegen und den Kriterien dazu mit den Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit. Bevor wir diese inhaltliche Arbeit machen können, müssen wir das erledigt haben. Und das spricht dafür, dass sehr zügig anzugehen und dieses Ergebnis auch zu erzeugen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Müller, nochmal.“

Herr Müller:

„Wenn ich das noch sagen darf: also ich finde, die Pfade müssen sich aus der Ernsthaftigkeit der Debatte ergeben. Ich halte überhaupt nichts davon, in diesen Punkten irgendwie zu tricksen, oder irgendwelche Vorfestlegungen zu machen, sondern einfach offen zu sehen, da spricht viel für, die Alternative zu prüfen, die Alternative zu prüfen und dann hier festzulegen. Ich glaube auch, um das jetzt mal unter den zeitlichen Gesichtspunkten zu sehen, die Glaubwürdigkeit der Auswahl ist der größte Punkt, um Zeit zu gewinnen. Wenn die Auswahl nicht glaubwürdig ist, werden wir auch keine Zeit gewinnen.“

Frau Heinen-Esser:

„So, Herr Thomauske.“

Herr Thomauske:

„Ich möchte da doch ´ne Anmerkung dazu machen, Herr Müller, ich hab´ zwei Dinge nicht verstanden, einmal die Offenheit der Diskussion und die Vokabel „tricksen“ kann ich jetzt in unserem Dialog hier nicht unterbringen.“

Herr Müller:

„Na, ich mein´ „taktisch“, vielleicht ist „tricksen“ der falsche Begriff, aber nu´ wollen wir uns mal nicht vormachen, es gibt natürlich hier sozusagen Vorfestlegungen, Geschichten und Gott weiß was alles, wenn wir die nicht hätten, brauchten wir auch keine Evaluierung zu machen. Nur, sehen Sie beispielsweise, ich bin in der Ausgangssituation, dass ich nicht für die Atomenergie war. Aber, ich hab´, verdammt nochmal, mit die Verantwortung, ´ne Lösung zu finden. Ne? Und insofern können wir uns ja einigen in dem Grundverständnis: wir gehen alle ernsthaft unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Lösung ´ran. Was mein Problem einfach ist; bin ich in der Schweiz, sagen die mir: „Ton ist das Beste, was es gibt.“ Bin ich in Skandinavien, sagen die mir: „Granit ist das Beste, was es gibt.“ Bin ich in Deutschland, sagen die mir: „Es geht nur Salz!“ Ja, irgendwas stimmt doch da nicht. `Tschuldigung, wenn ich das etwas vereinfacht sage, für jemanden, der außen ist. Wenn man in die Fachdiskussion ´reingeht, wird sich manches klären. Dem stimme ich ja zu. Aber erstmal ist es schwierig.“

Frau Heinen-Esser:

„Wir lauschen gerne dem Dialog. Herr Jäger, bitte.“

Herr Jäger:

„Ich mach´ ihn kurz und dann halte ich mich da wieder zurück, beziehungsweise sollten wir wieder in die Generaldebatte kommen. Ich

würde nur gerne dieses Beispiel aufgreifen, Herr Müller, wo wir möglicherweise unterschiedliche Vorstellungen haben, was die Arbeit der Arbeitsgruppe der Kommission angeht. Mein Verständnis ist eben nicht, die Frage zu ventilieren, soll es Salz, Granit oder Ton werden, sondern wir sollen die Anforderungen definieren, die ein Endlager, wenn es denn eine unterirdische, geologische Lagerung sein soll -Stichwort Pfade - welche Anforderungen denn ein solches Endlager erfüllt und dann ergibt sich aus dem Verfahren später, welche Standorte, welche Wirtsgesteine und, und, und wir haben werden. Also“

Herr Müller:

„Aber es kann ja auch sein, dass man zu ´nem modularen System kommt; es kann ja auch sein, dass man in der Frage der Rückholbarkeit zu ganz anderen Lösungen kommt. Ich will das doch einfach nur theoretisch sagen, ich bin doch gar nicht jetzt endgültig entschieden, oder ich hab´ gar nicht, dass ich sagen kann, das ist die Lösung. Das ist gar nicht mein Punkt. Ich will nur sagen, die geistige Offenheit, unterschiedliche Pfade zu prüfen und sie nach ernsthaften Gesichtspunkten auszuwählen, das ist das, um was es mir geht.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Thomauske, Herr Wenzel und Herr Kanitz.“

Herr Thomauske:

„Es ist ein bisschen schwer, nach den vorherigen Äußerungen, da jetzt einfach so dazu überzugehen, weil so viel Verqueres in den Aussagen enthalten war. Ich kenne niemanden in Deutschland der sagt, nur Salz geht. Das nur mal am Rande.“

[Zwischenrufe unverständlich]

Herr Müller:

„Oh, da war ich offenbar wohl nicht im Ministerium.“

Herr Thomauske:

„Im Ministerium“

Herr Müller:

„Da wurde mir genau das mehrfach gesagt“

Frau Heinen-Esser:

„Mikro!“

Herr Thomauske:

„Ja, gut. Das ist auch nicht der Punkt, der mich interessiert, sondern die entscheidende Frage aus meiner Sicht ist der, wie wir zu ´ner Eingrenzung kommen. Und nat¼rlich gibt es viele Pfade, die wir aber sicher nicht alle bis zum Ende offen halten wollen, beispielsweise: es gibt Leute, die überlegen, ob wir nicht besser die ganzen Abfälle zum Mars schießen, oder in die Sonne oder was auch immer, oder in die Fragestellung Subduktionszone, da wird es schon etwas ernsthafter, oder, wobei ich jetzt noch nicht weiß, wo in Deutschland Subduktionszone finden. [Zwischenruf] Die Frage ist, wie wir das auf realistische Alternativen eingrenzen und dann auch ´n Programm haben, wie wir das dann zu relevanten Pfaden eingrenzen können, das wir nicht in der Breite uns da verzetteln und alle Dinge gleichzeitig mit der gleichen Bedeutung diskutieren, nicht mehr und nicht weniger, weil ich im Augenblick so den Eindruck habe, dass wir sehr systematisch vorgehen und da in der Breite extrem breit sind, wo wir uns, glaube ich, wenn wir die Sache diskutieren werden, relativ schnell einig sind, das bestimmte Dinge eben unbedeutend sind.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke, Herr Thomauske. Herr Wenzel, bitte.“

Herr Wenzel:

„Ich denke, da werden wir sicher am Ende zu ´ner Eingrenzung kommen, aber ich glaube, im Moment ist einfach der falsche Zeitpunkt. Wir sind ja gerade noch in der Phase zum Beispiel zu gucken, warum sagen die Schweden: „R¼ckholung oder mindestens Wiederauffindbarkeit muss möglich sein“, warum sagen die Schweizer das? Warum untersuchen die Schweizer alle denkbaren Formationen, die sie haben und treffen dann ´ne Entscheidung? Ich w¼rde diese Erfahrungen erstmal reinholen und dann über solche Eingrenzungen sprechen, von denen Sie reden. Das jetzt zu diesem Zeitpunkt zu machen, hielte ich f¼r verfehlt.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kanitz, bitte!“

Herr Kanitz:

„Ankn¼pfend an das; Herr Wenzel hat gerade gesagt, im Moment ist es der falsche Zeitpunkt f¼r Eingrenzungen. Ich glaube, das ist so ein bisschen die Problematik der Diskussion. Wir diskutieren so ein bisschen im luftleeren

Raum über die Frage unterschiedlicher Pfade. Wir alle sind uns einig, dass es die geben soll, aber niemand weiß, welche es sind und zu welchem Zeitpunkt wir sie definieren, wann sie enden sollen. So, und daher, so wie Herr Müller das gerade formuliert hat, sind wir uns, glaube ich, völlig einig, dass wir in den Arbeitsgruppen, die wir dann, das wäre auch mein Vorschlag, vielleicht dann gleich definieren und auch deren Arbeitsinhalt wir definieren, eine gewisse geistige Offenhaltung sozusagen es auch gibt, zu sagen, wir sind offen für neue Ideen, aber dass wir sozusagen gleichzeitig jetzt nicht sagen, wir beauftragen die Arbeitsgruppen mit der Frage Tiefengeologie ja oder nein und jede Arbeitsgruppe soll darüber zu ´nem Beschluss kommen, weil wir sozusagen jetzt noch nicht wissen, welche diese Pfade sein können und sollen. Und insofern, ich glaube, das Konzept ist richtig und wichtig, zu sagen wir können Rückkoppelungsprozesse zulassen, aber ich glaube, es wäre genauso wichtig, zum jetzigen Zeitpunkt über die Arbeitsgruppen zu sprechen, um so ein bisschen konkreter zu werden, welche Arbeitsgruppen gibt es, welchen Arbeitsauftrag haben die bis zu welchem Zeitpunkt und dann gleichzeitig deutlich zu machen, wir wissen aber, dass wir damit jetzt nicht zu ´nem Abschluss und ´ner Eingrenzung kommen können. Ich glaube, das würde uns ein Stückweit nach vorne bringen, weil wir dann konkret werden.“

8. Einsetzung von Arbeitsgruppen

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön, Herr Kanitz. Ich verweise auch darauf, dass wir in der Sitzung am 19. Januar uns ja insbesondere damit auch im Lichte dessen, was wir bis dahin schon erarbeitet haben, nochmal befassen wollen, so dass das passen könnte. Aber es ist eben ein neuer Ansatz der Kommissionsarbeit und deshalb werben wir dafür, ihn auch einmal zu gehen um nicht zu sagen, wir bleiben in genau derselben Struktur, wie wir es schon viele Jahre vorher gemacht haben.

Der nächste Punkt, den wir aber trotzdem schon andiskutieren müssen und auch vielleicht in der einen oder anderen Frage zu ´nem Beschluss kommen, sind die Arbeitsgruppen, die Einsetzung der Arbeitsgruppen. Auch die finden Sie in dem Arbeitsprogramm, das ist ein Vorschlag von uns. Die erste Arbeitsgruppe haben wir ja bereits eingesetzt. Das ist der „Gesellschaftliche Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz“ unter Vorsitz von Herrn Meister, der uns ja im Anschluss an die Diskussion, die wir gerade führen, auch noch einen Bericht geben wird oder ein paar einleitende Worte sagen wird. Wir haben weiter vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe „Evaluierung“ einzusetzen. Wir schlagen Ihnen vor, eine dritte Arbeitsgruppe mit „Gesellschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien“, dann eine Arbeitsgruppe „Kriterien für Fehlerkorrekturen“ und schließlich eine Arbeitsgruppe „Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad etc.“. Das sind die Arbeitsgruppen, die wir Ihnen vorschlagen und das möchten wir jetzt mit Ihnen gerne besprechen, ob Sie den Weg mitgehen können, ob Sie andere Vorstellungen haben. Das Eine oder Andere ist schon schriftlich gekommen, aber ich würde Sie bitten, dass wir hier nochmal eine Diskussion darüber machen. Der Herr Kleemann hat sich zuerst gemeldet.“

Herr Kleemann:

„Ja, ich möchte noch nochmal, dass wir über die Zahl der Arbeitsgruppen diskutieren. Meines Erachtens sind fünf Arbeitsgruppen zu viel. Letztendlich muss das ja alles auch bewältigt werden von den Mitgliedern dieser Kommission und das erfordert schon einen erheblichen Aufwand und wir sehen ja, wie schwierig es ist, Termine zu finden, auch, was die Arbeitsgruppensitzungen angeht. Deshalb mein Vorschlag, nochmal darüber zu diskutieren, ob man nicht wirklich, wie es auch schon vorgeschlagen wurde, die Arbeitsgruppe fünf mit in die Arbeitsgruppe eins übernimmt „Gesellschaftlicher Dialog“. Ich halte das gerade ja für essentiell, dass man aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernt für die Zukunft, denn das ist ja ein entscheidender Punkt. Aber für mich eigentlich der entscheidende Punkt ist, die beiden Arbeitsgruppen drei und vier zusammenzulegen, denn auch das gehört meines Erachtens zusammen. Ich hätte auf jeden Fall großes Interesse an den Kriterien mitzuarbeiten, könnte mir aber nicht vorstellen, jetzt also in zwei Arbeitsgruppen dann mich aufzuteilen, also das, das wäre schwierig, also deshalb würde ich dafür plädieren, diese beiden Arbeitsgruppen zusammenzulegen, denn meines Erachtens gehört auch das elementar zusammen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, dann Herr Ott, bitte.“

Herr Ott:

„Ja, als ich mir den Vorschlag angeschaut habe, habe ich mich insbesondere bei der Arbeitsgruppe drei gefragt, ob das zu bewältigen ist, gesellschaftliche Entscheidungskriterien und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien in einer Arbeitsgruppe zu behandeln. Also, eigentlich wären, angesichts der gesellschaftspolitischen Diskussionen, die wir in den letzten Jahrzehnte hatten, genau dieses Thema „gesellschaftliche Entscheidungskriterien“, was ist dazu notwendig, entweder die Möglichkeit, das in die Arbeitsgruppe eins zu integrieren oder eine eigenständige Arbeitsgruppe daraus zu machen und der zweite Punkt, über den man auch nachdenken sollte, ist, die Arbeitsgruppe vier dann in die technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien, also Fehlerkorrekturen zu integrieren, also das könnte man aus meiner Sicht auch zusammenführen in einer Arbeitsgruppe.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Miersch, bitte.“

Herr Miersch:

„Also ich finde den Vorschlag von Herrn Kleemann, drei und vier zusammenzunehmen, den Herr Ott eben auch gestützt hat, auf alle Fälle

auch bedenkenswert und würde das unterstützen. Ich finde allerdings, Herr Ott, gerade den gesellschaftlichen Aspekt mit dem technischen in einer Arbeitsgruppe zu verbinden zwingt alle, die da drin arbeiten, wirklich zwei eigentlich erstmal divergierende oder vermeintlich divergierende Aspekte zusammenzudenken und hat für mich jedenfalls ´nen großen Reiz, den ich deswegen befürworten würde. Bei eins und fünf, da glaube ich, wären wir gut beraten, zumindestens zunächst die beiden Arbeitsgruppen getrennt arbeiten zu lassen, weil ich finde, wenn die Gruppe Meister, sag ich jetzt mal, ganz breit anfängt, dann haben wir dadurch die Gewähr, dass Asse- und Gorleben-Erfahrungen nochmal speziell evaluiert werden für uns und dann möglicherweise eingespeist werden. Für mich ist der Öffentlichkeitsansatz der Arbeitsgruppe eins eigentlich ein viel, viel weiterer, weil gerade das war ja der Fehler, oder jedenfalls ist das meine Bewertung bislang, bei Asse und Gorleben, das man viele Dinge, die eigentlich die Arbeitsgruppe eins hoffentlich herausbekommen wird, dort nicht berücksichtigt hat. Insofern würde ich fünf und eins getrennt voneinander, zumindestens zunächst, tagen lassen und drei und vier zusammenlegen.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Vogt, bitte.“

Frau Vogt:

„Ja, ich kann direkt daran anschließen, also die Zusammenlegung von drei und vier, denke ich, wär ´ne sinnvolle Sache, aber bei fünf würde ich auch sagen, wenn wir Erfahrungen aus Asse, Gorleben und Schacht Konrad gemeinsam auch einfließen lassen wollen, dann sind es ja Erfahrungen, die zwar auch mit Öffentlichkeitsarbeit und –Beteiligung zu tun haben, aber die noch viel, viel mehr umfassen und deshalb fände ich es auch etwas verkürzt, wenn das beim Thema gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz dann quasi drin aufgehen würde, weil ich denke, das Erfahrungsspektrum aus diesen drei Projekten ist doch ein weit breiteres. Also, insofern würde ich sagen, am Ende vier Arbeitsgruppen insgesamt sind, denke ich, leistbar, wenn man dann drei und vier zusammenlegen würde, hätten wir die vier. Das wäre, glaube ich, ´ne ganz gute Arbeitsgrundlage.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Müller bitte.“

Herr Müller:

„Ich bedauere, dass Herr Grunwald nicht da ist, weil er ja für den Bundestag die Technikfolgenabschätzungsbewertung macht und er hätte ja auch mitgeteilt, dass es eigentlich unbestritten ist in der Technikbewertung, gesellschaftliche und technische Fragen zusammen zu führen. Beispielsweise VDI-Richtlinie 38 – was ist das – nein 3780 wo ja Technik, Geschichte- und Technikfolgenabschätzung wie es geschrieben ist. Also ich

würde es für falsch halten, diesen Zusammenhang der heute eigentlich Standard in der Debatte ist, wieder auseinander zu reißen. Natürlich gehören viele Aspekte mit in die Öffentlichkeit rein, aber sie gehören genauso in die Technikgeschichte rein.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Brunsmeier“

Herr Brunsmeier:

„Ja ich möchte auch den Vorschlag unterstützen, die beiden AGs 3 und 4 zusammen zu führen, würde allerdings gerne noch mal darauf hinweisen wollen, dass ich es für sehr wichtig ansehe, dass sozusagen diese AGs nicht parallel nebeneinander, sozusagen sich wieder mit diesen speziellen Fragestellungen nur auseinander setzen, sondern uns wäre sehr wichtig, und das hatten wir auch als BUND geschrieben, dass sozusagen das mit dem breiten gesellschaftlichen Diskurs auch wieder zusammen geführt wird. Also die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen sozusagen in die Kommission wieder zurück spiegelnd, aber eben auch eine Form mit vorzusehen, wie es sinnvoller Weise in den öffentlichen Diskurs mit eingebracht werden kann damit auch die Öffentlichkeit die Chance hat, sozusagen an dieser Diskussion teil zu haben und sich auch einzubringen. Das fände ich ganz wichtig.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Brunsmeier, einmal, das haben wir ja vorgesehen, also erst einmal tagen die Arbeitsgruppen öffentlich, zum zweiten soll regelmäßig hier ein Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Arbeitsgruppen“ erfolgen. Die Arbeitsgruppe von Herrn Meister wird sich regelmäßig mit dem befassen, was inhaltlich in den anderen Arbeitsgruppen auch geschieht, so dass wir eine richtige Verzahnung haben und Herr Müller und ich werden uns wiederum auch regelmäßig mit den Arbeitsgruppen-Vorsitzenden koordinieren, um so in alle Richtung hin wirklich das vernünftig abgestimmt zu haben. Herr Habeck hatte sich gemeldet und dann Herr Jäger.“

Herr Habeck:

„Ja, gar nicht so zu der Zusammenlegung der Gruppen sondern ich frage mich ob die letzten Kriterien für Fehlerkorrekturen überhaupt richtig benannt ist. Denn in Wahrheit reden wir über – und um es auszusprechen – über Alternativen für den sicheren Einschluss, und das sagt die Klammer ja auch. Dass das sozusagen die Antwort ist auf Fehlerkorrekturen und die Möglichkeit von Fehlerkorrekturen, ist damit implizit gesagt, aber vielleicht ist der Titel etwas zu eng gefasst. Also wenn das sozusagen eine Bindungswirkung ist dann würde ich eine andere Titelgebung anregen.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Habeck, dann Herr Jäger bitte.“

Herr Jäger:

„Ja, ich würde die Vorschläge alle unterstützen, die in die Richtung gehen, die Anzahl der Arbeitsgruppen zu reduzieren. Die Diskussion die wir vorher geführt haben war ja aus meinem Verständnis davon getragen auch, dass die wenigen Arbeitsgruppen zunächst hier auch die Aufgabe haben, insbesondere in den Arbeitsgruppen mit großem Aufgabenspektrum das weiter zu strukturieren und dann diese Struktur wieder hier im Plenum zur Diskussion zu stellen, so dass wir Dinge dann wieder miteinander verbinden können, die zunächst scheinbar auseinander gefallen sind. Vor dem Hintergrund würde ich noch einmal dafür werben wollen, dass man doch die gesellschaftlichen Entscheidungskriterien und die Öffentlichkeitsarbeit in einer ersten Phase zusammenbringt. Ich stelle mir einfach vor, dass man sehr stark über Verfahren spricht im Gesetz sind ja sehr, sehr detaillierte Vorschläge schon enthalten, welche Entscheidungsstufen es gibt, welche Öffentlichkeitsbeteiligungsformen es gibt, das heißt man redet sowohl über Inhalt aber auch über die einzelnen Phasen der Entscheidungsfindung. Das kann man am Anfang kaum voneinander trennen, würde aber den Vorschlag gerne damit verbinden wollen, vorzuschlagen, dass neben Herrn Meister noch ein weiteres Kommissionsmitglied sich dann speziell mit den Verfahrensfragen beschäftigt, aber das in sehr enger Zusammenarbeit in der ersten Phase geschieht und das Gleiche dann korrespondierend für die dann verbleibende technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien und die Kriterien für die Fehlerkorrektur. Zum Beispiel Rückholbarkeit oder nicht ist ja eine der entscheidenden Anforderungen insofern auch ein Kriterium, so dass man in dieser Arbeitsgruppe dann auch in der Folge die Arbeit weiter strukturieren kann. Zum Verständnis der Gruppe Evaluierung würde nach meiner Ansicht gehören, dass dann diese Gruppe auch die Anhörungen ein Stück weit auch mit vorbereitet und auch die Ergebnisse dann mit aufnimmt. Aber im Wesentlichen im ersten Schritt die Anhörung vorbereitet und ja die letzte Arbeitsgruppe Erfahrung Asse, Gorleben, da muss man eben präzisieren, was da dann jetzt präzisiert werden soll. Ich sehe auch, dass da ein wesentlicher Input in die Arbeitsgruppe 1 erweitert gegeben werden sollte, weil das die Schwerpunkte wahrscheinlich der Erfahrung dann sein werden. Also zusammengefasst, Arbeitsgruppe 1 Ergänzung um gesellschaftliche Entscheidungskriterien, ein zweites Kommissionsmitglied mit in die Leitung nehmen und dann die technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien und Kriterien für Fehlerkorrekturen zusammen zu führen.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Jäger, Frau Kotting-Uhl bitte.“

Frau Kotting-Uhl:

„Die Arbeitsgruppen haben ja alle Themen, die in mindestens ein oder zwei oder noch mehr andere vorgeschlagene Arbeitsgruppen mit rein reichen, das lässt sich auch gar nicht vermeiden. Ich will noch einmal dafür plädieren, dass man die Arbeitsgruppen so lässt wie sie vorgeschlagen sind. Ich würde auf keinen Fall in diese Arbeitsgruppe 1 noch irgendein Thema reinpacken. Das ist die völlig neue Aufgabe die diese Kommission hat, Beteiligungsverfahren zu entwickeln, die wirklich den Namen Partizipation auch verdienen, das ist etwas völlig anderes als wir es bisher kennen bei Projekten. Deswegen habe ich auch Frau Hendricks in ihren Ausführungen da nicht zugestimmt in der Ansicht, dann wenn der Standort gefunden ist, dann fängt der eigentliche Prozess an und wir gehen in die Beteiligungsverfahren. Da stimme Herrn Sommer zu. Wir wissen, oder wir haben uns darauf verständigt, dass die sehr viel früher sein müssen und auch wirklich völlig anders als das was wir bisher von Planfeststellungsverfahren und diesen Beteiligungen da kennen. Das ist absolut nicht ausreichend, das heißt das ist ein extrem hoher Anspruch, wo wenig belastbare Erfahrungen da liegen, die man da verwenden kann, sondern eigentlich eher Negativ-Erfahrungen in der Mehrzahl. Also deswegen auf keinen Fall da noch irgendwas reinpacken. Die Arbeitsgruppen müssen nicht alle groß sein, gleich groß. Also diese AG 1 ist relativ groß, zumindest von dem Interessenten-Katalog, die bisher da liegt. Das ist auch nicht verkehrt, dass da auch wirklich alle Gruppierungen gut vertreten sind, weil eben diese Aufgabe so essentiell ist. Die anderen müssen in meinen Augen nicht so groß sein. Werden es auch nicht, weil da auch zum Teil mehr technischer Sachverstand rein muss. Ich würde auch die AG 4 mit nichts zusammenlegen, ich halte die für wichtig. Ich teile nicht ganz Robert Harwegs Einschätzung in der Interpretation, worum es da geht, aber ich teile sehr wohl, dass der Titel „Kriterien für Fehlerkorrektur“ nicht ganz stimmt. Weil es geht um mehr als Kriterien. Und man lässt sich von diesem Titel dazu verführen, zu sagen na ja, das kann doch eigentlich zu AG 3, denn da geht es auch um Kriterien. Da geht's aber tatsächlich um Kriterien. In der AG 4 geht's um viel mehr. Nicht nur was nehmen wir um zu entscheiden ob was falsch war oder schlecht, sondern was macht man dann, was für Möglichkeiten? Da gibt's ja Vorarbeiten von AkEnd, gibt's sicher auch noch andere Dinge, aber es gibt extrem wenig. Das heißt das ist eine AG, die auch ein relativ neues Arbeitsfeld erarbeiten muss und das würde ich auf keinen Fall mit einer anderen Gruppe zusammen legen. Ich glaube wir tun uns keinen Gefallen und wir ersparen auch nichts an Zeit oder Arbeit, wenn wir Themen, die in sich so eine Breite haben und auch so eine Tiefe in der Beschäftigung erfassen, wenn man die mit anderen Themen zusammenlegen. Deswegen plädiere ich dafür, diese 5 Arbeitsgruppen so zu lassen, wie sie da vorgeschlagen sind.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Herr Gassner bitte.“

Herr Gassner:

„Schwierige Meinungsbildung. Also ich möchte zunächst AG 3 noch mal dafür plädieren, dass der Zusammenhang zwischen gesellschaftlich und technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien nicht aufgelöst wird. Das bitte ich jetzt aber auch als wirklich eine inhaltliche Fragestellung und eine inhaltliche Diskussion anzusehen. Ich hatte vor vielen Jahren Gelegenheit für den Freistaat Sachsen mal eine Standortsuche zu moderieren und da war dann die Erweiterung des Flächenpotenzials gegeben, weil das Ausschlusskriterium Wald aufgegeben wurde, weil man gesagt hat für eine Sonderabfall-Deponie - für die einzige Sonderabfall-Deponie die übrigens nie gebaut wurde - im Freistaat Sachsen, wäre es sinnvoll, das Kriterium Wald zurückzustellen, weil man damit die Flächenpotenziale deutlich größer hat. Das heißt: Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass wir Ausschlusskriterien ggf. so auch überwinden wollen, dass wir raumordnerische Aspekte, Infrastrukturaspekte anderer Art, Regionalentwicklungsaspekte mitberücksichtigen wollen, dann muss das schon in der Suche der Kriterien mit aufgenommen sein. Die Arbeitsteilung zwischen einer rein technisch-wissenschaftlichen und auf der anderen Seite einer der Regionalentwicklung oder der Infrastruktur verpflichteten Sichtweise würde etwas zementieren, was nicht gut ist und was der AkEnd versucht hat zu überwinden. Deshalb würde ich also vorschlagen, dass man das zusammen lässt, nicht zuletzt, weil es ja nicht darum geht, wer ist Spezialist für die einzelnen Fragestellungen, sondern auch schon, wie ist die Arbeitsgruppe in der Lage, vorzuprägen, wie wir hier diskutieren, und wir sollten die Kriterien nicht auseinanderlegen.

Der zweite Vorschlag ist der: Ich verstehe die Arbeitsgruppe I, Gesellschaftlicher Dialog, so, dass sie zwei Aufgaben hat: die eine ist: die Überlegungen anzustellen, wie die Zukunft strukturiert werden sollte, bezogen auf die Standortsuche; das andere ist: wie vermittelt sich die Kommissionsarbeit während der Arbeit der Kommission schon in die Öffentlichkeit und wie weit üben wir gesellschaftlichen Dialog und wie weit üben wir gesellschaftlichen Dialog dann auch aus und wie weit führen wir ihn durch, und da halte ich für sehr wichtig, zumindest eine Verständigung zu haben, darüber was man sich unter der Arbeitsgruppe V vorstellen könnte. Wenn es so sein sollte, dass man sich in der Arbeitsgruppe V relativ intensiv die jetzigen Akteure anschaut, wie die die Prozesse Gorleben/Asse einschätzen, dann macht man sich unter der Hand vom Subjekt zum Objekt. Dann würde nämlich sie nicht mit teilhaben an der Diskussion 'Wie gestalte ich den Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung während der Kommission', sondern ich nehme sie zu Personen, die ich befrage, wie könnte ich denn – ich mache es jetzt ein bisschen einfach – in der anderen Arbeitsgruppe besser damit umgehen. Dann würde ich vielmehr vorschlagen, zunächst diese Menschen, diese Akteure aus dem Denkraum 'Erfahrungen Asse/ Gorleben' in die Arbeitsgruppe I einzuladen. Und wenn sich dann ergibt, dass Vertiefungen sinnvoll sind, ihnen einen eigenen Raum - noch mal – mit ihnen einen eigenen Raum zu erschließen, dann ist es sinnvoll, aber jetzt würde ich eher sagen, es ist ein bisschen – wie gesagt – sie nicht als Akteure mit einzubeziehen, sondern sie nur anzuhören, und das würde ich nicht so gut finden. Deshalb wäre ich zumindest auch dafür, die AG V zurückzustellen

und der AG I eine bestimmte Vorstrukturierung zu überlassen, ob das Auseinanderlegen sinnvoll ist."

Frau Heinen-Esser:

"Danke schön Herr Gaßner, Herr Wenzel bitte."

Herr Wenzel:

"Ich finde im Grundsatz den Vorschlag der Vorsitzenden gut und machbar. Wenn es den dringenden Wunsch gibt zusammenzulegen, würde ich das an einer Stelle tun, aber bei den jetzigen Vorschlägen habe ich Bedenken. Der Vorschlag von Herrn Jäger, gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien zu trennen, ich glaube, damit würden wir uns unheimlich was vergeben. Wenn wir uns die Frage stellen, warum wir in den letzten 60 Jahren es nicht hingekriegt haben, ein solches Lager zu bauen, dann hängt das auch damit zusammen, meines Erachtens, dass wir immer gedacht haben, es war, oder dass die Gesellschaft und die Entscheidungsträger in der Vergangenheit immer gedacht haben, es ist eine reine technische Frage. Es ist es eben nicht. Es fängt schon dann an, wenn Sie darüber reden was ist in 50 Jahren oder in hundert Jahren. Sind wir in der Lage, so weit voranzuplanen? Wie lange gehen unsere – sage ich mal - unsere Vorplanungen in die Zukunft? Sie sind sofort in gesellschaftlichen Fragestellungen drin und können das nicht voneinander abtrennen. Und deswegen sollte man das an der Stelle auch gemeinsam betrachten. Das Thema 'Fehlerkorrekturen', warum kommt das wieder auf die Tagesordnung? Der AkEnd hat ja im Grunde gesagt, das Thema Rückholung ist als Thema nicht mehr relevant. Das ist dann noch mal in den Zweifelsfragen erörtert worden, wieder auf die Tagesordnung gekommen in Deutschland, in anderen Ländern war es auf der Tagesordnung, in Deutschland ist es wieder auf die Tagesordnung gekommen wegen der Asse. Die haben gesagt: 'Sicher für alle Zeiten'. Und dann kam der Ausschluss des Wassereinbruchs, der vorher als GAU bezeichnet wurde, der kam nach 10 Jahren. Das heißt: die Prognosefähigkeit unserer Wissenschaftler, hat 10 Jahre betragen. Bei einer Technik, die für eine Million Jahre halten soll. Und das ist der Grund, warum das Thema 'Fehlerkorrekturen' wieder auf der Tagesordnung steht. Und wenn man hier was zusammenlegen will, dann könnte ich mir vorstellen, die Erfahrungen aus der Asse da mit reinzunehmen. Oder auch die Erfahrungen aus Gorleben, in die Arbeitsgruppe Fehlerkorrekturen hier mit reinzunehmen, zu sagen: 'Dass gucken wir uns noch mal genauer an und entwickeln dann Mechanismen, gesellschaftliche aber auch technische Mechanismen, die ausschließen, dass wir für die Zukunft noch mal in so eine Sackgasse laufen."

Frau Heinen-Esser:

"Herr Kanitz, dann Herr Thomauske und dann Herr Kleemann"

Herr Kanitz:

"Also ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir am Ende Arbeitsgruppen haben, die einigermaßen gleichwertig, sozusagen auch arbeiten, und wir nicht eine Arbeitsgruppe haben, nämlich die zusammengesetzte gesellschaftlich-technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien plus Fehlerkorrekturen, in die im Prinzip jeder der Teilnehmer könnte, und wir andere haben, die sozusagen leicht eine sehr, sehr kleine Bedeutung nur haben, am Ende für den Prozess genauso wichtig sind, aber hinterher nur zwei oder drei Interessenten finden. Und daher fände ich es schon wichtig, wenn wir im Grundsatz bei der jetzigen Struktur bleiben, wobei ich auch schon die Frage stelle, unabhängig davon wie sinnvoll das ist, gesellschaftliche und technische Entscheidungen zusammen zu besprechen, dass das auch alleine schon ein sehr, sehr großes Thema ist und dass man das durchaus trennen könnte, genau wie gerade von Herrn Jäger beschrieben, meine ich aber, dass wir, wenn es um das Thema Erfahrung aus der Asse geht und Gorleben und auch Schacht Konrad, da geht es, wenn wir in das Gesetz gucken, insbesondere um das Thema Öffentlichkeitsbeteiligung, Fehlerkorrekturen sowie Herr Wenzel das gerade genannt hat, und nicht darum, dass wir noch einen Untersuchungsausschuss wollen sozusagen diese ganze Historie noch mal aufarbeiten. Deswegen würde ich sehr dafür plädieren, dass wir die Arbeitsgruppe V entweder mit der Arbeitsgruppe I, was das Thema 'Gesellschaftlicher Dialog' anbelangt, zusammenlegen und wir diesen Aspekt dort berücksichtigen, oder genau das was Herr Wenzel gerade vorgeschlagen hat, ich finde das hat Charme, 'Fehlerkorrekturen' zusammen mit dem Thema Erfahrungen aus der Asse und Gorleben, weil das sozusagen, genau der Punkt ist, den wir aus der Asse und Gorleben lernen wollen. Bei dem Thema Fehlerkorrektur zusammenzulegen, um dann zu gewährleisten, dass wir vielleicht eine etwas größere Verteilung/Gleichwertigkeit der Arbeitsgruppen haben."

Frau Heinen-Esser:

"Herr Thomauske bitte"

Herr Thomauske:

"Ja, mit Verlaub, da möchte ich gleichwohl widersprechen, weil es einfach an der Stelle die Unterschiede gibt zwischen den vernachlässigbaren wärmeentwickelnden Abfällen und den hochradioaktiven Abfällen, auch im Hinblick auf das Gefährdungspotential. Und es ist nicht so, und deswegen, wir kriegen ja jetzt schriftliche Protokolle, deswegen ist Schweigen an der Stelle nicht Zustimmung, respektive, man ist ja auch gefordert dann, wenn etwas unzulänglich schief wirkt, dann darauf auch zu reagieren. Und das betrifft das, was Herr Wenzel eben zu den Überlegungen des AkEnd gesagt hat. Wir haben nicht gesagt, die Dinge sind dicht und deswegen brauchen wir uns den Sachverhalt nicht näher anzusehen, und wurden dann nach 10 Jahren widerlegt durch die Asse. Also, mit Verlaub,"

Herr Wenzel:

"So habe ich das nicht gesagt"

Herr Thomauske:

"Na, aber in der Tendenz ja, wir können das ja hinterher alles nachlesen. Das ist ja jetzt kein Problem mehr. Wir haben ja jetzt die Wortprotokolle. Und, ja"

Frau Heinen-Esser:

„Aber wir haben den Livestream“

Herr Thomauske:

"genau, wir haben den Livestream, Okay, insofern kommt es mir schon darauf an, dass an der Stelle die Frage der Abwägung in der Zukunft, also was bedeutet es, die Abfälle – und da habe ich auch in dem Papier von Herrn Habeck nichts gefunden – meinen Sie hundert Jahre Überwachung, tausend Jahre Überwachung, zehntausend Jahre Überwachung oder hunderttausend Jahre Überwachung. Über welche Zeiträume reden wir? Wann gehen Sie über zur Endlagerung oder warten wir bis eine Million Jahre? Und an der Stelle wird es unreal und deswegen müssen wir uns irgendwann die Frage stellen, wie wir mit den Abfällen umgehen, wenn Sie sagen, heute nicht, dann müssen wir auch sagen, wann denn dann, in 10 Jahren, in hundert Jahren oder in tausend Jahren. Wie lange wollen wir die Abfälle denn über Tage bewachen? Und an der Stelle kommen wir in die Diskussion, welche Risiken bestehen und genau damit hat sich der AkEnd sehr intensiv beschäftigt und ist deswegen zu dem Vorschlag gekommen, den er dann gewählt hat. Nämlich die Frage, dass das jeweilige Land dann selbst in der Lage ist, zu bestimmen, wie es mit den Abfällen umgeht, ist verkürzt, weil, wenn Sie sich ansehen, dass heute kerntechnische Anlagen in der Ukraine durchaus ein Risikopotential darstellen, nicht wegen der Ukraine möglicherweise selber, sondern wegen der Bedrohung von außen. Und da sind Sie nicht mehr selbstbestimmt als die Nation, die an der Stelle mit den Abfällen umgeht. Diese Fragestellung haben wir damals sehr intensiv, nicht was die Ukraine angeht, aber was das Bedrohungsszenario anbelangt, intensiv diskutiert und deswegen sind wir zu einer, zu der Einschätzung gekommen, zu der wir gekommen sind. Und die können wir ja gerne noch mal diskutieren. Mir geht es darum, welche Aspekte soll denn nun die Aufarbeitung der Asse herbeiführen, welche Erfahrung mit Nichtbeteiligung vorliegt, wo wir gar keine Nichtbeteiligung vorsehen wollen. Das heißt, was lernen wir aus der Nichtbeteiligung an der Stelle für die Beteiligung heute. Das hätte ich gerne mal gewusst. Wenn wir uns mit der Asse, Konrad und Gorleben auseinandersetzen wollen."

Frau Heinen-Esser:

"Herr Kleemann bitte"

Herr Kleemann:

"Ja mein Vorschlag zielte einfach nur auf die Arbeitsökonomie. Wir sind ein Gremium von 32 Kommissionsmitgliedern aus 4 Gruppen. Wir haben die Gruppe der Wissenschaftler, da sind 8, wir haben die Gruppe der gesellschaftlichen Vertreter, das sind 8, die aber sehr heterogen ja auch zusammen gesetzt sind, das ist ja nicht eine Masse gesellschaftliche Vertreter, sondern es sind ja unterschiedliche Gruppen, die dort vertreten sind, also die kann man auch jetzt nicht einfach subsumieren, dann haben wir die Vertreter des Bundes und wir haben die Vertreter der Länder. Und wir müssen jetzt nun schauen, in den Arbeitsgruppen, wie wir halt eben diese verschiedenen Kompetenzen möglichst gleichmäßig verteilen. Wenn ich das rein mathematisch mache bei einer Gruppe, 8 Mitglieder durch 5 macht 1,6. Die Frage ist halt eben, ob das, ob das Know-How auch wirklich dann so aufgeteilt ist oder ob es nicht vielleicht auch unterschiedliche Interessen gibt in die, in die verschiedenen Arbeitsgruppen. Also wir müssen ja auch letztendlich ein fachliches Niveau halten, in diesen Arbeitsgruppen, das es uns ermöglicht, dann in dieser Kommission auch wirklich eine sachgerecht vorbereitete Entscheidung zu haben. Es hilft uns ja auch nichts, wenn jetzt dann, sagen wir drei Vertreter einer bestimmten Richtung irgendwo in einer Arbeitsgruppe sitzen, erarbeiten die Vorschläge, die in die Kommission gebracht werden und die Vertreter der anderen gesellschaftlichen Gruppen dann wiederum sagen, "Ja, wir waren ja gar nicht beteiligt. Konnten es aber nicht, weil das aus Gründen der Arbeitsökologie, -ökonomie gar nicht möglich ist. Also, deshalb mein Plädoyer. Es geht ja nicht darum, dass diese Themen unwichtig geworden sind, dass wir uns jetzt festbeißen, an dieser Zahl von fünf, weil wir meinen, dass diese Themen unbedingt einen entsprechenden Stellenwert haben müssen. Sondern dass wir gucken müssen, was können wir leisten. Und deshalb mein pragmatischer Vorschlag. Wir haben in der letzten Sitzung auch dann beschlossen, dass wir schon mal die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit bilden, die jetzt heute Abend das erste Mal tagt. Wir wollten eigentlich sie frühzeitig bilden, damit sie in der Sommerpause auch tagen kann. Offenkundig war das nicht möglich. Deshalb mein pragmatischer Ansatz, dass wir die beiden wichtigen Themen aus meiner Sicht, jetzt. Evaluation - also zwei und drei. Dass wir diese jetzt heute hier beschließen, und wir dann schauen, ob bestimmte Aspekte ob wir überhaupt genug Leute finden, die bereit sind, in diesen Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Auch das ist ja eine Frage, weil das ist ja mit Arbeit verbunden. Wir müssen Termine finden. Und das muss öffentlich stattfinden und muss vorbereitet werden. Es muss eine Vorsitzenden geben. All das ist mit Arbeit verbunden. Ob wir nicht wirklich uns irgendwie verständigen können, diese Arbeitsgruppen zwei und drei heute ins Leben zu rufen und zu schauen, sind da wirklich Fragen offen. Weil ansonsten sehe ich wirklich das Problem auch der Legitimation dieser Arbeitsgruppen. Denn sie werden nicht das gesamte Spektrum dieser Kommission abbilden können. Es sei denn, wir beuten gewisse Leute einfach aus. Das können wir uns nicht zumuten. Da sind alle hier mehr oder weniger ehrenamtlich tätig. Kriegen eine kleine

Aufwandsentschädigung, aber das ist es nicht das, was man einen Hauptjob nennen kann. Und insofern müssen wir sehen, wie wir die Kräfte auch sinnvoll verteilen. Also das war mein pragmatischer Vorschlag. Danke“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön Herr Kleemann. Herr Jäger bitte.“

Herr Jäger:

„Na, mir scheint die Diskussion hier ein Stück weit, ja deutlich zu machen, wo, weshalb wir uns so schwer tun, über Arbeitsgruppeneinrichtungen zu sprechen. Weil auch der Beitrag vom Herr Wenzel mir jedenfalls gezeigt hat, dass wir unterschiedliche Vorstellungen haben, was denn gemeint ist, was diese Arbeitsgruppen tun sollen. Wenn Sie beispielsweise ansprechen, dass ein Vorschlag, den ich gemacht habe, gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien zum Ziel hätte, dass auseinander zu dividieren, dann hätten Sie mich kräftig missverstanden. Selbstverständlich muss das am Ende wieder zusammengebunden werden. Und das ist die vornehmste Aufgabe der Kommission. Alles hängt mit allem zusammen am Ende und wir müssen das Gesamtbild sehen. Sowohl das Verfahren und die Öffentlichkeitsarbeit, die in den Verfahren eine Rolle spielt. Die Kriterien, die in den Verfahren in den verschiedenen Entscheidungsschritten angewendet werden, müssen platziert werden. Das ist vollkommen klar. Mein Problem und meine Sorge war an der Stelle, unsere interne Diskussion auch, dass wir es eben nur sehr schwer schaffen in diesem Plenum präzise zu definieren, was soll die Arbeitsgruppe machen, wie sind die Zusammenhänge in diesen Arbeitsgruppen, die wir jetzt definieren und wie bindet man das zusammen. Und deswegen der Vorschlag, etwas größeren Schnitt der Arbeitsgruppen zu definieren und sie zu bitten, die Strukturierung und die Inhalte der Arbeitsgruppen etwas näher zu definieren. Damit wir dann im Plenum wieder feststellen können, ja jetzt haben wir alle wesentlichen Felder abgedeckt, das auch in einer richtigen Abfolge abgedeckt und von daher eine Chance, das effizient anzugehen. Noch mal ein Hinweis, zu den gesellschaftlichen Entscheidungskriterien. Mein Verständnis, was darunter passieren soll, beziehungsweise, was damit beachtet, bearbeitet werden soll. Wir haben im Gesetz einen umfangreichen Vorschlag, wie man denn zu einem Endlager kommt. Beginnend mit dem Ergebnis unserer Arbeit und den Vorschlägen Region, Standorte obertägige Erkundung, untertägige Erkundung und Standortfestlegung. Mit jeweils Öffentlichkeitsbeteiligung in unterschiedlichsten Formen. Bürgerforen, die Gebietskörperschaften sollen einbezogen werden. Also in den verschiedensten Art und Weisen, soll die Öffentlichkeit einbezogen werden, innovativ einbezogen werden. Das hat einmal eine inhaltliche Komponente, die können Sie aber kaum trennen von dem Verfahren, von dem Prozess und den beteiligten Organisationen. Und deswegen war mein, unser Verständnis ist unter gesellschaftlicher Entscheidungskriterien auch das Verfahren zu verstehen und damit sehr eng mit der Öffentlichkeitsarbeit miteinander verknüpft. Das spricht dafür, Herr Kleemann, wenn man zu einem ersten Schritt kommt und das zusammenlässt, dann muss man einfach zur Kenntnis oder dann müssten wir sehen, dass wir ein sehr umfangreiches Aufgabengebiet für eine solche Arbeitsgruppe hätten. Die natürlich dann

verlinkt werden muss mit der Öffentlichkeitsarbeit später und dass wir dann in der Folge wahrscheinlich zu einer weiteren Aufteilung kommen. Das nur noch zur Erklärung, dass es schon eine gewisse Logik gibt, die gesellschaftlichen Entscheidungskriterien und die Öffentlichkeits-, Einbeziehung der Öffentlichkeit und Transparenz zusammen zu bringen. Wohlwissend, dass es auch große Blöcke sind und dass wir in ein zweites Kommissionsmitglied in die Leitung und wenn wir dann technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien und die Entscheidungskriterien für die Fehlerkorrekturen ebenfalls zusammen bringen, dann hätten wir zwei sehr große Blöcke. Das würde auch die Nominierung oder die Benennung für die einzelnen Kommissionsmitglieder denke ich mal erleichtern, in welche Arbeitsgruppe sie denn reingehen. Dann in der weiteren Abfolge kann man dann die Entscheidung noch mal anpassen. Je nachdem, wie die weitere Unterstruktur ist.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön Herr Jäger. Herr Fischer bitte.“

Herr Fischer:

„Ich kann es relativ kurz machen, weil vieles von dem, was ich einbringen wollte schon gesagt ist. Mir geht es in erster Linie um die Frage, wie arbeitet eigentlich die Kommission mit den Ergebnissen. Oder ich sag mal mit den Beiträgen der Arbeitsgruppen zusammen. Und da war meine Vorstellung, dass die Arbeitsgruppen in der gewissen Weise modular etwas hervorbringen, herausbringen, was dann hier von uns gemeinsam in der Kommission diskutiert werden kann und urchaus von anderen beleuchtet werden kann. Insofern gibt es aus meiner Sicht gar keine Not, die Arbeitsgruppenthematik zu breit anzulegen, sonst nehmen wir uns die Diskussion die hier dann stattfindet, dort schon ein stückweit in den Arbeitsgruppen vorweg. Also insofern, bin ich eher für den pragmatischen Ansatz, die Themen etwas einzugrenzen und etwas kleiner dort zu halten, um am Ende hier eben auch die Diskussion in der Kommission zu ermöglichen. Das war mein Beitrag.“

Frau Heinen-Esser:

„Letzter in der Debatte Herr Meister, bitte.“

Herr Meister:

„Ganz knapp. Im Augenblick sind diese elf Mitglieder aus allen Bereichen des Kreises, also ein Drittel der Mitglieder der Kommission haben sich für die Arbeitsgruppe Beteiligung der Öffentlichkeit gemeldet. Ich wäre deutlich dafür, die Anzahl von fünf zu reduzieren und würde dem Vorschlag von Herrn Kleemann folgen. Und zwar für die Entscheidung heute. Weil ich glaube, dass es uns nicht gelungen ist, durch die Ferienzeit uns vorab zu

verständigen, wie wir jetzt im Anschluss zusammen sitzen. Wird es für die anderen Arbeitsgruppen auch so gehen, dass sie am ersten Schritt doch relativ präzise inhaltlich den Fokus legen, was der Gegenstand ihrer Beratung ist. Das muss man deshalb so klar und letztlich auch trauriger Weise so sagen, weil die inhaltliche Beratung diesen gesamten Kreises ja noch nicht so weit sind, das wir adaptieren können, welche Segmente nun zwangsläufig in diesen Arbeitsgruppen laufen. Das liegt jetzt in den Arbeitsgruppen mit in der Definition und dieses zu nutzen heute, wenn man drei einrichtet und den Aufnahme von dem, was Herr Gaßner gesagt hat, mein Plädoyer auch, dass fünf in eins rutschen könnte. Und zwar auch in dem Signal, dass schon andere Beteiligungsformen in dieser Arbeitsgruppe dann eingerichtet werden. Damit man aus diesem Objektcharakter der vielleicht zum Teil nicht Beteiligten... aber daraus ergibt sich ja auch ein Erfahrungswissen, Herr Thomauske was wichtig wäre.... das man aus dieser Objektbetrachtung zu einer Subjektbetrachtung kommt... vom Erfahrungswissen dieser Menschen. Und man in diesen Bereich in fünf, glaube ich, aber dass wir eine Verständigung, die heute Abend erfolgen müsste, diesen Bereich aus der Arbeitsgruppe fünf auch in eins aufnehmen könnte. Aber das Plädoyer wäre klar. Nicht über fünf heute zu entscheiden. Weil ich glaube, das würde die Diversifizierung erreichen, die wir dann nicht mehr schaffen, so sinnvoll in tiefen Dimension zu erreichen, dass hier ein Ertrag für die Arbeit der Gesamtkommission am Ende sein könnte.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kudla, bitte. – [Unverständlich] eigentlich der letzte gerade eben. - Aber sind wir einverstanden, dass Herr Kudla jetzt der letzte in der Diskussion darüber ist und wir dann über - in die tiefere Abstimmung kommen, ja?“

Herr Kudla:

„Ganz kurz noch, ich hatte ja vorher schon vorgeschlagen, die Arbeitsgruppen zu reduzieren. Die Arbeitsgruppe 5: „Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad“. Das sind die einzigen Endlager, die wir hier in Deutschland – Morsleben kommt noch dazu und das ist hier letztlich auch gemeint – das sind die einzigen Endlager, die wir hier haben. Diese Erfahrungen müssen für mich selbstverständlich in die Diskussion zur Öffentlichkeitsbeteiligung, zur Transparenz und zum gesellschaftlichen Dialog einfließen. Das heißt, die Erfahrungen daraus müssen in die Arbeitsgruppe 1 einfließen. Aber: Die Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Morsleben, Schacht Konrad müssen genau so einfließen bei den technisch-wissenschaftlichen Entscheidungskriterien. Insofern muss sowohl in der Arbeitsgruppe 1, als auch in der Arbeitsgruppe 3 – müssen die Erfahrungen aus diesen Endlagern berücksichtigt werden. Insofern weiß ich nicht, ob wir wirklich überhaupt eine eigene Arbeitsgruppe 5 brauchen, sondern einfach diese Themen, diese Erfahrungen hier in 1 und 3 aufnehmen müssen. Die Arbeitsgruppe 2, die soll so bleiben, die Arbeitsgruppe 4 – ich will jetzt nicht noch mal diskutieren -, würde ich nach wie vor zur Arbeitsgruppe 3 zusammenfassen, aber - dann hätten wir drei Arbeitsgruppen, und das ist, mein ich, auch handhabbar.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Kudla. Ich bemühe mich jetzt mal, eine Heranführung an eine Entscheidung. Weil wir hier die unterschiedlichsten Auffassungen gehört haben, von allen 5, bis Reduzierung auf 3, nur Abstimmung über 2. Also wir haben hier wieder alles. Und müssen jetzt schauen, wie wir uns in der Frage annähern. Die Arbeitsgruppe „Öffentlicher, gesellschaftlicher Dialog“ ist ja bereits eingesetzt, mit der letzten Sitzung. Inwieweit da eine Erweiterung kommt, da können wir später noch mal, wenn wir an die entsprechenden paar Punkte kommen, diskutieren. Ich rufe jetzt einfach mal auf die Arbeitsgruppe 2, „Evaluierung“. Da hatte ich den Eindruck jetzt in der Diskussion, dass die Einsetzung komplett unstrittig gewesen ist, auch zum jetzigen Zeitpunkt. Oder hab ich mich da vertan? Ich guck jetzt mal in die Gesichter: Nein. Dann könnten wir bitte ein Votum fassen über die Einsetzung der Arbeitsgruppe „Evaluierung“: Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer sich enthält, das Handzeichen. Wer dafür ist, auch noch mal – aber das ist ja klar, alle sind dafür. Aber das ist so ein schönes Bild hier, weil, ist ja Konsens. Herr Thomauske stimmt nicht mit? O.k., also, einstimmiger Beschluss, die Arbeitsgruppe 2, „Evaluierung“, ist hiermit eingesetzt. Wir kommen zu den Arbeitsgruppen 3, 4 und 5.

Mit der Arbeitsgruppe 5 habe ich jetzt – ich fang jetzt mal von hinten an – gibt es verschiedene Vorschläge. Herr Kudla hat einen vorgetragen und sagt, das, was dort besprochen werden soll, soll in den beiden anderen besprochen werden. Es gibt den Vorschlag, die Arbeitsgruppe „Erfahrungen aus der Asse“ in den „Gesellschaftlichen Dialog“ zu packen. Es gibt den Vorschlag, die „Erfahrungen aus der Asse“ in die „Kriterien für Fehlerkorrekturen“ zu lassen. Und unser Vorschlag ist, sie eigenständig zu belassen. Ich werbe jetzt noch mal kurz dafür. Ich meine nicht, dass die Arbeitsgruppe so intensiv in den „Gesellschaftlichen Dialog“ hinein passt. Also sie könnte hineinpassen, es geht aber hier auch noch um ein paar andere Fragen. Es geht auch um die Fragen „Risikoabschätzung“ etc. Wie ist man damals damit umgegangen, was ist dann falsch gelaufen. Welche Prozesse sind da falsch gelaufen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Arbeitsgruppe „Gesellschaftlicher Dialog“. Sondern dass ist auch eine technische, und dass ist eine Risikobewertungsfrage, die dort hinter steckt. Deshalb werben wir als Vorsitzende nach wie vor dafür, diese Arbeitsgruppe eigenständig zu lassen. Jetzt gucke ich aber noch mal hier in die Gesichter und -. Herr Duin schüttelt schon den Kopf [lacht, jemand anderes sagt etwas Unverständliches]. Sie müssen 's Mikrofon bitte nehmen.“

Herr Duin:

„Ich fand, dass Herr Kudla, auch hinsichtlich der Arbeitsgruppe 5, aber auch hinsichtlich der Arbeitsgruppe 4, den weisesten Vorschlag gemacht hat, auf den man sich verständigen kann. Wenn man dann die Argumente, die hier von verschiedenen Leuten, hinsichtlich der Arbeitsökonomie, noch einmal dann dazunimmt, wenn man schon weiß, dass elf Leute aus den unterschiedlichen Bereichen sich in der Arbeitsgruppe 1 wiedergefunden haben, dann löst das, glaube ich, viele Probleme. Und wenn man dann, im Rahmen auch der selbstreferentiellen Betrachtung im Januar zu einem anderen Ergebnis kommt, dass man doch noch eine Vierte braucht, finde ich, kann man das

machen, und insofern war mein Plädoyer nur für den Vorschlag von Herrn Kudla.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl?“

Frau Kotting-Uhl:

„Ich würde jetzt nicht mehr in die Debatte einsteigen wollen. Wollen wir nicht Meinungsbilder machen?“

Frau Heinen-Esser:

„Ja, los!“

Frau Kotting-Uhl:

„Wie jetzt?“

Frau Heinen-Esser:

„Entschuldigung, nein, ich wollte jetzt fragen - [Gelächter]. Nein, das war zu salopp, Entschuldigung.“

Frau Kotting-Uhl:

„Ja!“

Frau Heinen-Esser:

„Wir wollen nicht in die tiefe Debatte, sondern wir wollen jetzt entscheiden, in welcher...“

Frau Kotting-Uhl:

„Genau, es gibt doch drei Vorschläge, und da würde ich jetzt Meinungsbilder dazu machen lassen...“

Frau Heinen-Esser:

„Genau!“

Frau Kotting-Uhl:

„...Oder nach dem, so macht man's in Parteien oft,..."

Frau Heinen Esser:

„Herr Duin hat ja seinen..."

Frau Kotting-Uhl:

„...dass – weitreichendste Vorschlag zuerst abstimmen und dann die nächsten, und dann hat man das.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Miersch noch dazu.“

Herr Miersch:

„Entschuldigung, ich will da nur, ich kann mit Herrn Kudlas Vorschlag gut leben, nur 5 ist für mich dann auch eine Frage von 1. Das heißt also nicht dass, weil das eben so lautete 3, 4, 5 zusammen, Asse, Gorleben ist nicht nur 'eine Frage von Öffentlichkeitsbeteiligung, da sind wir uns einig, und insofern meinetwegen 1, 2 und 3, aber Asse- und Gorleben-Erfahrungen sowohl in der Arbeitsgruppe 3, wie auch in der Arbeitsgruppe 1, ne?“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Habeck?“

Herr Habeck:

„Ich würde nur darauf hinweisen, das tue ich mit einer gewissen Ratlosigkeit, nicht gegen die formale Strukturierung, die Herr Kudla vorgeschlagen hat, aber dass dann die jetzt neu entstehende große Arbeitsgruppe ja im Grunde den Kern dieser Kommission ausmacht – also, die ist 'n bisschen übergewichtig, bei aller Ehre zur Öffentlichkeitsbeteiligung, aber da spielt dann die Musik, und gut, wir haben die Aufgaben der Arbeitsgruppen ja klein gemacht, von mir aus so o.k., aber in der Tat ist sozusagen die, wie will ich sagen, „Teile und herrsche“-Nummer dann weg. Sondern da ist nur noch: Herrsche! Und diese Arbeitsgruppe entscheidet, oder da wird sozusagen das Wesentliche diskutiert. Was ja o.k. ist, nur macht einen das auch manchmal – zu viel Wesenhaftigkeit auf einem Haufen ist ja manchmal auch zu viel. Auf – ich sage es nur und rede nicht dagegen. Wenn das alle so, im vollen Bewusstsein so entschließen, dann: fein.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich darf ja nicht mit stimmen, aber... – Gut, dann entscheiden wir über den Kudla-Vorschlag: 3 und 4 zusammenlegen? Und die AG 5 in die Überarbeitsgruppe mit einbinden, und die AG 5 auch explizit in die AG 1 mit einbinden. Dann hätten wir in der Tat drei Arbeitsgruppen. Die AG 1 würde erweitert auch um „Erfahrungen aus Asse, Gorleben etc.“, die AG 2, „Evaluierung“, da ist die Frage, inwieweit man die Erfahrung dort auch noch mal betrachtet, aber das würde ich jetzt nicht als konkrete Frage nehmen, und in der AG 3, 4 kommt dann explizit, ist der Titel dann: „Gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien für Fehlerkorrekturen unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad“. So hieße dann der Titel dieser Arbeitsgruppe.“

Frau Kotting-Uhl:

„Entschuldigung, darf ich noch mal nachfragen?“

Frau Heinen-Esser:

„Klar!“

Frau Kotting-Uhl:

„Wir entscheiden dann aber auch eventuell noch über andere Vorschläge, ja? Falls der jetzt keine tolle Nummer findet.“

Frau Heinen-Esser:

„Das ist jetzt ein Vorschlag, den ich hier aus der Diskussion nehme. Unterschlagen habe ich Ihnen jetzt den Vorschlag von Herrn Jäger, nämlich „gesellschaftlich“ mit in die Arbeitsgruppe 1 zu nehmen, „Gesellschaftliche Kriterien“, und Herr Kanitz, hab' ich bei Ihnen was unterschlagen?“

Herr Kanitz:

[Ohne Mikrofon:] „Nein!“

Frau Kotting-Uhl:

„Doch, doch, doch! Dann übernehme ich den Vorschlag von Herrn Kanitz.“

[Unverständlicher Zwischenruf.]

Frau Heinen-Esser:

„Das...“

Frau Kotting-Uhl:

„4 und 5 zusammenzulegen – also, wenn schon nicht Ihr ursprünglicher Vorschlag abgestimmt wird.“

Frau Heinen-Esser:

„O.K., 4 und 5 zusammenzulegen. O.K. Herr Kleemann noch!“

Herr Kleemann:

„Ich bin ja wieder bekannt für meine pragmatischen Vorschläge. Wie wäre es denn, wenn wir einfach mal ein Meinungsbild erstellen würden, wer Interesse an welcher Arbeitsgruppe hat? [Unverständlicher Zwischenruf.] Das wäre ja auch zum Beispiel eine Möglichkeit.“

Frau Heinen-Esser:

„Das hatten wir ja versucht, die Rückmeldung war schwach.“

Herr Kleemann:

„...Dann sehen wir nämlich sehr schnell, dass gewisse Arbeitsgruppen gar nicht so besetzt werden.“

Frau Heinen-Esser:

„Das bezweifle ich.“

Herr Kleemann:

„Ja.“
Jemand ohne Mikrofon [Herr Kleemann?] nebenbei:
„Ich kann ja auch in mehrere gehen.“

Frau Heinen-Esser:

„Also, wir haben verschiedene Vorschläge. Ich sag' jetzt noch mal: Wollen – wie stehen wir zur Arbeitsgruppe 5? Ich taste mich jetzt langsam heran. Unabhängig davon, ob wir 3 und 4 getrennt lassen oder zusammenfügen. Lassen wir die Arbeitsgruppe 5 eigenständig, oder fügen wir sie in die

anderen Arbeitsgruppen mit ein? So, ich schlage dann jetzt, ich schlage – ich will nicht überstimmt werden -, also hier ist das Meinungsbild so, dass die Arbeitsgruppe 5 in andere Arbeitsgruppen eingefügt werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Jetzt muss ich abzählen: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 sind für die Einfügung der Arbeitsgruppe 5 in andere. Ich lass jetzt noch mal dahingestellt in welche. Wer ist dagegen bitte? 1. 2. 3. Drei sind dagegen. Wer Enthält sich? 1, 2 enthalten sich, drei Enthaltungen. Dann komme ich zu der Frage, fassen wir die Arbeitsgruppen 3 und 4 zusammen, so wie es Herr Kleemann vorgeschlagen hat oder fassen wir sie nicht zusammen? Wer dagegen ist, sie zusammenzufassen, den bitte ich um das Handzeichen. 1, 2. Zwei. Wer ist dafür, sie zusammenzufassen? 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 sind dafür. Wer Enthält sich? 1, 2, 3, 4. Vier Enthaltungen. So, jetzt sind es 5 Enthaltungen. Damit sind die Arbeitsgruppen 3 und 4 zusammengefügt, die Arbeitsgruppe 5 wird in die Arbeitsgruppe“

[Zwischenruf –unverständlich]

Frau Heinen- Esser:

„wie bitte?“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Ja, den Fehler habe ich gemacht. Den Fehler habe ich gemacht. Entschuldigung. Wir haben drei und vier abgestimmt. Das war eindeutig. Wir können jetzt auch noch mal abstimmen die Zusammenfügung der Arbeitsgruppen 5 und 4, wobei wir eben mit Mehrheit abgestimmt haben, die Arbeitsgruppe 5 in anderen Arbeitsgruppen aufgehen zu lassen. Tut mir leid, Herr Wenzel. Es ist nicht meine Idee gewesen. So. Jetzt Einfügung der Arbeitsgruppe 5. Ich will den Titel jetzt auch noch mal festlegen für die Arbeitsgruppen drei und vier, denn hier ist noch die Frage Jäger „gesellschaftliche Kriterien, Einfügung in Arbeitsgruppe 1, ja oder nein? Ja, Herr Jäger.“

Herr Jäger:

„Ich will das Verfahren abkürzen, indem ich diesen Vorschlag zurückziehe zugunsten des Vorschlags, den Sie eben formuliert haben auf Basis von Herrn Kleemann.“

Frau Heinen-Esser:

„O.K. Damit hat“

Herr Jäger:

„beziehungsweise von Herrn Kudla, Entschuldigung.“

Frau Heinen-Esser:

„Damit heißt – ja genau, ich war das nicht – damit heißt die Arbeitsgruppe neu jetzt: „Gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien, Kriterien für Fehlerkorrekturen unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad, Morsleben“ – müssen wir noch dazu nehmen. Einverstanden? Den Titel der Arbeitsgruppe 1 erweitern wir: „Gesellschaftlicher Dialog Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz ebenfalls unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen aus. Einverstanden? Sind Sie jetzt mit den Arbeitsgruppen, wie wir sie formuliert haben, einverstanden? Wenn ja, bitte ich um das Handzeichen. Ja, also 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, sagen ja, wer sagt nein? Keiner sagt nein, enthält sich jemand? Einstimmig so angenommen. Ich danke ganz herzlich dafür. Damit sind wir jetzt wieder einen großen Schritt weiter. Wir versenden das morgen bereits damit, dass Sie sich bitte melden, wer Interesse an welcher Arbeitsgruppe hat.

Ich darf noch ganz kurz auf zwei, drei weitere Themen aus dem Arbeitsprogramm kommen oder ein weiteres Thema, das ist der Punkt „Informationsfahrten“. Da schlage ich vor, den finden Sie auf der Seite 7 –

Unbekannt:

„Frau Heinen-Esser, Entschuldigen Sie bitte, eine Frage, Leiter der Arbeitsgruppen, wollen wir die heute festlegen?“

Frau Heinen-Esser:

„Nein. Es kommt darauf an“

Zwischenruf:

„Wie kommt die Arbeitsgruppe dann zur Arbeit?“

Frau Heinen-Esser:

„wer sich da wie meldet, wer besonderes Interesse an welcher Arbeitsgruppe zeigt und dass wir dann, es ist ja noch bis zum 22. September, wir sind ja jetzt in ganz kurzem Zeitraum, dass wir das dann am 22. September beschließen werden, als es jetzt im Zurufverfahren zu machen, wo der eine oder der andere schon nicht dabei ist. Frau Kotting-Uhl.“

Frau Kotting-Uhl:

„Ich hatte hier schon mal angesprochen und möchte es jetzt noch mal tun, ob wir uns in irgendeiner Weise dafür entscheiden wollen, aus welchen Gruppierungen die Leiter der Arbeitsgruppen kommen. Ich hatte mal vorgeschlagen, dass es nicht politische Mitglieder dieser Kommission sind, aber wir haben da nicht weiter darüber geredet. Das würde ich noch mal zur Debatte stellen wollen. Also, dass die Leiter der AGen aus den Bereichen Gesellschaft und Wissenschaft kommen.“

Zwischenbemerkung Müller: Wir machen einen Vorschlag, wenn wir wissen, wer kommt.“

Frau Heinen-Esser:

„OK Also: Wollen wir das jetzt diskutieren, aus welchen Gruppen oder wollen wir erst mal schauen, wer sich wo wie meldet und wir legen einen Vorschlag vor, der ausgewogen ist. Da können Sie uns vertrauen. Wenn Sie dann nicht mit einverstanden sind, können Sie das hier, aber wir legen einen ausgewogenen Vorschlag ... vor. Ja? Aber wir wollen jetzt auch mal die Nennungen abwarten, wer wobei dabei ist. So. Vielleicht noch ein Wort zu den Informationsfahrten, die wir im Arbeitsprogramm genannt haben, das werden wir natürlich das werden wir noch dazu formulieren unter dem Lichte der Erfahrungen aus der Anhörung zu den internationalen Erfahrungen machen, dass wir hier aktueller sind. Damit hätten wir jetzt wenn ich das so sagen darf, das Arbeitsprogramm beschlossen 2014, 15. Wir haben den Tagesordnungspunkt 6 mit abgehandelt. Die Sitzungsplanung für dieses Jahr. Wir haben den Tagesordnungspunkt 8 mit abgehakt, die Einsetzung von Arbeitsgruppen, wir haben den Tagesordnungspunkt 9 mit verabschiedet, nämlich die Vorbereitung von Anhörungen, deren Inhalte, einzuladende Experten, etcetra erst auf der nächsten Sitzung endgültig beschlossen werden, wir haben die Anhörungen beschlossen, aber noch nicht die Inhalte. Was wir noch nicht jetzt betrachtet haben, das ist die Frage mit auswärtigen Veranstaltungen, was hier schon mal in der Diskussion angesprochen wurde, Asse, Gorleben, da bitte ich jetzt auch noch um ganz kurzes Meinungsbild dazu, damit wir den Punkt auch entscheiden können. Wenn Sie meinen, wir sollen ihn lieber beim nächsten Mal entscheiden, können wir das auch tun, da ist jetzt keine direkte Eile hinter, ich habe aber Herrn Wenzel in Erinnerung, dass er, Sie hatten was dazu, nee, Herr Gaßner war das, glaube ich nicht? Wollen wir es verschieben? Würde ich vorschlagen, dass wir, oder? Herr Gaßner.“

Herr Gaßner:

„Ich war nur Bote, und von daher würde ich es sehr begrüßen, wenn Sie sich auch noch mit den Personen auch noch in Verbindung setzen, und dann können wir das das nächste Mal diskutieren.“

7. Ralf Meister: Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsbeteiligung- Erste Überlegungen

Frau Heinen-Esser:

„Gut. Das ist dann ein Punkt für die todo-Liste für uns, nämlich, dass Michael Müller und ich uns noch mal erkundigen und dann in der nächsten Sitzung Vorschlag machen, wie wir das handhaben. Damit hätten wir eine ganze Reihe von Tagesordnungspunkten abgearbeitet und wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 7, Herr Meister, nämlich Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsbeteiligung, erste Überlegungen, aber auch – das war ja heute Morgen in die Tagesordnung mit aufgenommen worden, konkrete Aufträge. Herr Meister, Sie haben das Wort bitte.“

Herr Meister:

„Ja, herzlichen Dank, ich will ganz kurz fortsetzen zu dem, was ich eben gesagt habe noch einmal zu uns, es ist auch sicherlich mir geschuldet durch die Urlaubszeit aber auch die Urlaubszeit vieler derjenigen, die sich gemeldet haben, in der Beteiligung für diese Arbeitsgruppe nicht gelungen, ein erstes Treffen zu realisieren, das wird in unmittelbarem Anschluss an die Sitzung der Kommission jetzt stattfinden, und es wird sicherlich dabei, auch heute Abend, es sind terminiert 60 bis maximal 90 Minuten für dieses erste Treffen, so dass keine ausführliche Arbeitssitzung daraus sein wird, sondern es wird dabei prioritär darum gehen, Formalia und dann die ersten Bausteine für die Arbeitsweise vorzulegen. Ich habe nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Geschäftsstelle und einem vorläufigen, sehr sehr vorläufigem Entwurf von Fragen die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe vorab informiert, ich muss gestehen, dass ich mich auch nach der Debattenlage der ersten beiden Sitzungen ein bisschen gescheut habe – ich sag mal – etwas verbindlichere Sätze schon zu formulieren, solange diese Arbeitsgruppe nicht zusammengekommen ist. Sondern ich glaube, dass es schon die Konstituierung dieser Arbeitsgruppe geben muss, und wir uns dann darüber verständigen, wie wir unseren Auftrag verstehen, ich sehe meinen Auftrag an dieser Stelle zumindest in diesem Zeitpunkt in keiner Weise darin, dass das durch die Benennung in der letzten Sitzung von meiner Person als Leiter damit verbunden ist, sondern dass wird heute Abend geschehen. In der ersten Ideenskizze sozusagen, der Aufnahme von Fragen, da sind Dinge von mir nur zum Ausdruck gebracht worden, die ich auch aus den Gesprächen jedenfalls so gehört habe und die ich noch mal ein bisschen zugespitzt habe. Ich glaube, es wird – denke ich - sehr deutlich um die Frage gehen, ob schon in der Arbeitsweise dieser Arbeitsgruppe Modelle der Beteiligung zu erkennen sein werden, die wir für grundsätzlich für den gesamten Prozess ins Auge nehmen werden. Gelingt uns das oder gelingt uns das nicht? Das heißt auch, wie wird diese Arbeitsgruppe ihre Arbeit führen, das heißt auch mit welcher Beteiligung auch mit welchen Gästen wird sie geführt? Sind wir in der Lage, beispielhaft in dieser Arbeitsgruppe Initiativen anzuregen, die schon während des Verlaufs der Kommission Beteiligung der Öffentlichkeit signifikant zeigen? Gelingt uns das oder gelingt uns das nicht? Und es wird für mich in einem allerersten Schritt sicherlich schon sehr darauf ankommen,

dass wir ganz, ganz zu Anfang noch einmal in die Nomenklatura schauen, dass wir ein bisschen uns über Begrifflichkeiten verständigen. Wenn man AKEnd sozusagen in der Relektüre hat, und wenn man unsere Debatten verfolgt, dann erleben wir eine extrem weite Debatte über den Begriff der Öffentlichkeit, wir reden manchmal von Interessierten, wir reden manchmal von Kritischen, wir reden manchmal von der allgemeinen Öffentlichkeit. Wenn wir die Beteiligung der Öffentlichkeit meinen, dann müssten wir uns an der Stelle auch noch mal verständigen, was denn damit gemeint ist, denn grade so wie wir das hier in den Gesprächen oft auch austauschen, hat da jeder seine eigene Öffentlichkeit, die er gerne an dieser Stelle prioritär informieren will. Da werden wir uns glaube ich darauf verständigen müssen. Und es gibt da ein paar Punkte, die ich sozusagen auch nur in Kladde einmal entworfen habe, über welche Begrifflichkeiten sicherlich in dieser Arbeitsgruppe sich verständigen muss, dazu gehört das, was ich unter - sagen wir mal – Risiko ethischen Gesichtspunkten sehe, die in der Öffentlichkeit anders dargestellt werden als in politischer Pragmatik, welche Rolle spielt das in der Kommunikation eines solchen Vorhabens was immer unter Risikoaspekten in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und wie reagieren wir darauf? Und heute Abend wird es glaube ich sehr darum gehen, dass wir in einem ganz zügigen Durchgang durch zentrale Grundfragen uns so weit formulieren können, dass wir für die nächsten Sitzungen dann in der zweiten Sitzung sicherlich schon inhaltlich arbeiten können. Aber mehr kann man im Augenblick dazu noch nicht sagen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Meister, schon mal für den Überblick, Herr Habeck hat sich gemeldet.“

Herr Habeck:

„Ja, vielen Dank. Ich würde gern eine Frage stellen, die ich aber so halb als Vorschlag meine und sozusagen die Frage auf Umsetzung zielen lasse: vielleicht ist es ne Möglichkeit zu überlegen wie weit tatsächlich Meinungsumfragen oder die Politiker kennen das, so strukturierte Interviews quasi als Voten der Öffentlichkeit eingeholt werden können. Ich bin eigentlich dafür, das zu machen, die Frage ist natürlich, wann ist der richtige Zeitpunkt und zu welchen Themen ist das der richtige Zeitpunkt. Da könnte ich jetzt lange darüber reden, aber das sollte die Arbeitsgruppe der Kommission darüber entscheiden, aber das fände ich mal interessant, ob wir uns trauen, Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit zu bestimmten allgemeineren Fragestellungen, die können natürlich nicht beantworten, wie hoch ist die Dichtigkeit bei Ton oder so etwas, aber bestimmte Fragestellungen, die wir heute auch hatten, sind sicherlich auch von informierten Menschen im Durchschnitt zu beantworten, inwieweit das sozusagen die Arbeit hier mit prägen kann und wann und wann auch nicht. Das finde ich wünschenswert, wenn wir dieses Thema aufgreifen würden.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Sommer bitte.“

Herr Sommer:

„Also Meinungsumfragen werden sicherlich ein wichtiges Element sein, aber natürlich nicht erschöpfend die Bürgerbeteiligung darstellen können. Aber wir müssen natürlich schauen, wie wir ständig reflektieren wie auch unser Auftrag, unsere Arbeitsweise, unsere Fortschritte wahrgenommen werden. Darüber werden wir bestimmt in der Arbeitsgruppe sprechen. Ich denke, wir sollten uns noch über eine Sache kurz grundsätzlich verständigen, ich hatte nen Vorschlag unterbreitet, der ist auch gerade verteilt worden, für eine Art Arbeitsauftrag für die Kommission. Wenn ich mir aber anschau, wie weit oder wie nicht weit wir bisher in der Generaldebatte gekommen sind, und wir heute Abend uns das erste Mal in der Kommission treffen, neige ich dazu, vorzuschlagen, dass wir innerhalb dieser Arbeitsgruppe zunächst mal einen Vorschlag entwickeln für den Arbeitsauftrag und uns den dann abholen aus der Gesamtkommission. Ich glaube jetzt aus heiterem Himmel den Arbeitsauftrag zu formulieren wäre vielleicht ein bisschen früh.“

Frau Heinen-Esser:

„Die Auffassung teile ich, Herr Sommer, wenn ich das einfach mal so sagen darf, wir haben ja auch von Herrn Brunsmeier noch Vorschläge für Arbeitsauftrag bekommen. Die sind Ihnen ja auch schon zugegangen. Ich würde uns auch nicht empfehlen jetzt zu sagen, das macht Ihr, das macht Ihr, aber was ich doch jetzt sagen würde, gibt es Themen, so wie Herr Habeck gerade das eine angesprochen hat, wo hier Kommissionsmitglieder sagen, das möchten sie gerne, dass es noch zusätzlich in der Arbeitsgruppe berücksichtigt wird oder das soll in die Diskussion mitgenommen werden? Das hielte ich schon für sinnvoll. Herr Kudla hat da was.“

Frau Kudla:

„Ich würde mir noch wünschen, wenn in der Arbeitsgruppe auch diskutiert wird, inwieweit gewisse Meinungen aus der Öffentlichkeit repräsentativ sind. Ja, es werden ja öfters Einzelmeinungen kundgetan. Manche Einzelmeinungen sind, kriegen dann auch starkes Gewicht in der Öffentlichkeit, auf der anderen Seite sind das Einzelmeinungen. Denn es kann nicht so sein, dass es dann so ist, wie unter gewissen online-Zeitungsartikeln, wo jeder seine Meinung drunter schreiben kann, und seinen Leserbrief in Anführungsstrichen, wenn Sie das manchmal sehen, dann werden Sie sehen, dass das nicht irgendwo repräsentativ ist. Ich würde mir also wünschen, wie mit dem Thema Repräsentativität von einzelnen Meinungen auch umgegangen wird.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Meister wollen Sie was dazu sagen jetzt noch?“

Herr Meister:

„Herzlichen Dank nochmal, das ist für mich genau das, was ich unter dem Verständnis von Öffentlichkeit, in der Begriffsklärung von Öffentlichkeit gemeint habe, das ist - ich sage es mal so ein bisschen in der Verdachtshermeneutik - natürlich auch ein Misstrauen gegen die Verwendung des Begriffs Öffentlichkeit, wie wir das hier manchmal im Kreis getan haben.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Gaßner bitte dazu.“

Herr Gaßner:

„Ja, ich würde von dem Allgemeinen her hier gerne zwei Punkte markieren. Der eine ist, das wäre für mich interessant, dass die Arbeitsgruppe sich mit dem Thema beschäftigt, was hat das Standortauswahlgesetz an Verarbeitung vom AKEnd oder anders ausgedrückt, was ist das Ziel der neuen Plattform, die nicht nur Konsens heißen kann, sondern den Konsens erzielen will und da verweise ich darauf, dass der AKEndbericht in einer sehr intensiven Weise den Begriff der Beteiligungsbereitschaft verwendet, den das Standortauswahlgesetz so nicht mehr aufgreift. Deshalb ist es mir auch so wichtig, dass wir dieses Thema AKEnd unter dem Aspekt mal betrachten um dann zu sehen, welche Fortentwicklung dieses Standortauswahlgesetz markiert und welche würden wir dann auch mitteilen weil wir auch das Thema Evaluierung mit auf der Tagesordnung haben. Das Zweite ist, das ist schon mehrfach bei mir angekommen, ich habe ein intensives Interesse daran, dass die Arbeitsgruppe für die Kommission, nicht nur für sich, ein Konzept entwickelt, wie sie auch in verschiedenen Regionen auftritt. Und da war die Anmerkung bezogen auf, dass die Menschen in der Asse und im Raum Gorleben seit vielen Jahren engagiert sind, ein anderes Verständnis haben als wir es hier im Rahmen der Diskussion um das Standortauswahlgesetz schon mal angesprochen haben, dass es sicherlich viele Menschen gibt, die sich erst einmal gar nicht dafür interessieren und ob wir die auch erreichen wollen. Da war z.B. eine These, geht die Kommission auch zu den Standortzwischenlagern? Das sind sehr viele Orte und da werden wir dann auch noch mal wieder eine Abwägung geben müssen, was andere Reiseziele im Verhältnis zu so einer Regional-Inbezugnahme auch darstellen, also auch in die Regionen gehen ist mir sehr wichtig und noch mal ein Abgleich historischer Verlauf der Debatte AKEnd und jetzt auch das Standortauswahlgesetz.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Brunsmeier und dann Herr Thomauske.“

Herr Brunsmeier:

„Ja, ich wollte noch mal kurz darauf hinweisen, dass neben der Evaluierung ja der breite öffentliche Diskurs ja auch einer der zentralen Diskussionspunkte im Vorfeld waren. Es ist glaube ich ein gutes Signal gewesen, dass sehr frühzeitig auch diese Arbeitsgruppe eingesetzt wurde. Ich halte es aber für sehr wichtig, dass wir jetzt nicht nur über den öffentlichen Diskurs reden, sondern dass dieser breite öffentliche Diskurs auch tatsächlich zeitnah mit einem klaren Arbeitsauftrag beginnt. Denn ich denke auch für diesen Teilbereich ist sehr viel Zeit ins Land geschritten und es ist wichtig, dass mit den praktischen Arbeiten begonnen wird. Im Grunde genommen muss nämlich – ich denke mal – überall in der Gesellschaft und überall im Lande in Deutschland diese Diskussion geführt werden, das muss organisiert werden, das kann man sicherlich nicht alles selber machen, das muss man sicherlich zum großen Teil auch vergeben, dass es organisiert und durchgeführt wird, und insofern wäre es sehr sehr wichtig, dass wir in der nächsten Sitzung dann auch den konkreten Arbeitsauftrag verabschieden. Das heißt also, dass zeitnah das jetzt tatsächlich auch passiert in dem öffentlichen Diskurs und dass wir es schaffen, nicht nur darüber zu reden, sondern ihn tatsächlich zu machen.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön, Herr Brunsmeier, Herr Thomauske bitte.“

Herr Thomauske:

„Mir wäre es wichtig, dass unter dem Aspekt – wir haben ja auch heute ein bisschen über Zeiträume diskutiert, Ministerin Hendricks sagte, ggfs. vier Jahrzehnte, ich bin da etwas skeptischer nach den Ableitungen wenn wir dem Procedere folgen würden, was jetzt im Endlagersuchgesetz steht, komme ich nicht unter sieben Jahrzehnten hin, dass wir einen Prozess haben, von dem wir eigentlich sicher sind, dass alle diejenigen, die heute darüber entscheiden die Konsequenzen nicht mehr erleben werden. Und, welche Bedeutung das für das Verfahren hat, weil ich glaube, das ist auch ne Singularität, dass wir den Entscheidungsprozess heute hier vorsehen, der in seinen Zeitläufen so ist, dass wir die Konsequenzen nicht mehr mitbekommen.“

10. Diskussion über das Leitbild der Kommissionen (Fortsetzung der Beratung der 2. Sitzung)

11. Zuschriften

12. Verschiedenes, u.a.

Frau Heinen-Esser:

„So, Herr Meister, damit haben Sie jetzt ne ganze Menge Anregungen, Themen noch mit auf den Weg in die Arbeitsgruppe genommen. Ich schlage vor, dass wir auf die nächste Tagesordnung unserer Kommissionssitzung auch wieder Bericht aus den Arbeitsgruppen in dem Fall dann über die erste Sitzung der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung setzen. Herzlichen Dank für die Diskussion. Ich komme zu Tagesordnungspunkt 10. Das ist die Diskussion über das Leitbild der Kommission. Hier möchte ich Ihnen einen Vorschlag machen, dass wir Ihnen schriftlich einen Beitrag in den nächsten Tagen vorlegen werden, den wir dann zur Diskussion und wenn Sie ihn Abstimmungsreif empfinden zur Abstimmung in der nächsten Kommissionssitzung stellen. Wären Sie damit einverstanden? Dann verfahren wir so. Ich komme zu Tagesordnungspunkt 11 Zuschriften. Der Kommission liegen zurzeit etwa 15 Zuschriften vor. Die Zuschriften sind ihnen bislang zu Kenntnis gegeben worden, beziehungsweise sie liegen heute auch als Tischvorlage vor. Wir teilen den Einsendern regelmäßig mit, dass wir die Zuschriften hier der Kommission zu Kenntnis geben aber wenn die Arbeitsgruppen eingesetzt sind, wollen wir doch die Zuschriften konkret auf jeweiligen Arbeitsgruppen verteilen mit der bitte uns Hinweise zur Beantwortung auch zu geben, bzw. dass was in den Zuschriften zu lesen ist auch tatsächlich in die Arbeit der Arbeitsgruppen mit Einfließen zu lassen. Könnten sie sich damit anfreunden mit dem Verfahren? Zweiter Punkt in dem Zusammenhang ist, weil wir eben öffentlich sind und weil wir expliziet auch die Öffentlichkeit einladen sich zu der Diskussion zu beteiligen, werden wir in jeder Sitzung den Tagesordnungspunkt Zuschriften so fern welche vorliegen aufrufen so, dass man in etwa ein Überblick darüber hat welche Zuschriften es gegeben hat, sind sie damit allem einverstanden Herzlichen Dank. Ich komme zum Tagesordnungspunkt 12 Verschiedenes. Ich möchte ein paar Dinge erst zum Haushalt sagen, sie darüber informieren wir haben in den Haushalten für 2014 eingestellt Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder Reisekosten von 200 000 €, wir haben Ausgaben eingestellt für von der Kommission beauftragte Gutachten 5 Millionen € und für die Öffentlichkeitsarbeit der Kommission 500 000 €. Von den 500 000 € wird jetzt einiges abgegeben. Ich sag dass nochmal in Erinnerung haben wir uns heute entschieden den Stenografischen Dienst zu beauftragen, beziehungsweise ein stenographischen Dienst zu beauftragen. Dazu kommt, dass aufgrund einer Besonderheit des diesjährigen Haushalt jeweils 5 % der Mittel automatisch gesperrt sind, also sie müssen gedanklich immer 5 % abziehen. Von den Mittel für Aufwandsentschädigung, Reisekosten sind bis Ende August nach Auskunft des zuständigen Referats etwa 50 000 € abgeflossen so dass zur Zeit noch 141 000 € noch zur Verfügung stehen. Jetzt kommen sie aber nicht auf die Idee wild in der Welt rumzureisen, sonst ist der Etat auch ganz leer, dann haben wir ein Problem, die einzelnen Etat, oder die einzelnen Titel, sind nicht gegenseitig deckungsfähig. Das heißt wenn ein Titel Reisekosten leer ist, dann ist er leer, dann können wir gar nichts mehr machen. Wir haben die Berichterstatter der Fraktion gebeten sich, oder wollten ihnen noch bitten, sich um das Thema zu kümmern, dass die Deckungsfähigkeit, die gegenseitige Deckungsfähigkeit dort ist, ich weiß nicht hier Herr Kanitz, Herr Miersch, Herr Zdebel, Frau Kotting-Uhl, was da in die Haushälter gefahren ist, aber es wäre nett wenn sie der Frage einmal

nachgehen könnten. Für den Haushalt 2015 ergibt sich folgendes Bild: für Gutachten werden erneut 5 Millionen € eingestellt, bezüglich der Ausgaben für Aufwandsentschädigungen wurden wieder und für Reisekosten wieder für 500 000 angemeldet, dass der momentane Zustand zum Thema Haushalt. Gibt es dazu noch fragen? Ja Herr Brunsmeier“

Her Brunsmeier:

„Keine Frage aber die Anregung und die dringende Bitte und nochmal eine erhebliche Umschichtung zwischen Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit nachzudenken. Ich glaube, dass wir für ein breiten gesellschaftlichen Diskurs der alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erreichen soll und der auch breit geführt werden soll wie mehr Mittel brauch werden und in sofern mein Plädoyer wenn, dass noch möglich ist da Umschichtungen vorzunehmen dann auf jeden Fall zu machen und dann für, dass nächste Jahr auf dem Schirm zu haben.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke nochmal für den Hinweis Herr Brunsmeier, also hier schreiben wir auch an unsere offene Punkteliste erstens Berichtstatter wegen Deckungsfähigkeit und zum zweiten auch zu überlegen in wie weit wenn die Deckungsfähigkeit aufgehoben ist, haben wir es natürlich einfacher ne?! Also wenn sie dass nicht schaffen sollen sie sich andere mitbringen einverstanden.“

[Zwischenrufe unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Gerne, noch weitere Anmerkungen zum Thema Haushalt? Die andere Frage die sie ja aufgeworfen haben Herr Kudla, wird mir im Rahmen der Evaluierungs-AG mitbesprochen und dann auch von der Berichtstatter der Fraktion besprochen. Es gibt einen weiteren Punkt unter Verschiedenes nämlich der Antrag von Herrn Jäger und Herrn Fischer zur Ergänzung über die Internetpräsenz., oder die mögliche Erweiterung die Internetpräsenz der Kommission, Herr Jäger oder Herr Fischer wäre möchte? Herr Fischer“

Herr Fischer:

„ja ich hatte ja heute morgen schon inhaltlich ein Stück weit mehr vorbereitet, insofern denke ich, muss ich dass jetzt auch nicht nochmal wiederholen. Der Vorschlag lautet zusammenfassend, den Vorschlag den Herr Sommer unterbreitet hat einen Blog einzurichten, durchaus aufzugreifen. Aber unter der Regie der Kommission oder der Geschäftsstelle und auf eine weitere zusätzliche Aufnahme von Lebensläufen und sonstigen Dokumenten auf unterschiedliche Plattformen zu verzichten und möglicherweise nur mit einem

Link auch wieder auf die Kommission, bzw. auf die Geschäftsstelle hinzuweisen“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Sommer erläutert seinen Blog“

Herr Sommer:

„Ganz bestimmt nicht, ich kann das weil dass im Wortprotokoll ist die Webadresse www.antiatomblog.de verkünden die dokumentiert ist für alle Zeiten. Nein es geht einfach darum, Vorschlag von Herr Jäger unterstützt ich natürlich, ich halte es für sehr wichtig, dass auch die Webseite der Kommission noch deutlich an Aussagekraft und im übrigen noch am Beteiligungspotenzial gewinnt, darüber werden wir uns in der AG unterhalten. Im übrigen wird es natürlich trotzdem Kommunikationsarbeit der einzelnen Kommissionsmitglieder geben. Bei mir ist das im Blog und ich werde da auch weiterhin Kommissionsmitglieder aus allen Spektren einladen sich daran zu beteiligen es ist jeder Manns und jeder Frau seine Entscheidung das zu tun oder zu lassen.“

Frau Heinen-Esser

„Gibts noch weitere Anmerkungen dazu, ja Herr Ott“

Herr Ott:

„Ja ich hab nach dem wir alle als Kommissionsmitglieder ein Schreiben mit einer ersten Frage bekommen habe auch mit Kollegin Glänzer darüber gesprochen und wir haben nicht die Absicht, jetzt Einzelfragen von anderen Verbänden, Institutionen individuell zu beantworten. Dort dann den Vorschlag den sie gemacht haben, dass die Kommission selbst einen Blog einrichtet, wo kommuniziert werden kann auch mit den Mitglieder der Kommission. Ist der richtige Weg und nicht über diverse Organisationen die auf Ideen kommen, also eigene Öffentlichkeitsarbeit zu machen, dass das begleitet wird von Verbänden ist keine Frage, aber ich glaub der Aufwand, der auch den Kommissionsmitglieder da zugemutet wird es ist auch wiederum, nach dem was wir heute diskutiert haben, nicht unbedingt angemessen.“

Frau Heinen-Esser:

„Also, Punkt eins kann jeder machen was er will, also ich sag mal, nein, es kann jeder Verband und jedes Unternehmen jede Partei, jede Fraktion, kann sich ja dazu äußern und dann auch mal bei anderen nachfragen. Ich würde aber in der Tat gerne auch den Vorschlag aufgreifen zu sagen: wir verbessern unseren Internetauftritt, in dem wir zumindest eine Art Blog auch dort mit aufnehmen und die Diskussionsbeiträge dort aufnehmen. Vielleicht könnte sich die Arbeitsgruppe von Herrn Meister heute am Rande nur mal

ganz kurz dazu äußern, ein Votum einholen, wie gesagt: ich wäre tendenziell dafür, dass so zu machen, dass wir auch eine besser Plattform zur Diskussion, zur Beteiligung auf unserer eigenen Internetseite haben. Im übrigen auch weiter Vorschläge zur Thema Internet in der Arbeitsgruppe von Herr Meister besprochen werden, wobei ich drauf hinweise, dass es auch relativ aufwendig ist eine eigene Homepage nochmal ins Leben zu rufen, aber wir haben ja Geld zu Verfügung und deshalb die bitte, dass dort noch einmal zu klären. Kann man so Verfahren mit beiden Themen. Ja? Kein Widerspruch? Ja?!. Dann komm ich zum Punkt Forschungsvorhaben strategische Umweltplanung und neuartige Pläne und Programme auf Bundesebene. Das Bundesumweltamt hat dieses Forschungsvorhaben neu und möchte, dass jemand aus dem Umfeld der Kommission in einen projektbegleitenden Beirat kommt. Ich schlage vor, dass Herr Müller oder ich das übernehmen. Wenn aber jemand von Ihnen sagt, er will's unbedingt machen, dann herzlich gerne. Gibt's da Interesse? Ich sehe, das ist nicht der Fall, also machen wir es so wie vorgeschlagen. So, und dann kommen wir zum letzten Punkt, den, nee noch nicht mal letzter Punkt, zum Thema ESK-Workshop am 20./21. Januar. Das Thema hatte Frau Glänzer heute morgen auf die Tagesordnung gesetzt. Wir hatten es uns im Übrigen auch selber schon auf die Tagesordnung gesetzt und wir möchten das BMUB und die ESK um Erläuterung bitten, wie eine, eine Verzahnung hier mit der Kommission erfolgen kann. Herr Hart, das müssen Sie nicht jetzt leisten, aber vielleicht könnten Sie einen Bericht in der nächsten Sitzung, kurzen Bericht in der nächsten Sitzung, geben. Herr Sailer hat sich dazu gemeldet.“

[Zwischenruf unverständlich]

Frau Heinen-Esser:

„Als Vorsitzender, genau.“

Herr Sailer:

„Ja, in dem Fall so rum. Also, wir haben ja in der ESK ohnehin wegen der Aufgabe, den BMU in Fragen der Entsorgung, nicht nur der Endlagerung, sondern der gesamten Entsorgung zu beraten, müssen wir hin und wieder Beratungsaufträge ausführen und da gab's mal vor einiger Zeit einen Beratungsauftrag, wie ist der Forschungsstand einzuschätzen, in Deutschland, zur Endlagerung. Und das hat sich dann über mehrere Sequenzen hingezogen und wir haben uns dann überlegt, wir haben ein Grundproblem, das ist heute auch schon mal zur Sprache gekommen, dass, anders als in vielen anderen Ländern, die Forschung sehr auf verschiedene Institutionen verteilt ist, die sich auch nur begrenzt abstimmen. Und wir haben 'ne historische Geschichte, dass natürlich extrem viel Salz gemacht worden ist und weniger Ton und weniger Kristallin. Und es gab, zwischendrin gab's auch Situationen, wo Ton mit der Absicht gemacht worden ist, da werden nicht alle zustimmen, aber vorzuführen, dass Ton in Deutschland nicht geht, da gab's auch entsprechende Seminare dazu. Und die ESK ist der Auffassung, dass sie sich da drum kümmern muss, schon weil der BMU den

Auftrag gegeben hat. Deswegen hat sie sich vor einiger Zeit ausgedacht, wie kommen wir am besten auf einen Stand. Das heißt wir haben alle Institutionen angefragt, wir haben aber auch wichtige Fachleute angefragt, im In- und Ausland, die wohlgerne bei den verschiedenen Gesteinen 'nen Hintergrund und die vollen Kenntnisse haben. Wir haben in dem Workshop, Sie haben's vielleicht im Programm gesehen, auch bewusst nicht nur das Übliche „Vortrag – 5 Minuten Diskussion – nächster Vortrag“ drin, sondern wir haben sehr ausführliche Zeit zum Diskutieren, weil: wir wollen in der ESK zu einer Schlussfolgerung kommen, wo liegen welche Dinge vor, das ist die erste Frage, die wir nach dem Workshop klären müssen, und wo fehlen Dinge aus der fachlichen Sicht der ESK. Und das müssen wir natürlich auf dem Workshop diskutieren. Wir hatten dann mal kurzfristig überlegt, was ist eigentlich der richtige Kreis zum Einladen, wir haben also da natürlich die fachlichen Institutionen, auch die Behörden, die fachlich mit zu tun haben, eingeladen als Teilnehmer, und haben uns dann überlegt, das macht wenig Sinn wenn hier die, hier die Kommission tagt und wir sozusagen in der ESK unsere Sachen für uns behalten. Und so ein Transfer über eine Person ist auch nicht das Richtige, sondern wir bieten einfach an, schicken also die Einladung auch hierher, und alle, die kommen wollen, zuhören oder mitdiskutieren wollen, sind herzlich willkommen. Die Frage mit der Anmeldung, da haben wir einfach ein Organisationsproblem. Wenn wir bis Ende November wüssten, dass sehr viel mehr Teilnehmerinnen, Teilnehmer kommen wollen, dann können wir Ende November haben wir noch eine Chance, einen größeren Raum zu kriegen. Also mehr steckt nicht hinter der Bitte um die Anmeldung, damit wir dann nicht vor einem völlig unterfüllten oder völlig überfüllten Raum sitzen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Herr Sailer. Herr Hart, wollen Sie noch was dazu ergänzen?“

Herr Hart:

„Also, im Grunde genommen hat Herr Sailer eigentlich alles gesagt, was ich auch hätte sagen können. Die Frage wäre, ob aus Ihrer Sicht noch Punkte offen sind, auf die das BMUB noch eingehen sollte.“

Frau Heinen-Esser:

„Gibt's noch Punkte, die Sie hierzu interessieren, oder lassen wir uns dann hinterher einen Bericht derjenigen geben, die dort gewesen sind? Ja, Herr Wenzel?“

Herr Wenzel:

„Wann wird denn über das 7. Forschungsprogramm im Bundeskabinett entschieden werden?“

Frau Heinen-Esser:

„Können Sie das sagen, Herr Hart? (Rest unverständlich, da Mikro nicht eingeschaltet.)“

Herr Mager:

„So, es gibt hier keinen, keinen festgelegten Turnus der Energieforschungsprogramme, der Auflage der Energieforschungsprogramme, das letzte datiert aus dem, vom Sommer, vom August 2011, und wir beabsichtigen, das in den nächsten zwei Jahren etwa wieder neu aufzulegen. Es ist also jetzt schon angepasst, das nächste Programm ist bereits an die Energiewende adaptiert gewesen. Es ist ein halbes Jahr nach Fukushima raus gekommen, und wir werden das entsprechend auch weiterentwickeln.“

Frau Heinen-Esser:

„Zufrieden, Herr Wenzel? (Frau Heinen-Esser nickt.) Frau Kotting-Uhl?“

Frau Kotting-Uhl:

„Ich würde gerne noch was nachfragen. Also wie weit es jetzt adaptiert war, die Debatte machen wir jetzt hier nicht auf. Ich sehe das ein bisschen anders. Aber das läuft ja 2014 aus. Und was ist dann? Also ich bin immer davon ausgegangen, dass das nächste Programm dieses Jahr noch aufgestellt wird und beraten wird, so dass es dann 2015 in Kraft treten kann. Was gibt es da für einen Übergang? Weil das ist ja immer vier Jahre, ne? Das war jetzt 11 bis 14, und meinem Verständnis nach müsste das nächste jetzt kommen. Also das große Energieforschungsprogramm.“

Frau Heinen-Esser:

„Wer kann das beantworten? Nix? Herr Mager nochm...?“

Herr Mager:

„Ja, ich glaube, es gibt, glaube ich, gerade so eine gewisse Begriffsverwirrung, deswegen hab ich jetzt so ein bisschen, bisschen gezögert. Also das 6. Energieforschungsprogramm reiht sich in eine Reihe von verschiedenen Energieforschungsprogrammen ein, die, glaube ich, seit, puuh, den 70er Jahren, oder so was, des letzten Jahrhunderts veröffentlicht wurden in regelmäßigen Abständen. Und hier geht es jetzt, glaube ich, darum, ganz konkret die Forschungsthemen zu benennen, die sich auf die Entsorgungsforschung beziehen. Und die waren jetzt eben immer in diesen 3-Jahres-Rhythmen mit, oder, ja, 3- oder 4-Jahres-Rhythmen zusammengelegt, und wir sind im Augenblick dabei, ein neues Förderkonzept in diesem Bereich zu erarbeiten, das eben es auch gerade angepasst ist an

die neuen Entwicklungen, also die jetzt neue Entsorgungsrichtlinie der EU-Kommission, an die Anforderungen eben des Standortauswahlgesetzes und auch eben die Neuorientierung der Entsorgung oder der, dem Betrachtung verschiedener Wirtsgesteine beispielsweise, oder auch diese Frage längerer Zwischenlagerzeiten, die ja durch die ganze Entwicklung jetzt gegeben ist. Also Anforderungen an den Abfall oder vor allem eben auch an die Behälter. Insofern wird es eine, eine Weiterentwicklung praktisch werden, einen Bruch werden wir voraussichtlich hier nicht erleben.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Mager. Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Wenzel.“

Herr Wenzel:

„Ja, meine Frage bezog sich ausdrücklich auf die Schwerpunkte zukünftiger F- und E-Arbeiten bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle von 2011 bis 2014 vom Projektträger Karlsruhe, herausgegeben vom Bundeswirtschaftsministerium im Juli 2012. Und das müsste in der Tat ab 2015 fortgeschrieben werden. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass die Institute 2015 überhaupt keine Weiterförderung mehr bekommen, also müsste man auch ein Konzept dahinter haben, nach welchem Grundsatz hier 2015 weiter gefördert wird. Und dieses Programm atmet noch sehr die alte Zeit, kann ich nur sagen, inklusive Asse. Es ist in aller Herrlichkeit dort noch drin, was dort grandios in die Hose gegangen ist.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Mager, wollen Sie nochmal Stellung dazu nehmen, oder wollen wir das in, auf, in der nächsten Sitzung nochmal auf die Tagesord... - wäre Ihnen lieber, wahrscheinlich, ne? (Herr Mager nickt.) Bitte um Verständnis, und schlage vor, passt ja auch, wo wir das Forschungsthema mit auf der Tagesordnung haben, dass Sie uns vielleicht zur nächsten Sitzung darüber einen kleinen Bericht geben? Wenn Sie schon vorher uns was Schriftliches geben könnten, würden wir uns auch freuen. Ist aber kein Druck, gehört aber jetzt zu unseren offenen Punkten. Ja? (Herr Mager nickt.) Gibt es noch weitere Punkte unter „Verschiedenes“? Herr Kudla.“

Herr Kudla:

„Ich habe noch eine terminliche Bitte. Wir haben heute die Arbeitsgruppen eingesetzt. Es sollen sich bei Ihnen diejenigen melden, die in den einzelnen Arbeitsgruppen mitarbeiten wollen. (Frau Heinen-Esser nickt.) Vielleicht können wir das, da einen Termin dazu festlegen, beispielsweise bis nächsten Donnerstag? Damit Sie uns zum, zum Beispiel bis nächsten Montag dann mitteilen, wer in den einzelnen Arbeitsgruppen sich gemeldet hat. Weil diejenigen, die in den Arbeitsgruppen dann sind, müssen sich ja Gedanken machen, wen sie als Leiter der Arbeitsgruppe wählen wollen. Ich gehe mal

davon aus, dass die Leiter der Arbeitsgruppen von denen bestimmt werden, beziehungsweise gewählt werden, die sich hier gemeldet haben. Wenn dem nicht so ist, bitte ich um Korrektur.“

Frau Heinen-Esser:

„Naja, da gibt es unterschiedliche Auffassungen drüber. In Twitter konnte ich gerade lesen wir knobeln das aus. Würde ich nicht empfehlen, die Art und Weise, es so zu tun. Wir machen einen Vorschlag, den wir mit Ihnen gemeinschaftlich besprechen werden, in der Sitzung am 22. September ihn hier abstimmen werden. Da kann jeder schon mal gucken, wer da 'ne Neigung in welche Arbeitsgruppe hat, wer Interesse an Vorsitz etc. Fragen hat. Aber das werden wir hier, wie gehabt, wie wir das bei der Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsbeteiligung“ mit Herrn Meister gemacht haben, werden wir hier gemeinschaftlich, offen und transparent entscheiden. Ja? Weitere Anmerkungen zum Thema „Verschiedenes“? Ich sehe, dass Herr Meister, hat er eine Einwendung?“

Herr Meister:

„Nein, keine. Nur den Hinweis, dass, ja, wir in diesem Raum bleiben für die Mitglieder der Arbeitsgruppe, und uns 10 Minuten nach Abschluss dieser Sitzung hier dann wieder versammeln.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Meister, herzlichen Dank. Das stand noch auf meinem Sprechzettel unter „abschließende Hinweise“. Danke, dass Sie es übernommen haben. Dann bleibt mir nur noch die Sitzung zu schließen, Ihnen herzlich zu danken für die konzentrierte Arbeit heute. Ich denke, wir haben heute die Grundlage gelegt für intensives Arbeiten in den nächsten Monaten. Kommen Sie gut nach Hause. beziehungsweise diejenigen, die hier bleiben zur Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit: „Tagen Sie gut weiter.“ Danke schön.“